ISSN 0721-0752

# Zeitschrift für Sozialökonomie


| | | |
|---|---|---|
| Norman Ehrentreich | **Geld als Informationsmedium** | **3** |
| Hugo Godschalk | **Aufschwung durch lokales Nebengeld?** | **11** |
| Jürgen Schmidt, Wolfgang Wagner & Helga Koch | **Der Gib & Nimm-Tauschring Nürnberg** | **17** |
| Norbert Olah | **Neutrale Liquidität als Finanzinnovation** | **25** |
| Johannes Heinrichs | **Die Einheit von Geld- und Demokratiereform** | **33** |
| | **Bücher – Berichte** | **43** |


**129. Folge** **38. Jahrgang • Juni 2001**

*Liebe Leserin und lieber Leser,*

*um die Mitte der 1970er Jahre platzte die Illusion des Postkeynesianismus, dass sich das Auf und Ab der Konjunkturen mit Hilfe einer antizyklischen Fiskalpolitik glätten ließe. Danach begann der Siegeszug des sog. Neoliberalismus mit dem Übergang von der Nachfrage- zur Angebotspolitik und der Entfesselung der internationalen Finanzmärkte. Eine dritte industrielle Revolution wurde prophezeit. Informations-, Kommunikations- und Biotechnologien würden auf einem stetig aufwärts führenden Wachstumspfad für eine stabile Dauerkonjunktur sorgen. Auch das erweist sich gegenwärtig als eine Illusion. Nachdem die High-Tech-Branche vorübergehend etwa für ein Drittel des amerikanischen Wachstums sorgen konnte, fallen die Kurse der Aktien stark ab. Die High-Tech-Börse Nasdaq – sie ist das Spiegelbild der New Economy – verlor seit ihrem Höchststand vor einem Jahr mehr als 60 %. Nun macht sich die Sorge vor einer 'harten Landung' der amerikanischen und der weltweiten Konjunktur breit. Europa kann die Rolle der Konjunkturlokomotive nicht übernehmen, weil es auch selbst vom Rückgang der amerikanischen Wirtschaft betroffen ist. Und Japan ist zwar noch der größte Nettogläubiger der Welt, aber das Land leidet unter allzu vielen faulen Krediten und astronomischen Staatsschulden infolge der misslungenen Versuche, die Wirtschaft mit staatlichen Konjunkturprogrammen im Umfang von über 1 Bio US-Dollar anzukurbeln.*

*Alan Greenspan, Paul Krugman und andere Fachleute befürchten einen weiteren Rückgang der Investitionen als Reaktion auf die Krisensignale. Auch IWF-Chef Horst Köhler will "ein Krisenszenario nicht prinzipiell ausschließen", da alle wirtschaftspolitischen Institutionen einschließlich der Zentralbanken immer nur hinter den Entwicklungen auf den Märkten herhinken. "Die Wiederkehr von Krisen kann niemand für immer ausschließen. Es geht darum, ihre Häufigkeit und Tiefe einzuschränken." Köhler glaubt an die Möglichkeit, zukünftige Krisen mit einem verbesserten Frühwarnsystem einzudämmen. (Die Zeit Nr.13/2001, S. 24) Hoffentlich gibt ihm die weitere Entwicklung Recht.*

*Es ist jedoch nicht damit getan, immer nur gerade mal eben das Schlimmste zu verhüten. 1,2 Milliarden Menschen leben von weniger als einem US-Dollar pro Tag. Täglich verhungern Tausende von Menschen. Und Armut und Reichtum driften immer noch weiter auseinander. Weltweit sind die Gläubiger-Schuldner-Beziehungen dermaßen durcheinandergeraten, dass sie über kurz oder lang eines grundlegenden Ausgleichs bedürfen. Doch wo sind 'sozialmedizinische' Ökonomen, die mithelfen, eine unverblümte Diagnose der krankhaft ungleichgewichtigen Strukturen der Weltwirtschaft zu stellen und eine den Norden und Süden versöhnende Therapie zu entwickeln? Die Schwierigkeiten beginnen ja schon mit der noch immer fehlenden Bereitschaft der Ökonomen, sich den neoklassischen 'Geldschleier' von den Augen zu wischen. So gibt es momentan offenbar kaum andere Möglichkeiten als gleichsam 'von unten' sich lebens- und überlebensfähige Formen des Wirtschaftens entwickeln zu lassen. Damit beschäftigen sich die Beiträge in diesem Heft. Daneben gibt es aber auch noch die Anregungen von Keynes im 16. und 23. Kapitel seiner "Allgemeinen Theorie" und in den "Proposals", wie die Marktwirtschaft "die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los werden" könnte und wie sich die Weltwirtschaft mit Hilfe eines neutralen Bancors ausgleichen ließe. Damit hat Keynes wertvolle Anregungen für die Theoriearbeit an einer über angebots- und nachfragepolitische Einseitigkeiten hinausgehenden neuen Perspektive einer freiheitlich regulierten wirtschaftlichen Entwicklung hinterlassen. Wäre es nicht längst an der Zeit, in wirtschafts-, sozial- und politikwissenschaftlichen Studiengängen zusätzliche Seminare einzurichten, in denen solche unkonventionellen Denkansätze aufgearbeitet und weiterentwickelt werden?*

*Ihr Werner Onken*

# Deutschland AG – Europa AG – Welt AG

"Es werden politische Bedingungen geschaffen, auf dass das große Kapital investiere und die Ökonomie zum Wachsen bringe. Dafür werden die Unternehmenssteuern gesenkt, die Löhne und Sozialleistungen beschnitten und billig Grundstücke und Infrastruktur für die Großinvestoren bereitgestellt. ...

Auch bei uns sind die Bäuerinnen und Bauern nach dem zweiten Weltkrieg massiv durch die Politik des Wirtschaftswachstums, konkret des 'Wachsens oder Weichens', von ihrem Land vertrieben und in die Lohnarbeit getrieben worden. Dieser Prozess setzt sich jetzt in Südeuropa im Zuge des gemeinsamen europäischen Marktes fort. ... Auch bei uns haben die HandwerkerInnen ihre Werkstatt schließen und in die Fabrik gehen müssen. Auch bei uns sind die lokalen ökonomischen Zusammenhänge einer anonymen Supermarktökonomie gewichen. ... Auch bei uns sind die Subsistenzgrundlagen und die eigenständige Subsistenzsicherheit ruiniert worden. ...

Wie sieht der Ruin der Subsistenz konkret aus? Die Entwicklung ihrer Länder heraus aus der Unterentwicklung hat Hunderttausende von lateinamerikanischen Frauen in die vorgeblich glückliche Lage versetzt, durch Lohnarbeit in den Weltmarktfabriken Geld verdienen zu können. In Wirklichkeit entsteht die absurde Situation, dass die Bewohnerin der Slums ohne fließendes Wasser, ohne Bäume, ohne Kanalisation und Licht in die chromglänzende Elektronikfabrik geht, um am Fließband zu arbeiten. Oder: In den entwickelten Ländern des Nordens kann die Frau, die in einer gutbezahlten, angesehenen Position im Beruf genug Geld verdient, sich vorgeblich keine Kinder 'leisten'. ..

Nun, da sich die Entwicklungsmission mit der Globalisierung etabliert und sich als ökonomische Monokulturproduktion in der Zweiten wie in der Dritten Welt siegreich durchgesetzt hat, beginnt man an dem Erreichten zu zweifeln. ... Die industrialisierte und chemisierte Landwirtschaft für den Supermarkt und für den Weltmarkt bringt so viele Gesundheits- und Umweltprobleme mit sich, dass man sich überall auf der Welt wieder an den ökologischen Anbau erinnert. Die Rückbesinnung auf die Nahrung als Lebensmittel, als Subsistenzmittel statt als reines Mittel der Profitmacherei führt auch wieder zu anderen, gemeinschaftlich orientierten Produktionsformen. Und es verbreiten sich lokale Tauschringe, in denen es um den unmittelbaren Nutzen, die Subsistenz geht und nicht um Gewinne, Zinsen und Massenkonsum."

Prof. Dr. Veronika Bennholdt-Thomsen,
Dr. Brigitte Holzer und Dr. Christa Müller,
Das Subsistenzhandbuch. Wien 1999, S. 13-19.

Norman Ehrentreich:

# Geld als Informationsmedium

## Implikationen für die Freiwirtschaft und für konkurrierende Währungen aus der Sicht neuerer geldtheoretischer Ansätze

### Einleitung

Einem Sprichwort zufolge haben die Phönizier das Geld erfunden. Aber warum, so möchte man fragen, so wenig davon? Auch aus freiwirtschaftlicher Sicht ist die " phönizische Erfindung" als unbefriedigend anzusehen, nicht nur, weil sie weder in ausreichender Menge an den notwendigen Stellen im Wirtschaftskreislauf vorhanden ist, sondern weil ihr auch die gewünschten Eigenschaften fehlen.

Potentielle Phönizier unter den Lesern, die diese Unvollkommenheiten beheben wollen, sollten zunächst klären, was Geld überhaupt ist und welche Funktionen es erfüllt. Dem enttäuschten Frager geht es z.B. im obigen Sprichwort genau genommen nicht um Geld, sondern um Vermögen, das lediglich in Geldeinheiten gemessen wird. Wir wollen etwas genauer sein und uns im Folgenden nur mit dem Teil des Vermögens beschäftigen, der auch tatsächlich als Geld gehalten wird. Ein allgemeiner Gleichgewichtsansatz von Kocherlakota (1999a und 1999b) und ein evolutionärer Ansatz von Polanyi (1944) und Stodder (1995a und 1995b) beantworten die Frage nach den Geldfunktionen übereinstimmend, dass Geld einzig und allein eine Informationsfunktion wahrnimmt. Aufbauend auf der Behauptung, dass diese Informationsfunktion nicht notwendigerweise von einem staatlichem Monopolgeld übernommen werden muss, diskutiere ich im zweiten Teil das laissez-faire System der Neuen Monetären Ökonomik und die sich daraus für die Freiwirtschaft ergebenden Implikationen. Zumindest einige meiner Thesen werden Widerspruch hervorrufen und hoffentlich eine interessante Diskussion anregen.

### Ansätze zur Mikrofundierung von Geld

Der überwiegende Teil der Geschichte menschlichen Wirtschaftens ist gekennzeichnet durch die Verwendung von Geld. Die Erscheinungsformen des Geldes haben sich im Zeitablauf grundlegend verändert und nichts deutet darauf hin, dass diese Entwicklung in naher Zukunft ein Ende finden wird. Wer wie die Freiwirtschaft gestaltend in diesen Prozess eingreifen will, sollte sich über die wesentlichen Funktionen, die Geld erfüllen soll, im Klaren sein.

Entsprechend der allgemein üblichen Schulbuchdefinition wäre ein Gut, das sowohl Tauschmittel, Wertaufbewahrungsmittel und allgemeine Recheneinheit ist, als Geld anzusehen. Diese Definition ist meines Erachtens aus mehreren Gründen ungeeignet, das Phänomen Geld abzugrenzen oder gar zu verstehen. Erstens ist sie lediglich deskriptiv. Sie umfasst nur das derzeitig vorhandene Geld und lässt andere Güter, die Geldfunktionen übernehmen, außen vor. Zweitens sind die aufgeführten Geldfunktionen nicht schlüssig: Die Wertaufbewahrungsfunktion ist z.B. implizit in der Tauschmittelfunktion enthalten, um Kauf- und Verkaufsakte zeitlich trennen zu können. Ein Tauschmittel muss notwendigerweise Werte über die Zeit transferieren können. Tauschmittel- und Wertaufbewahrungsfunktion widersprechen sich aber auch zugleich. Ein Tauschmittel, das wegen seiner Wertaufbewahrungseigenschaft geschätzt wird, läuft immer Gefahr, der Zirkulation entzogen zu werden. Drittens ist die Wertaufbewahrungsfunktion technologisch fragwürdig. Die Existenz von Geld erlaubt es z.B. der Gesellschaft nicht, Ressourcen, d.h. intrinsisch wertvolle Güter, über die Zeit zu transferieren.

Als viel nützlicher betrachte ich daher die folgende Definition von Geld: "Geld ist ein Tauschmedium. Ein Gut wird zum Tauschmittel, wenn viele Agenten, die kein Interesse an dem Gut selbst haben, es mit der rationalen Erwartung akzeptieren, dass sie es später gegen andere Güter mit intrinsischem Wert eintauschen können. In diesem Sinne muss ein Tauschmittel durch ein Nash-Gleichgewicht unterstützt werden." [1]

Warum aber brauchen wir ein Tauschmittel? Welches Tauschhemmnis wird durch den Geldgebrauch gemindert oder gelöst? Diese und andere Fragen versuchen Modelle der Mikrofundierung von Geld zu beantworten. Mikrofundierung bedeutet hierbei, dass die Vorteile des Geldgebrauchs aus der Sicht einzelner Wirtschaftssubjekte abgeleitet werden.

In OLG-Modellen (Modelle überlappender Generationen, Samuelson 1958) bzw. Turnpike-Modellen (Diamond 1984) ist Geld ein Objekt, mit dem Werte über die Zeit bzw. über Entfernungen transferiert werden können. In Random-Matching Modellen (Kiyotaki und Wright 1989) treffen sich zufällig Agenten und müssen sich entscheiden, ob sie miteinander Handel treiben wollen oder nicht. Durch die Akzeptanz eines Zwischengutes erhalten die Agenten ihre gewünschten Konsumgüter schneller als wenn sie auf ein perfekte Übereinstimmung der Tauschwünsche bestehen würden.

Diese Modelle gehen jedoch von der gemeinsamen Annahme aus, dass Güterübertragungen nur über zweiseitige Tauschvorgänge erreicht werden können, d.h. es werden jeweils gleiche Werte ausgetauscht. Alle oben genannten Modelle bewegen sich innerhalb dieses quid pro quo Paradigmas. Warum aber verläuft die Umverteilung der Güter nur über zweiseitige Tauschvorgänge? Ginge es nicht auch über einseitige Geschenkübertragungen?

Antworten auf diese Frage geben sowohl ein Gleichgewichtsansatz von Narayana Kocherlakota (1999a und 1999b) und ein evolutionärer Ansatz vom Anthropologen Karl Polanyi (1944), der von James Stodder (1995a und 1995b) formalisiert wurde.

## Geld als Informationsmedium

Polanyi (1944: 71ff.) hat schon vor mehr als 50 Jahren darauf hingewiesen, dass sich die Wirtschaftswissenschaft seit Adam Smith auf die Analyse von quid-pro-quo Täuschen mit Geldgebrauch beschränkt hat. Polanyi's Hauptthese aber ist, dass der monetäre Austausch auf Märkten mit flexiblen Preisen zwar schon lange existent ist, aber bis ins Mittelalter nicht das dominierende Organisationsprinzip menschlichen Wirtschaftens darstellte. Insgesamt unterscheidet er vier Prinzipien zur Organisation von Produktion und Verteilung, die in einer Gesellschaft nicht exklusiv, sondern nebeneinander existieren, wobei eine jedoch als dominant einzustufen wäre.

**Tabelle 1: Organisationsprinzipien der Reallokation produzierter Güter (nach Polanyi 1944)**

| Organisationsprinzip | institutionelle Ausprägung | Beispiel |
|---|---|---|
| Haushaltung | Autarkie | Nomaden |
| (langfristig balancierte) Reziprozität | Symmetrie (Dualität) | Geschenk-Ökonomien |
| Redistribution | Zentrizität | Lagerhaus-Ökonomien |
| Tausch mit Geldgebrauch | Märkte mit flexiblen Preisen | Marktwirtschaft |

In Nomadengesellschaften kommt es zwar zu gelegentlichen Tauschvorgängen oder Geschenkübertragungen, aber zumeist leben die Nomaden autark und es herrscht kaum Arbeitsteilung. Das dominierende Verteilungsprinzip in Lagerhaus-Ökonomien wie z.B. dem Inka-Staat oder in Mesopotamien war die Redistribution das vorherrschende Organisationsprinzip. Die Güter wurden erst zentral durch den jeweiligen Herrscher oder den Tempel eingesammelt und in einem zweiten Schritt endgültig verteilt. Häufig war mit dieser Art der Umverteilung auch ein Element der Ausbeutung verbunden.

In Stammesgesellschaften erfolgte die Güterumverteilung dagegen oft mittels einseitiger Güterübertragungen. Polanyi sprach in diesem Falle von Geschenk-Ökonomien. Allerdings, so Polanyi, waren die Güterübertragungen nur auf den ersten Blick freiwillig und nicht interessengebunden. Geschenke waren vielmehr obligatorisch und die Kompensation für ein Geschenk erfolgte zeitlich versetzt und nicht notwendigerweise von derselben Person. Langfristig herrschte jedoch eine balancierte Reziprozität, d.h. das Geben von heute wurde durch das Nehmen von morgen kompensiert. Das Funktionieren eines solchen ökonomischen Systems ohne schriftliche Aufzeichnungen und aufwendige Verwaltung war nur deshalb gewährleistet, weil es durch umständliche Methoden der Publizität, durch magische Riten und durch gegenseitige Verpflichtungen perfekt abgesichert war. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen war in ihre Sozialbeziehungen eingebettet. Wuchs aber die Geschenk-Ökonomie z.B. durch Bevölkerungswachstum aus diesen Sozialbeziehungen heraus, dann konnte die langfristig balancierte Reziprozität ohne Aufzeichnungen nicht mehr gesichert werden und andere Formen der Umverteilung ersetzten die Geschenk-Ökonomie.

Stodder (1990) hat die Argumentation Polanyi's formalisiert und die These aufgestellt, dass sich die jeweils effizienteste Organisationsform in Bezug auf die Transaktionskosten durchsetzen wird. Die Transaktionskosten interpretiert Stodder als Komplexitätskosten, die er aufspaltet in Größenkomplexität und Zeitkomplexität, wobei zwischen beiden eine Trade-off Beziehung herrscht. Die Größenkomplexität einer Organisationsform ist gegeben durch die maximale Anzahl von Berechnungen und Vergleichen, die angestellt werden müssen, um zur gewünschten Verteilung zu gelangen. Unter Zeitkomplexität versteht man die maximale Anzahl von Treffen, bis die Endverteilung erreicht ist. Je länger eine bestimmte Organisationsform bis zur endgültigen Verteilung benötigt, desto größer ist der einhergehende Nutzenverlust, verursacht z.B. durch Lagerverluste.

Unter allen Organisationsformen besitzt die Geschenk-Ökonomie zwar die geringste Zeitkomplexität, aber die höchsten Informationsanforderungen und somit die höchste Größenkomplexität. Jedes Stammesmitglied muss über jedes andere Stammesmitglied Bescheid wissen, ob es "würdig" ist, von ihm ein weiteres Geschenk angeboten zu bekommen. Aufgrund dieser hohen Informationsanforderungen sind Geschenk-Ökonomien nur in relativ eng begrenzten sozialen Gemeinschaften zu finden.

Kocherlakota wählt einen spieltheoretischen Gleichgewichtsansatz. Er nimmt an, dass die Händler in OLG-, Turnpike oder Random-Matching Modellen mit perfektem Wissen über die Transaktionsgeschichte ihrer Handelspartner ausgestattet sind. Dieses Wissen ist dokumentiert in einer einzigen Markierung, "Gut" oder "Schlecht", die die Spieler bei sich tragen. Bei Spielbeginn sind alle Spieler als "Gut" markiert. Die Spielregeln bestimmen, dass die Händler ihre Ware immer dann an ihren Handelspartner übertragen, wenn dieser Interesse daran hat und wenn er als "Gut" markiert ist. Lehnt ein Händler eine solch einseitige Güterübertragung ab, wird er als "Schlecht" markiert und wird somit in zukünftigen Perioden keine Güter mehr von anderen bekommen. Kocherlakota zeigt, dass es mit diesen Spielregeln ein Nash-Gleichgewicht ist, einseitige Güterübertragungen vorzunehmen. Gegeben die Strategie aller anderen, hat kein Händler einen Anreiz, einseitige Güterübertragungen abzulehnen. Er nennt diese Situation ein Gleichgewicht mit Geschenkaustausch. Wenn perfekte Information in OLG-, Turnpike- oder Random-Matching Modellen zu denselben bzw. sogar zu besseren Verteilungen als mit

Geldgebrauch führt, dann, so folgert Kocherlakota, ist die wesentliche und einzige technologische Funktion des Geldes eine Informationsfunktion.

Innerhalb der Ansätze von Kocherlakota, Polanyi und Stodder ist Geld nichts weiter als ein Informationsmedium, das auf dezentrale Weise Informationen über die Vorleistungen der Tauschpartner zur Verfügung stellt. Geld ist ein Buchhaltungsinstrument, mittels dem die jeweiligen Transaktionsverläufe eines jedes Teilnehmers über eine einzige Zahl, dem Zahlungsmittelbestand, zusammengefasst werden.[2] Spätestens seit dem Zusammenbruch des auf Gold beruhenden Bretton-Woods Systems in den 70'er Jahren ist es meines Erachtens legitim zu behaupten, dass wir nicht mehr Güter gleichen Wertes tauschen, sondern dass wir unsere Güter und Dienstleistungen für ein Stück Information herzugeben bereit sind

Es fällt einem nicht schwer, die Bedeutung der obigen Argumentation für alternative Tauschsysteme zu erfassen. Für sehr kleine Tauschgruppen wäre es denkbar, den Austausch völlig ohne Aufzeichnungen vorzunehmen. Voraussetzung ist, dass jeder jeden kennt und jeder über die Beiträge der anderen Mitglieder den Überblick behält, d.h. dass die Spielregeln der langfristig balancierten Reziprozität eingehalten werden können. Für größere und zunehmend anonymere Tauschsysteme – und groß fängt hier vielleicht schon bei 10 bis 15 Teilnehmern an – wird irgendeine Art von schriftlicher oder elektronischer Buchführung notwendig. Wenn auch Tauschring-Betreiber aufgrund rechtlicher Bedenken lieber nicht von Geld reden wollen, so erschaffen sie ein Medium, das der obigen Gelddefinition entspricht und die wesentliche Geldfunktion, d.h. die Informationsfunktion wahrnimmt.

## Konkurrierende Währungen und / oder Freigeld?

Es ist à priori nicht einzusehen, dass ein solches Buchhaltungssystem als Monopol vom Staat bereitgestellt werden muss. Auch der typisch freiwirtschaftliche Ansatz geht von der Notwendigkeit eines staatlichen Monopolgeldes aus. Dagegen setze ich die These, dass eine perfekte Währungskonkurrenz die Idee der Freiwirtschaft ergänzen und die Liquiditätsprämie gegen Null treiben würde.

Innerhalb der Freiwirtschaft gilt die Liquiditätsprämie des Geldes als eine Monopolprämie. Zwar haftet auch anderen Gütern eine Liquiditätsprämie an, aber die des Geldes als einziges gesetzliches Zahlungsmittel ist höher als die anderer Vermögensgegenstände. Durch die staatliche Beschränkung des Währungswettbewerbs sind die Wirtschaftssubjekte in der Wahl ihrer Tauschmittel so stark eingeschränkt, dass sich eine Monopolprämie ergibt. Können die Tauschmitteldienste unseres heutigen Geldes auch in größerem Umfange durch andere Vermögenswerte erbracht werden, so sinkt die Liquiditätsprämie zwangsläufig.

Anders ausgedrückt: Durch die Aufrechterhaltung des staatlichen Geldmonopols wird die Liquiditätsprämie des Geldes institutionalisiert, die dann nach freiwirtschaftlichem Verständnis durch eine Liquiditätsabgabe erst wieder neutralisiert werden muss. Wird Wettbewerb auf dem Tauschmittelmarkt zugelassen, kommt es erst gar nicht zum Entstehen einer Liquiditätsprämie!

Die Idee der Währungskonkurrenz ist jedoch nicht als Alternative zur Freiwirtschaft zu sehen, sondern als Ergänzung. Sie umgeht nämlich einen wesentlichen Schwachpunkt des freiwirtschaftlichen Konzeptes, und zwar die Nichtexistenz einer Mikrofundierung von Freigeld. Es lässt sich nicht aus strikt einzelwirtschaftlicher Perspektive begründen, dass die Verwendung eines Freigeldes für ein Individuum von Vorteil ist.[3] Transaktionskostenminimierung impliziert sogar die Verwendung des Geldes mit den geringsten Durchhaltekosten bzw. mit den höchsten Aufwertungsgewinnen zwischen Kauf und Verkauf. In einem System vollständiger Währungskonkurrenz ist sogar gegen eine positive Verzinsung des Tauschmittelbestandes aus der Sicht der Freiwirtschaft nichts einzuwenden, da die Liquiditätsprämie nicht existent ist. Sollten dagegen negative Realzinsen notwendig oder Folge der wirtschaftlichen Entwicklung sein,

dann muss sich die Verzinsung der Tauschmittel der Verzinsung von Realaktiva auch nach unten anpassen können. Eine Liquiditätsgebühr auf alle Tauschmittel würde hierfür die notwendigen Voraussetzungen schaffen.[4]

## Die Theorie der Neuen Monetären Ökonomik

Die Idee konkurrierender Währungen fand spätestens mit Hayek (1976) wieder Eingang in die wissenschaftliche Diskussion, hat sich aber bis heute nicht durchsetzen können. Dennoch haben in den 80'er Jahren zwei Theorierichtungen des monetären Laissez-faire auf sich aufmerksam gemacht, die Theorie des staatlich regulierten Geldes (N. Wallace 1983) sowie die Theorie der Neuen Monetären Ökonomik von Robert E. Hall (1982). Die Hauptaussagen der Neuen Monetären Ökonomik sind kurz in den folgenden Punkten zusammengefasst:[5]

1) Unser heutiges Geld ist ein Ergebnis der Regulierung! Die mikro- bzw. makroökonomischen Eigenschaften eines Geldsystems sind hauptsächlich durch die Existenz staatlicher Regulierungen bestimmt. 2) In einem System des monetären laissez-faire würde sowohl die Quantitäts- als auch die Liquiditätstheorie des Geldes an Bedeutung verlieren. Schon heute ist es äußerst schwierig, die für die Geldpolitik relevante Geldmenge zu bestimmen. Bei einer Vielzahl von Zahlungsmitteln wäre diese überhaupt nicht mehr ermittelbar geschweige denn für irgend etwas nützlich. 3) Zwei der traditionellen Geldfunktionen, die Recheneinheit und die Zahlungsmittelfunktion, müssen nicht in einem einzigen Vermögensgegenstand vereint sein. Eine Trennung dieser Geldfunktionen würde die makroökonomischen Instabilitäten verringern, die auf rein monetäre Vorgänge zurückzuführen sind. Der Gedanke einer Trennung von Tauschmittel und Recheneinheit sollte der Freiwirtschaft nicht vollkommen fremd sein. Nicolas Johannsen (1913), der unabhängig von Gesell ein eigenes Konzept für eine "Geldsteuer" entwickelte, schlug z.B. eine Trennung zwischen Marktaler als Tauschmittel und Neumark als allgemeine Wert- und Recheneinheit vor.

Wie stellt sich die Neue Monetäre Ökonomie ein solches System in der Praxis vor und welche Vor- bzw. Nachteile soll eine Trennung von Tausch- und Recheneinheit mit sich bringen? Durch die rasante Entwicklung im Zahlungsverkehrbereich wäre es z.B. bald möglich, dass für Großzahlungen neben Sichtguthaben auch andere Finanzaktiva wie Aktien, Rentenpapiere oder Fonds als Zahlungsmittel verwendet werden. Ein kostenverursachender Umtausch in Geld könnte somit umgangen werden. Und auch für Kleinbeträge ermöglicht die zunehmende Verwendung sogenannter smart-cards die kostengünstige Übertragung von Geld.[6] Bargeld würde nur noch in Nischen verwendet werden. Ein periodisches Umschichten zwischen langfristig gebundenem Finanzkapital hin zu liquiden Mitteln würde nicht mehr notwendig sein, da ersteres ebenfalls liquide wäre. "In einem System der Neuen Ökonomischen Theorie des Geldes kann jedes Individuum "Liquidität" nachfragen, ohne daß die Nachfrage nach investiven Vermögenswerten verringert werden muß, da Dividenden- und/oder Rentenpapiere in einem solchen System als liquide Mittel dienen. Auf diese Weise werden die Probleme keynesianischer Prägung vermieden, die entstehen, wenn eine gestiegene Liquiditätsnachfrage zu einem Wachstum der unproduktiven Horte führt und nicht zu einer Ausdehnung des Investivvermögens."[7]

Die Verwendung unterschiedlichster Zahlungsmittel wirft die Frage nach der Einheit auf, in der Waren ausgepreist sind und Verträge abgeschlossen werden. Eine der wesentlichen Verbesserungen durch ein allgemein akzeptiertes Geld war die drastische Reduzierung der Tausch- bzw. Preisrelationen. Währungskonkurrenz würde die Anzahl der relevanten Preis- und Wechselkursrelationen wieder erhöhen. Abhilfe könnte hier die Trennung der Geldfunktionen schaffen.

Wie aus Tabelle 2 zu ersehen ist, erhöht sich bei Währungskonkurrenz mit Funktionentrennung die Anzahl der Preisrelationen gegenüber einer Monopolwährung nicht. Getrennte Geldfunktionen führen nach Cowen und Kroszner (1987: 212) darüber hinaus zu einer erhöhten makroökonomischen Stabilität. Da der nominale Preis eines Tauschmittels nicht mehr mit "eins" defi-

**Tabelle 2: Anzahl der Tausch-, Preis- und Wechselkursrelationen bei $n = 1.000$ Gütern und $m = 5$ Währungen in unterschiedlichen Tauschsystemen**

| Tauschsystem | Anzahl der Tausch-relationen | Anzahl der Preis-relationen | Anzahl der Wechselkurs-relationen | Anzahl sich anzupassender Preise und Wechselkurse bei Überemission eines Geldes |
|---|---|---|---|---|
| einfacher Warentausch | $n(n-1)/2$ 499.500 | – | – | – |
| heutige Geldwirtschaft | – | $n$ 1.000 | – | 1.000 |
| herkömmliches System konkurrierender Währungen | – | $n\ m$ 5.000 | $m(m-1)/2$ 10 | 1.010 |
| konkurrierende Währungen mit getrennten Geldfunktionen | – | $n$ 1.000 | $m$ 5 | **1** |

niert ist, müssen sich bei Angebots- oder Nachfrageänderungen eines Tauschmittels nicht mehr die Preise aller Güter- und Dienstleistungen ändern. Im Gegensatz zur Monopolwährung mit simultaner Tausch- und Rechenmittelfunktion wird die "Preisanpassung nicht mehr auf das komplette Güter- und Leistungsbündel einschließlich des Arbeitsmarktes überwälzt", es ändert sich lediglich der Preis eines Tauschmittels. Diese Preisanpassung würde auf einem relativ effizienten Wertpapiermarkt stattfinden. Sind die Tausch- und Rechenmittelfunktion in einem Medium vereint, dann finden die notwendigen Preisanpassungen auf von Preis- und Lohnrigiditäten gekennzeichneten Güter- und Arbeitsmärkten statt, was i.d.R. zu Arbeitslosigkeit und Fehlallokationen führen wird.[8]

Da es nach der subjektiven Werttheorie keinen festen, zeitlich invariablen Wertmaßstab geben kann, ist die Frage nach der optimalen Recheneinheit von der Neuen Monetären Ökonomie noch nicht übereinstimmend beantwortet worden. So schlagen Hall (1983) bzw. Greenfield und Yeager (1983) die Verwendung von mehr oder weniger breit gefassten Güterbündeln vor[9], während Cowen und Kroszner (1994) eine rein abstrakte Recheneinheit bevorzugen. Engels (1981) dagegen bevorzugt Bruchteile des Sozialproduktes, aber auch die weitere Verwendung althergebrachter Währungseinheiten wie Dollar oder Euro wären möglich.

## Schlussfolgerungen und Ausblick

Cowen und Kroszner (1994) sind überzeugt, dass die Evolution der Zahlungsverkehrssysteme zu einem Wiederaufleben konkurrierender Tauschmittel bei gleichzeitiger Funktionentrennung führen wird. Das verstärkte Auftreten von Tausch- und Barterringen in der letzten Zeit ist sicherlich ein Indiz dafür, dass diese und andere Tauschformen mehr und mehr wettbewerbsfähig geworden sind.

Es ist zu erwarten, dass die Entwicklungen im elektronischen Zahlungsverkehr neben Effizienzerhöhungen der alten Zahlungsverkehrssysteme durchaus ordnungspolitische Auswirkungen haben werden. Gerade die Fortschritte im elektronischen Zahlungsverkehrbereich, sei es nun im Internet oder auf Basis von smart-cards, eröffnen für Geldreformer zusätzliche Möglichkeiten, die es zu entdecken gilt.[10] Krüger und Godschalk (1998) weisen z.B. darauf hin, dass digitales Geld für die Hortung ungeeignet ist. Der Wettlauf zwischen Geldemittenten und Hackern führt dazu, dass die Emittenten die Hard- und Software ständig weiterentwickeln müssen, um einen Vorsprung vor den Fälschern zu besitzen. Leider

ist in Deutschland – im Gegensatz zu den USA – eine eher innovationshemmende Gesetzgebung in Bezug auf Zahlungsverkehrsinnovationen zu beobachten, so dass das reformerische Potential elektronischen Geldes noch nicht ausgeschöpft werden kann.

Jede Entwicklung im Zahlungsverkehrbereich sollte jedoch daraufhin untersucht werden, wie gut sie die im ersten Teil herausgearbeitete Informationsfunktion des Geldes erfüllen kann. Dazu gehört nicht nur die Robustheit gegen Missbrauch, sondern vor allem die intertemporale Vergleichsfunktion, d.h. Preisniveaustabilität. Die Wahl der Recheneinheit wird vor allem das letztere Kriterium wesentlich bestimmen. Um die Erfolgschancen alternativer Geldprojekte zu erhöhen, wird es von Vorteil sein, sich im Rahmen der legalen Möglichkeiten der etablierten Recheneinheit zu bedienen.

Und vergessen wir dabei nicht: Die neuen Technologien werden nicht nur die Möglichkeit eröffnen, freiwirtschaftliche Ideen im Kleinen umzusetzen, sondern jede zusätzliche Transaktionstechnologie wird dazu führen, dass die Liquiditätsprämie als Monopolprämie geringer wird. Dennoch wird es notwendig sein, institutionelle und technologische Vorkehrungen für Liquiditätsgebühren zu schaffen, da Währungskonkurrenz allein nicht das Problem der unteren Nullschranke der Nominalzinsen lösen kann. In einer Welt, in der verzinsliche Renten- und Dividendenpapiere als Tauschmittel verwendet werden, ist die Verzinsung von Realaktiva in der Preisentwicklung dieser Finanzaktiva inbegriffen. Unter der Annahme, dass alle wesentlichen Transaktionen in einer Wirtschaft mittels dieser Tauschmittel abgewickelt werden können, wäre sogar ein Verzicht auf eine kostspielige Umlaufgebühr denkbar. Auch bei negativen Realzinsen gäbe es keinen Unterschied mehr zwischen der Verzinsung von Realaktiva und Tauschmittel.

## Anmerkungen:

1 Vgl. Duffy und Ochs 1999 (Übers. des Autors). Der Begriff Nash-Gleichgewicht stammt aus der Spieltheorie und ist nach dem amerikanischen Nobelpreisträger John Nash benannt, der 1994 zusammen mit John C. Harsanyi und dem Deutschen Reinhart Selten den Nobelpreis für Ökonomie bekam. Von einem Nash-Gleichgewicht spricht man dann, wenn es in einem Spiel, in dem alle Spieler die Regeln kennen, für niemanden einen Anreiz gibt, von seiner Strategie abzuweichen. Um das Prinzip an einem nichtökonomischen Beispiel zu verdeutlichen: In Deutschland ist es z.B. ein Nash-Gleichgewicht, mit dem Auto auf der rechten Straßenseite zu fahren, in England dagegen nicht. Gegeben die Strategie aller anderen Autofahrer, auf der rechten Seite zu fahren, besteht für mich kein Anreiz, die linke Straßenseite zu benutzen.

2 Für die Analyse ist es dabei unerheblich, ob der Anspruch selbst erarbeitet wurde oder auf dem Kreditwege eingeräumt wurde.

3 Eine Mikrofundierung versucht in der Regel real existierende makroökonomische Phänomene wie z.B. Arbeitslosigkeit aus der Sicht nutzenoptimierender Individuen zu begründen. Freigeld ist derzeitig nicht real vorhanden, schon dass ist ein Hinweis darauf, dass ein Schwundgeld keine Mikrofundierung besitzt. Um die Zweckmäßigkeit eines Geldes mit Durchhaltekosten zu begründen ist es zwingend notwendig, auf makroökonomische Zusammenhänge wie z.B. Liquiditätsfallen und Konjunkturzyklen zurückzugreifen. Wenn es keine Mikrofundierung von Schwundgeld gibt, makroökonomische Gründe aber für die Verwendung eines solchen sprechen, dann haben wir es mit einem typischen Gefangenen-Dilemma zu tun, einem Konflikt zwischen individueller Rationalität und kollektiver Irrationalität. Hieraus ergeben sich besondere Probleme für die Stabilität freiwirtschaftlicher Geldexperimente. Die allgemeine Verwendung eines Schwundgeldes ist nicht stabil, da es kein Nash-Gleichgewicht darstellt. Es muss durch institutionelle Regelungen, die wiederum mit erheblichen Transaktionskosten verbunden sind, abgesichert werden.

4 Vgl. hierzu auch Goodfriend (2000) bzw. die Diskussion dieses Vorschlages in Ehrentreich (2000).

5 sinngemäß übernommen aus Cowen und Kroszner (1987).

6 Die elektronische Geldbörse, die streng genommen lediglich ein Softwareprogramm auf dem Chip der smart-card darstellt, könnte auch die Übertragung anderer Geldsorten ermöglichen. Praktisch besteht diese Möglichkeit z.B. im Mondex-Geldkartensystem von Mastercard. Eventuelle Umrechnungen zwischen verschiedenen Geldsorten bzw. anderen Finanzaktiva können auch automatisch auf dem Geldkartenchip erfolgen.

7 Cowen und Kroszner 1987, S. 213.

8 Die Theorie der optimalen Währungsräume von Mundell 1961 verkürzt sich nach dieser Argumentation zu einer Theorie der optimalen Rechnungseinheit-Räume. Darüber hinaus kann das natürliche Monopol der Geldproduktion auch als natürliches Monopol der Verwendung einer allgemeinen Recheneinheit interpretiert werden.

9 Je breiter ein solches Güterbündel definiert worden wäre, desto mehr würde das Prinzip Gesell's der Nichthortbarkeit zur Geltung kommen. Abgesehen davon, dass es keine rechtliche Verpflichtung der Einlösung geben sollte, würde die Hortung des Güterbündels zu erheblichen Lagerverlusten führen. Die Definition eines Wertstandards würde keine Änderung der Nachfrage nach den im Güterbündel enthaltenen Waren induzieren.

10 Das seit kurzem etablierte payback Bonussystem ist aus geldtheoretischer Sicht z.B. ein System, in dem privates Geld (payback-Punkte mit einem einfachen Wechselkurs zum Euro) geschöpft wird, das nicht nur zur Einlösung bei der geldschöpfen den Firma berechtigt.

## Literaturverzeichnis:

- Cowen, T. und Kroszner, R. (1987): Neue Entwicklungen in den "New Monetary Economics." in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 36, S. 207–20.
- Cowen T. und Kroszner, R. (1994): Explorations in the New

Monetary Economics. Cambridge: Blackwell.
- Diamond, P. (1984): Money in Search Equilibrium, in: Econometrica 52, S. 1–20.
- Duffy, J. and Ochs, J. (1999): Emergence of Money as a Medium of Exchange: An Experimental Study. in: American Economic Review 89, S. 847–77.
- Ehrentreich, N. (2000): Die Nullschranke nominaler Zinsen als geldpolitische Restriktion in der wissenschaftlichen Diskussion, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 37, 124. Folge, S. 9–15.
- Engels, W. (1981): The Optimal Monetary Unit. Frankfurt (Main): Campus Verlag.
- Goodfriend, M. (2000): Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy. in: Journal of Money, Credit, and Banking 32, S. 1007–35.
- Greenfield R. und Yeager, L. (1983): A Laissez-Faire Approach to Monetary Stability, in: Journal of Money, Credit, and Banking 15, S. 302–15.
- Hall, R.E. (1982): Monetary Trends in the United States and the United Kingdom: A Review from the Perspective of New Developments in Monetary Economics, in: Journal of Economic Literature 20, S. 1552–56.
- Hayek, F.A. v. (1977): Die Entnationalisierung des Geldes. in: Freiburger Studien Bd. 13, Tübingen: Mohr-Siebeck.
- Johannsen, N. (1913): Die Steuer der Zukunft und ihre Einwirkungen auf geschäftliche Depressionen und volkswirtschaftliche Verhältnisse, Berlin: Puttkammer & Mühlbrecht.
- Kiyotaki, N. und Wright R. (1989): On Money as a Medium of Exchange. in: Journal of Political Economy 97, S. 927–54.
- Kocherlakota, N.R. (1998a): Money is Memory. in: Journal of Economic Theory 81, S. 232–51.
- Kocherlakota, N. (1998b): The Technical Role of Fiat Money. in: Federal Reserve Bank of Minneapolis Quarterly Review 22, S. 2–10. http://research.mpls.frb.fed.us/research/qr/qr2231.pdf (Zugriff 14.11.1998)
- Krüger, M und Godschalk, H. (1998): Herausforderung des bestehenden Geldsystems im Zuge seiner Digitalisierung–Chancen für Innovationen?, Forschungszentrum Karlsruhe: Wissenschaftliche Berichte FZKA 6160, http://www.itas.fzk.de/deu/Itaslit/krgo98a.htm (Zugriff 3.3.2000).
- Mundell, R.A. (1961): A Theory of Optimum Currency Areas, in: American Economic Review 51, S. 657–65.
- Polanyi, K. (1944): The great transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. (Übers. von H. Jelinek), 4. Aufl. Frankfurt(Main): Suhrkamp.
- Samuelson, P. (1958): An Exact Consumption-Loan Model of Interest with or without the social Contrivance of Money. in: Journal of Political Economy 66, S. 467–82.
- Stodder, J. (1995a): The Evolution of Complexity in Primitive Exchange: Theory. in: Journal of Comparative Economics 20, S. 1–31.
- Stodder, J. (1995b): The Evolution of Complexity in Primitive Exchange: Empirical Tests. in: Journal of Comparative Economics 20, S. 190–210.
- Wallace, N. (1983): A Legal Restriction Theory of the Demand for "Money" and the Role of Monetary Policy, in: Federal Reserve Bank of Minneapolis Quarterly Review, S. 1–7.

## Die Subsistenzperspektive

"Die Subsistenzperspektive heißt nicht, dass alle aufs Land ziehen müssen, sondern sie kann ebenfalls in Städten realisiert werden. Das geschieht bereits heute in vielfältigen Formen, angefangen bei der Bewegung des kommunalen 'Urban Gardening' in Kanada und den USA bis zu der Kleinlandwirtschaft und den Gärten, die viele Städter in der ehemaligen UdSSR anlegen, weil der kapitalistische Markt ihre Nahrungssicherheit nicht garantiert. Auch Tauschringe, LETS-Systeme, Lebensmittel- und Handwerkerkooperativen, Car-Sharing-Systeme, Initiativen neuer Nachbarschaftshilfe und neue Gemeinwesenprojekte enthalten Elemente der Subsistenzorientierung. ... Anstelle der Hegemonie des Privateigentums oder Staatseigentums favorisiert die Subsistenzperspektive verschiedene Eigentumsformen, vor allem aber die des Erhaltens, des Verteidigens und der Wiedereroberung der Allmende. Ohne kommunales Eigentum kann eine eigenständige, kommunale Wirtschaft nicht erhalten werden."

Prof. Dr. Maria Mies,
Globalisierung von unten,
Zürich 2001, S. 206.

Hugo Godschalk [1]

# Aufschwung durch lokales Nebengeld?

## Historische Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise in den USA

### Parallelwährungen während der Weltwirtschaftskrise

Wirtschaftliche Krisen, in denen die Unzulänglichkeiten des monetären Systems offen zu Tage treten, sind ein guter Nährboden für geldreformerische Experimente. So führte erst die Weltwirtschaftskrise (1929 bis ca. 1936) dazu, daß die Wirtschaftsakteure zusätzlich neben dem staatlichen Monopolgeld die meist privat emittierten lokalen Parallelwährungen – notgedrungen – akzeptierten. In dieser Periode entstanden weltweit die verschiedenartigsten Parallelwährungen, meist in Form von Scheinen, von denen die meisten allerdings nach Ende der Krise wieder auf "natürliche" Weise verschwanden oder frühzeitig als Folge des staatlichen Geldmonopols verboten wurden. Im Hinblick auf das Nebengeld, das historisch ohne Verbot wieder von Markt verschwand, stellt sich die berechtigte Frage, ob eine wirtschaftliche Notlage eine zwingende Voraussetzung für die Existenzfähigkeit ist, oder ob ein dauerhaftes (Nischen-) Dasein auch ohne Krise realistisch wäre. Andererseits ist zu bedenken, daß, historisch gesehen, privat emittiertes Nebengeld nie die juristische Gleichstellung erworben hat, die für einen fairen Wettbewerb mit dem staatlich herausgegebenen gesetzlichen Zahlungsmittel, privilegiert mit Annahmezwang, notwendig gewesen wäre.

Während der Weltwirtschaftskrise erreichten insbesondere die Parallelwährungen einen Höhepunkt, die auf das theoretische Gebilde der Gesell´schen Freigeldlehre zurückgreifen. Für die Leser dieser Zeitschrift vermutlich hinreichend bekannt, sind die spektakulären monetären Feldversuche der Wära-Tauschgesellschaft (überregional in Deutschland 1929–1931 mit Schwerpunkt insbesondere in Berlin, Schwanenkirchen und Ulm) und die Arbeitswertscheine in Wörgl und benachbarten Dörfern (Österreich 1932–1933) sowie das überregionale WIR-Geld auf Giralgeldbasis in der Schweiz (1934 bis heute!)[2]. Trotz der nachweislich positiven wirtschaftlichen Auswirkungen wurden die Freigeld-Projekte und andere Nebenwährungen, die in Papiergeldform ausgegeben wurden, verboten (z. B. im Deutschen Reich im Oktober 1931). Da der historische Nachweis fehlt, kann man über die längerfristige, über die Wirtschaftskrise hinausgehende Existenzfähigkeit dieser Freigeldversuche nur spekulieren. Eine weitere interessante Frage ist, ob andere Nebengeldemissionen, die damals ohne "Schwundgeld"-Mechanismus in Umlauf waren, nicht ebenfalls eine vergleichbare positive wirtschaftliche Auswirkung entfalteten. Dies könnte bedeuten, daß nicht der "Schwund", sondern die Tatsache der Emission des zusätzlichen Nebengeldes an sich schon der wesentliche Auslöser für die heilsame Erholung unter den damaligen Bedingungen war.

Zur Beantwortung dieser Fragen bieten die damaligen zahlreichen monetären Selbsthilfeprojekte in den USA neue Erkenntnisse. Die Situation in den USA bietet – im Gegensatz zum europäischen Umfeld – fast ideale Rahmenbedingungen. In über 400 Städten und Gemeinden wurde seit 1931 durch Gesetz und Behörden fast ungehindert [3] Nebengeld ausgegeben. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß Nebengeld – je nach geldtheoretischer Couleur der Herausgeber – in unterschiedlicher Ausprägung ausgegeben wurde. So wurden Nebengelder mit Warendeckung, aber vielfach auch unterschiedliche Freigeldformen in Umlauf gebracht. Diese bislang von der Wissenschaft kaum erforschte geldgeschichtliche Periode in den USA bietet also eine wahre Fundgrube für die Forschung der Funktions- und Überlebensfähigkeit unterschiedlicher Nebengeldformen und deren wirtschaftlichen Auswirkungen. Obwohl die Freigeldexperimente der 30er Jahre ihren eigentlichen Höhepunkt hinsichtlich Dauer, Ver-

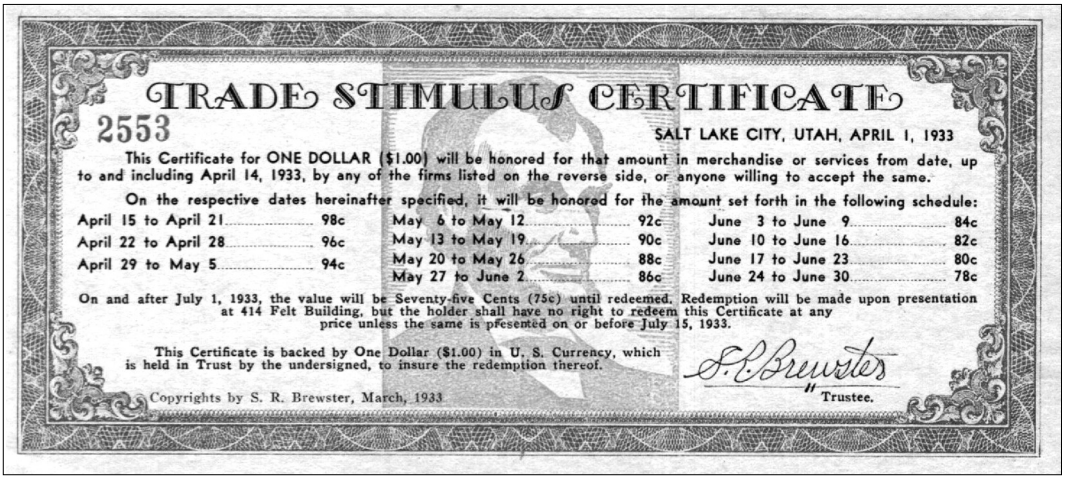
breitung, wissenschaftlicher Aufmerksamkeit, ökonomischer und politischer Wirkung womöglich erst in den USA erreichten, wird diesen Feldversuchen in der damaligen und späteren freiwirtschaftlichen Literatur bis heute wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Mit dem Hinweis auf die vermeintliche "falsche" Umsetzung der Freigeld-Idee in den USA verlor die freiwirtschaftliche Bewegung – nach anfänglicher Euphorie – das Interesse an diesen Ausläufern.

1983 rief der Augenzeuge Hans Cohrssen durch seinen Vortrag auf der INWO-Tagung in Wörgl [4] die Erinnerung wieder wach. Er hat als deutscher Assistent von Prof. Irving Fisher damals eine entscheidende und zentrale Rolle in den amerikanischen Freigeldprojekten gespielt. Im gleichen Jahr erinnerte auch Werner Onken [5] in dieser Zeitschrift an dieses "vergessene Kapitel der Wirtschaftsgeschichte". Die Begegnung und die zahlreichen Gespräche mit dem Zeitzeugen Hans Cohrssen bis kurz vor seinem Tod (1997) war für Claude Million und für den Verfasser dieses Beitrages Anlaß, sich mit der amerikanischen "stamp scrip"-Bewegung intensiver zu beschäftigen. Die Forschung aufgrund von Primärquellen kann im Hinblick auf die vielen noch ungeklärten Fragen und Ungereimtheiten zwar noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden, dennoch können aus heutiger Sicht anhand einer Fallstudie des "Freigeld"-Projektes in Mason City (Iowa) einige vorläufige Ergebnisse präsentiert werden.

## "Stamp Scrip" in den USA

Bereits während der Bankenkrise in 1907 reagierten viele Kommunen und lokale Banken mit der Herausgabe lokaler Banknoten und Wertscheine zur Linderung der monetären Unterversorgung vom fehlenden in Umlauf befindlichem Bargeld. Die nächste monetäre Krise, die auf den Börsenkrach 1929 folgte, war ebenfalls gekennzeichnet durch eine Vielzahl unterschiedlicher monetärer Selbsthilfeprojekte auf lokaler Ebene. Die Initiatoren waren Kommunen, Wirtschaftsverbände, Handelskammern oder spontane Zusammenschlüsse von ehrenwerten Bürgern, die mit ihren Namen für das privat emittierte Geld garantierten. Es gab kein Patentrezept zur monetären Krisenbekämpfung und es gab ein richtiges Sammelsurium von Projekten, variierend von lokalen Papierwertscheinen ("scrip") bis zu bargeldgeldlosen Tausch- und Verrechnungssystemen ("barter"). Die Scrip-Periode von 1931 bis ca. 1937 fand ihren Höhepunkt in der Periode Herbst 1932 bis Frühling 1933, in der ca. 80% aller Scrip-Emissionen stattfanden. Beim "Scrip" gab es viele Varianten, worunter insbesondere das sogenannte "Stamp Scrip" fiel, lokale Noten mit Feldern auf der Rückseite – manchmal auch auf der Vorder- oder sogar Innenseite (gefaltete Noten) – auf denen Wertmärkchen aufgeklebt werden sollten. Daneben gab es auch Scrip (ohne "Stamps") mit Verzinsung (Einlösewert über dem Ausgabewert) oder mit periodischer Wertminderung (Einlösewert unter dem Ausgabewert), bei denen bei der Ausgabe auf dem Scrip Zeitangaben mit genauer Angabe der jeweiligen Wertminderung gedruckt wurden. So ist z. B. das in Salt Lake City am 1. April 1993 ausgegebene "Trade Stimulus Certificate" mit Ausgabewert in Höhe von 1 Dollar mit einer wöchentlichen Wertminderung von 2 Cent eine interessante Umsetzung der Freigeldidee in den USA ohne Verwendung der Klebemärkchen (siehe Abbildung).

Das relativ weitverbreite Stamp Scrip gab es grundsätzlich in zwei Varianten: das sogenannte "transaction scrip" und das "dated stamp scrip". Beim "transaction scrip" sollte bei jedem Kaufakt ein Märkchen erworben und aufgeklebt werden. Auf dem Schein waren meist 36 oder auch 52 Felder angebracht, die sukzessive mit 2 bzw. 3 Dollarcent-Märkchen ausgefüllt werden sollten. Wenn der Schein "vollgeklebt" war, konnte der Letztinhaber den Schein gegen 1 US-Dollar bei der Emissionsstelle wieder einlösen. Bei jedem Kaufakt wurde somit die Hartgeld-Deckung bei diesem "self-redeeming scrip" durch den Verkauf der Märkchen sukzessive aufgebaut. Der geringfügige Überschuß wurde für die Verwaltung und Prägung dieses Stempelgeldes verwendet. Das "dated stamp scrip" entspricht dagegen den damaligen europäischen Freigeld-Projekten wie dem Wära-Geld in Deutschland. Auf der Rückseite des Scheines waren Felder mit Periodenangaben,



TRADE STIMULUS CERTIFICATE

2553

SALT LAKE CITY, UTAH, APRIL 1, 1933

This Certificate for ONE DOLLAR ($1.00) will be honored for that amount in merchandise or services from date, up to and including April 14, 1933, by any of the firms listed on the reverse side, or anyone willing to accept the same.

On the respective dates hereinafter specified, it will be honored for the amount set forth in the following schedule:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| April 15 to April 21 | 98c | May 6 to May 12 | 92c | June 3 to June 9 | 84c |
| April 22 to April 28 | 96c | May 13 to May 19 | 90c | June 10 to June 16 | 82c |
| April 29 to May 5 | 94c | May 20 to May 26 | 88c | June 17 to June 23 | 80c |
| | | May 27 to June 2 | 86c | June 24 to June 30 | 78c |

On and after July 1, 1933, the value will be Seventy-five Cents (75c) until redeemed. Redemption will be made upon presentation at 414 Felt Building, but the holder shall have no right to redeem this Certificate at any price unless the same is presented on or before July 15, 1933.

This Certificate is backed by One Dollar ($1.00) in U. S. Currency, which is held in Trust by the undersigned, to insure the redemption thereof.

S. R. Brewster
Trustee.

Copyrights by S. R. Brewster, March, 1933

**Scrip Salt Lake City (Vorderseite)**

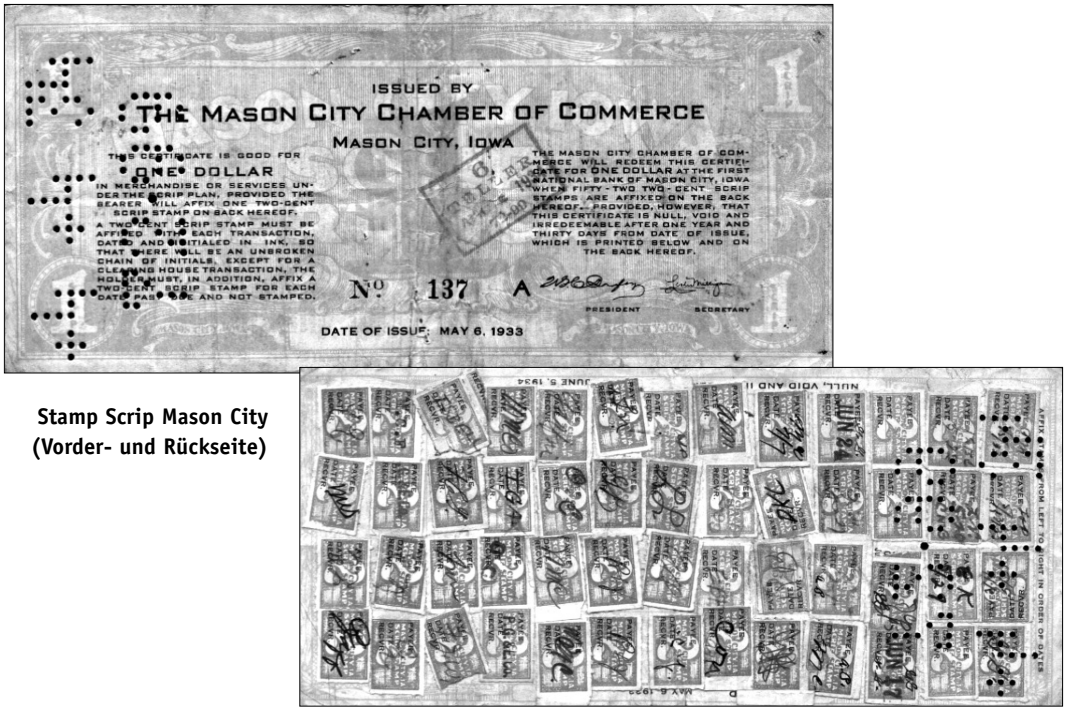
auf die jeweils (z.B. pro Woche) Wertmärkchen aufgeklebt werden sollten. In der Praxis gab es allerdings auch Mischformen (wie z.B. in Mason City).

Das "transaction scrip" war im Vergleich zum "dated stamp scrip" am weitesten verbreitet. Die Idee geht zurück auf Charles Zylstra, ein Emigrant aus den Niederlanden, der im Oktober 1932 – 2 Monate nach Start des Freigeld-Projektes in Wörgl – in Hawarden (Iowa) diese Art Scrip zuerst initiierte. Obwohl das erste Projekt in Hawarden kein durchschlagender Erfolg war, wurde die Idee rasch in vielen amerikanischen Gemeinden – auch außerhalb von Iowa – übernommen. Ideengeschichtlich ist unklar, was Zylstra zu dieser Variante inspiriert hat. Sicherlich kannte er die europäischen Freigeld-Projekte, die damals aus der Presse und Literatur bekannt waren. Vermutlich handelt es sich nicht um eine Fehlinterpretation des europäischen Freigeldes, sondern vielmehr um eine bewußte Modifizierung der Handhabung [6].

Mehr oder weniger vergeblich weisen Professor Irving Fisher und sein Assistent Cohrssen in ihrem Handbuch "Stamp Scrip" (1933) [7] und in vielen Briefen an die örtlichen Initiatoren auf den "falschen" Ansatz des "transaction scrip" in Zeiten der Deflation hin. Sie befürworten – mit Hinweis auf Wära [8] und Wörgl – das Freigeld-Prinzip des "dated stamp scrip", wonach der Inhaber bedingt durch den zeitlichen Wertverlust zur Weitergabe angeregt wird und bei rechtzeitiger Weitergabe gerade nicht – wie beim "transaction scrip" – durch eine zusätzliche Transaktionsgebühr belastet wird. Nur wenige Gemeinden gaben das reine "dated stamp scrip" heraus.

## Fallstudie Mason City

Die theoretische Kontroverse zwischen Zylstra und seinen Nachfolgern einerseits und Fisher/Cohrssen auf der anderen Seite veranlaßte die Handelskammer der mittelgroßen Gemeinde Mason City im Bundesstaat Iowa (damals ca. 23.000 Einwohner) zur Herausgabe einer Mischform. Obwohl Cohrssen noch in der Planungsphase dem Initiator Lester Milligan (Sekretär der Handelskammer) von einer Kombination dringend abriet, wurde im Frühling 1933 in Mason City ein "transaction scrip" herausgegeben, bei dem – nur im Fall einer Nicht-Verwendung innerhalb der jeweiligen Woche – beim Verstreichen des aufgedruckten Datums zusätzlich eine Wertmarke aufgeklebt werden sollte. Auf der Rückseite des Scheins waren 52 Felder je mit dem Text "affix 2 cent stamp scrip on or before ..." (jeweiliges Datum) [9]. Die Laufzeit des Scheins betrug demnach maximal 52 Wochen nach Ausgabedatum. Beide Daten (Ausgabe- und Verfalldatum) waren auf dem Schein angegeben. Bei jeder Transaktion mußte im Beisein des




**Stamp Scrip Mason City (Vorder- und Rückseite)**

akzeptierenden Händlers die Wertmarke aufgeklebt werden und anschließend mit den Initialen des Käufers unterschrieben werden. Die Einlösung eines "vollgeklebten" Scheins gegen einen US-Dollar bei der örtlichen First National Bank wurde von der Handelskammer mit Unterschrift des Präsidenten und des Sekretärs auf dem Schein bestätigt. Die Wertmarken konnten über die teilnehmenden Geschäfte und Freiberufler gekauft werden. Die Anzahl der Akzeptanzstellen betrug ca. 350, verteilt über fast sämtliche Branchen. Die teilnehmenden Händler verpflichteten sich zur Annahme von höchstens 1 Scrip Dollar pro Kauftransaktion mit einer Kaufsumme über 50 Cent.

Die Scheine wurden auf unterschiedliche Weise in Umlauf gebracht. Erstens wurde mit dem Stamp Scrip der Bau einer bis heute existierenden Straße entlang dem Fluß Winnebago River als öffentliche Beschäftigungsmaßnahme finanziert. In zwei 3-Tage-Schichten wurden pro Schicht jeweils ca. 25 bis 35 Arbeitslose beschäftigt. Die Entlohnung betrug 8 Dollar in Scrip für 3 Tage (30 Cent pro Stunde). Die Teams wurden öfter neu zusammengestellt, so daß viele Arbeitslose an dieser Beschäftigungsmaßnahme partizipieren konnten. Für viele beteiligte Arbeitslose war es in dieser Zeit die einzige Einnahmequelle. Rein rechnerisch ist davon auszugehen, daß in den Emissionsmonaten Mai bis Juni 1933 ca. 50% des Gesamtemissionsvolumens auf diese Art in Umlauf gebracht wurde. Genaue Angaben liegen allerdings nicht vor.

Laut Arthur Fischbeck, ein heutiger Lokalhistoriker von Mason City, wurde das meiste Scrip allerdings durch die Einzelhändler und andere Mitglieder der Handelskammer gegen US $ gewechselt und anschließend über Gehaltszahlungen oder Warenankäufe weiter verbreitet. Diese Initial-Gruppe war allerdings nicht verpflichtet, den gesamten Gegenwert in $ zu hinterlegen. Man konnte auch eine Garantieverpflichtung für den Restbetrag gegenüber der First National Bank abgeben und später einzahlen.

Die erste Ausgabe trug das Ausgabedatum 6. Mai 1933. Bis zum 1. Juli 1933 wurden pro Woche im Durchschnitt Scrip im Wert von ca. 1.000 Dollar in Umlauf gebracht. Trotz optimaler

Voraussetzungen, breiter Unterstützung und Begeisterung verlief das Projekt in den ersten Monaten sehr schleppend. Man hat erwartet, daß die zuerst ausgegebenen Scheine schon nach einigen Monaten zur Einlösung vorgelegt wurden. Nach 5 Monaten äußerte sich Milligan in einem Beitrag in der Zeitschrift "The American City" (Ausgabe November 1933) nicht gerade begeistert: "Five months´experience indicates that the requirement of a stamp with every transaction has not had the desired results in speeding up retirement of the issue." [10] Neben dem technischen Problem, daß sich die Märkchen im Umlauf vom Schein oft lösten, konzentrierte sich der Umlauf auf wenige Firmen, die mangels Verwendung die Scheine nicht wieder in Umlauf setzen konnten. Aus diesem Grund wurde bei der First National Bank ein "Clearing House" eingerichtet, bei dem überschüssige Scheine von Akzeptanzstellen vorzeitig eingelöst werden konnten. Das Clearing House ersetzte die verlorengegangen Märkchen und setzte das Geld erneut über Firmen in Umlauf, die ihre Mitarbeiter in Scrip entlohnten. Nachdem sich beim Clearing House zur Mitte des Jahres 1933 ca. 5.000 Dollar Scrip angehäuft hatten, wurde durch die Bereitschaft der Schullehrer, 10% des Gehalts in Scrip zu akzeptieren, eine entscheidende Wende hervorgerufen: "This probably wasn´t legal, but everyone was loyal. That was the thing – a fine community loyalty, which pulled it through." [11] Einen negativen Einfluß auf das Projekt übten die ersten arbeitsmarktpolitischen Erfolge der New Deal Politik Roosevelts aus. Nach Beendigung des Projektes waren die Bürger von Mason City froh, daß eine Fortsetzung oder Neuauflage dieses in der Not entstandenen Selbsthilfeprojektes nicht mehr notwendig war. Immerhin wurde jede Scrip-Transaktion mit einer 2%-Steuer belastet. Auch hier zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zu den europäischen Freigeld-Projekten, die nicht nur krisenbedingt waren, sondern auch als Geldreformexperimente initiiert wurden. Der Geldreformansatz fehlte in den USA – auch bei anderen Scrip-Projekten – damals weitgehend.

Insgesamt betrug die Emission 10.000 Dollar. Das von vornherein zeitlich befristete Projekt dauerte – unbehelligt durch staatliche Eingriffe – 16 Monate und wurde im August 1934, nachdem der letzte Schein eingelöst wurde, eingestellt. Nahezu sämtliche Scheine wurden eingelöst, und das Projekt konnte sogar mit einem kleinen Überschuß in Höhe von 300 $ abgeschlossen werden [12]. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Wertmarken betrugen 10.620,22 US $. Ca. 65% davon wurden durch 49 Firmen aufgebracht, die zum Teil bis zu 25% der Gehälter ihrer Angestellten auf das Nebengeld umgestellt hatten [13]. Im Gegensatz zu manch anderem Stamp Scrip-Projekt zeigen sämtliche heute noch vorhandenen Scheine aus Mason City die deutlichen Spuren einer intensiven Nutzung. Alle Scheine sind abgenutzt, vollgeklebt mit Märkchen mit vielen unterschiedlichen Initialen.

Bei einer theoretisch maximalen Umlaufhäufigkeit jedes Scheins in Höhe von 52 wäre durch die Scrip-Ausgabe ein zusätzlicher Umsatz in Höhe von immerhin 0,5 Millionen Dollar generiert worden. Ein Dollar der damaligen Zeit entspricht der heutigen Kaufkraft von ca. 13 Dollar. Der scripbedingte Zuwachs des örtlichen Sozialprodukts in Mason City hätte also – umgerechnet in heutiger Dollarkaufkraft – ca. 6,5 Mio. Dollar (ca. 280 $ pro Einwohner) betragen. Ein gewisser Abschlag ist berechtigt, denn ein Teil der Wertmarken wurde sicherlich nicht transaktionsbedingt, sondern datumsbedingt erworben [14]. Andererseits wurde berichtet, daß Teilnehmer den Schein auch ohne Erwerb von einer Wertmarke im Zahlungsverkehr nutzten. Wenn man den Erfolg eines Geldexperimentes an der lokalen Nutzung, am Umlauf des Nebengeldes und an dem ökonomischen Impuls mißt, zählt das "falsche" Freigeld-Experiment von Mason City sicherlich zu den erfolgreichsten Freigeldexperimenten der Weltwirtschaftskrise und stellt die bisherigen "Paradebeispiele" Wära und Wörgl in den Schatten [15]. Fairerweise muß man allerdings hinzufügen, daß den beiden zuletzt genannten Projekten im Hinblick auf die damals weltweite Öffentlichkeitswirkung ihre mutige Pionier- und Vorreiterrolle nicht abstreitig gemacht werden kann. Ohne Wära und Wörgl hätte es vermutlich in Mason City und anderen Gemeinden in den USA kein Stamp Scrip gegeben.

## Fazit - Thesen

• In den USA gab es während der Weltwirtschaftskrise Hunderte verschiedenartigster lokaler Nebengeldprojekte, die unterschiedlich erfolgreich waren. Auf Basis der heutigen Erkenntnisse zeigt sich, daß sich damals kein eindeutiger Erfolgstypus herauskristallisiert hat. Die wenigen "reinen" dated stamp scrip-Projekte nach dem Freigeldmuster waren nicht erfolgreicher als die "falschen" transaction scrip-Varianten oder als das Scrip ohne Aufklebemärkchen.

• Die wirtschaftlichen Effekte der amerikanischen Nebengeldemissionen während der Weltwirtschaftskrise sind durchaus vergleichbar mit denen der europäischen Freigeld-Projekte. In mehreren Fällen – wie z. B. in Mason City – war der Effekt pro Einwohner vermutlich sogar um das Vielfache höher.

• Die amerikanischen Nebengeld-Projekte wurden nicht durch ein Verbot "vorzeitig" beendet, sondern wurden nach und nach (die letzten bis 1937) eingestellt, nachdem sich die ökonomischen Bedingungen nach der Krise wieder wendeten.

• Im Hinblick auf die amerikanischen Erfahrungen stellt sich die hypothetische Frage nach dem Erfolg und Ausgang der europäischen Freigeld-Projekte, wenn diese Projekte nicht vorzeitig verboten worden wären bzw. ohne Umlaufsicherung ausgestattet gewesen wären.

• Bei der Betrachtung der damaligen europäischen und amerikanischen Nebengeldinitiativen liegt die Schlußfolgerung Claude Millions nahe, "daß die Wahl der Scrip-Art weniger ausschlaggebend für den Erfolg eines Versuchs sein konnte, als die lokalen Umstände, unter denen das Scrip emittiert worden war."

## Anmerkungen:

1 Für wertvolle Hinweise bin ich Claude Million (Basel) und Arthur Fischbeck (Mason City) sehr dankbar. Claude Million, der 1998 an der Humboldt-Universität in Berlin seine Diplomarbeit über die amerikanischen Scrip-Projekte der Weltwirtschaftskrise schrieb (Nebenwährungen gegen Absatzstockung und Beschäftigungskrise – Die amerikanischen Versuche mit "scrip" während der grossen Depression"), hat durch seine Recherchen im Irving Fisher Archiv (New York) wichtige Primärquellen aufgedeckt und wieder zugänglich gemacht. Arthur Fischbeck hat mir als Lokalhistoriker der Stadt Mason City bei der Suche und Auswertung der noch vorhandenen Materialien zum damaligen "Stamp Scrip"-Projekt geholfen.

2 Eine gute Übersicht der damaligen Freigeldversuche bietet W. Onken, Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld, Lütjenburg 1997. Siehe auch: H. Godschalk, Die geldlose Wirtschaft, Berlin 1986, S. 29ff.

3 Oft wird fälschlicherweise behauptet, daß die Freigeld- und anderen Nebengeldprojekte in den USA – wie ihre europäischen Vorgänger – in den USA ebenfalls verboten wurden. Siehe zum Beispiel B. Lietaer, Das Geld der Zukunft, München 1999, S. 274.

4 Vgl. H. Cohrssen, Das beginnende Engagement der Wissenschaft – Für eine gesunde Geldordnung – Eine historische Besinnung – , in: Das-Freigeld-Experiment von Wörgl, Vorträge gehalten auf dem internationalen INWO-Kongress zur 50-jährigen Wiederkehr der mutigen Tat von Bürgermeister Michael Unterguggenberger, Gaienhofen 1983. Weitere Veröffentlichungen von Cohrssen zu diesem Thema: Einer der auszog die Welt zu verändern, Erinnerungen eines Jahrhundertzeugen, Frankfurt am Main 1996, S, 67ff., The Stamp Scrip Movement in the U.S.A., in: D. Suhr, The Capitalistic Cost-Benefit Structure of Money, Berlin-Heidelberg-New York 1989, S. 113f. und Geld- und steuerpolitische Ideen von Irving Fisher, Erinnerungen eines Mitarbeiters, in: Kredit und Kapital, Heft 2 (1995), S. 298ff.

5 Vgl. W. Onken, Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte – Schwanenkirchen, Wörgl und andere Freigeldexperimente -, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr. 57/58 (1983), S. 15f.

6 Zylstra selbst schreibt in einem Brief an Irving Fisher, datiert vom 28.10.1932: "I had not seen anything in reference to it for years, but remember reading about a plan tried in Europe somewhere, before the year 1907" (Brief aus dem Archiv "Irving Fisher Papers on Scrip Money", New York Public Library). Die Zeitzeugen Weishaar und Parrish berichten 1933 dagegen, daß Zylstra sich bei seinem Projekt insbesondere von Gesell und Proudhon hat inspirieren lassen. Vgl. W. Weishaar & W. W. Parrish, Men without Money, The Challenge of Barter and Scrip, New York 1933, S. 20.

7 I. Fisher (assisted by H.R. L. Cohrssen and H. W. Fisher), Stamp Scrip, New York 1933.

8 Bereits in August 1932 hat Hans Cohrssen in seinem Beitrag "Wära" in der amerikanischen Zeitschrift "The New Republic" über das Freigeld-Experiment in Deutschland (insbesondere Schwanenkirchen) berichtet.

9 Auf der Vorderseite des Scheins war folgender Text abgedruckt: "A two-cent scrip stamp must be affixed with each transaction, dated and initialled in ink, so that there will be an unbroken chain of initials, execpt for a clearing house transaction, the holder must, in addition, affix a two-cent stamp for each date past due and not stamped."

10 L. Milligan, Cement-bound Macadam Paid for in Mason City with Scrip, in: The American City, November 1933, S. 56.

11 L. Milligan, The Stamp Scrip Experience of Mason City, Iowa, verfaßt in ca. 1934/35, veröffentlicht in: R. A. Mitchell & N. Shafer, Standard Catalog of Depression Scrip of the United States, Iola 1984, S. 312.

12 Milligan berichtet, daß von den 10.000 ausgegebenen Scheinen nur 118 Scheine nicht eingelöst wurden (Schreiben von Milligan, zitiert in J. W. C. Harper, Scrip and other Forms of Local Money, Chicago 1948,S.81).

13 Vgl. L. Milligan, The Stamp Scrip Experience of Mason City, Iowa, a.a.O., S. 312.

14 Milligan berichtet, daß die ersten Scheine (ausgegeben im Mai 1933) im März 1934 (also innerhalb von 12 Monaten) wieder eingelöst wurden. Vgl. L. Milligan, The Stamp Scrip Experience of Mason City, Iowa, a.a.O., S. 312.

15 Die unter dem damaligen Kenntnisstand plausible Schlußfolgerung Onkens, "Aufgrund der fehlerhaften Handhabung des Markennotgeldes konnten die betreffenden amerikanischen Städte und Gemeinden keine Erfolge erzielen, die denen von Schwanenkirchen und Wörgl vergleichbar gewesen wären" (W. Onken, Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld, a.a.O., S. 54) kann – bedingt durch die neuen Erkenntnisse aus den historischen amerikanischen Stamp Scrip-Projekten – nicht aufrecht erhalten werden.

16 C. Million, Nebenwährungen gegen Absatzstockung und Beschäftigungskrise – Die amerikanischen Versuche mit "scrip" während der Grossen Depression", Diplom-Arbeit am Lehrstuhl Prof. Dr. Claus Offe, Berlin 1998, S. 6.

Jürgen Schmidt, Wolfgang Wagner & Helga Koch:

# Der Gib & Nimm-Tauschring Nürnberg – Soziales Kapital für "Bastel-Biographien"

## 1. Einleitung

Tauschringe sind Vereinigungen von Personen, die Güter und Dienstleistungen auf nichtkommerzieller Grundlage tauschen. Bisher wurden sie unter dem Aspekt eines alternativen Geldsystems beleuchtet (vgl. Creutz 1994, Klein 1994); sie erfüllen aber auch daneben noch wichtige Funktionen für ihre Mitglieder. Das soll eine Analyse ihrer sozialen Strukturen zeigen. Die folgende sozio-demographische Untersuchung wird darlegen, daß ein erheblicher Anteil von Personen, die in einen Tauschring eintreten, nach mehr oder weniger starken Einschnitten in ihrer Biographie ein soziales Netz und/oder daran gekoppelte Dienstleistungen zur Stabilisierung ihrer personalen und sozialen Identität suchen.

In der modernen Gesellschaft ist die personale Identität der Menschen, also der Kern dessen, was man glaubt zu sein, durch die Aufteilung des Handelns in verschiedene räumliche und sachliche Bezüge gefährdet. Personale Identität bedarf deshalb neben der Übernahme verschiedener sozialer Rollen auch primärer Beziehungen, die über eine Rollenpartnerschaft hinausgehen und Kontinuität garantieren. Da Anzahl und Ausmaß der primären Sozialbeziehungen in der modernen Gesellschaft abnehmen – Versingelung, rückläufige Kinderzahlen sind Indikatoren dafür -, ist das moderne Individuum von einer Fragmentierung seiner Identität bedroht; die Ausbildung und Aufrechterhaltung eines orts- und zeitunabhängigen Selbstbildes wird erschwert. Außerdem sind viele Menschen dazu gezwungen, soziale Rollen zu übernehmen, mit denen sie sich nicht oder nur in geringem Ausmaß identifizieren können. Eine derartige Rollendistanz muß aber kompensiert werden, will man ein erfülltes Leben führen. Sofern man in intakte partnerschaftliche Netzwerke eingebunden ist, kann man diese problematische Situation bewältigen. Nicht jeder Mensch verfügt aber in der modernen Gesellschaft über ein solches "soziales Kapital" (Bourdieu 1983). Hinzu kommt, daß enge Sozialbeziehungen zahlreiche Güter und Dienstleistungen erbringen, die auf dem Markt nicht angeboten werden. Für Personen, denen ein solches soziales Kontaktnetzwerk nicht zur Verfügung steht, besteht u.a. die Möglichkeit, in eine soziale Gemeinschaft – etwa in einen Tauschring – einzutreten. Mit dieser kann man sich erstens identifizieren, zweitens soziale Beziehungen aufbauen und drittens Güter und Dienstleistungen, für die üblicherweise Verwandte und enge Bekannte sorgen (z.B. gelegentliche Kinderbetreuung), von eigentlich "fremden" Personen erhalten. Ausgangspunkt der folgenden Analysen ist deshalb die These, daß in Tauschringe in erster Linie Personen mit sog. "Bastel-Biographien" (Hitzler 1993) eintreten. Konstitutiv für diese "Bastel-Biographien" sind einschneidende biographische Ereignisse. Darunter sind Vorgänge zu verstehen, die die bisher gültigen Regeln des alltäglichen Lebens außer Kraft setzen und die Lebensumstände derartig verändern, daß der Lebensablauf erheblich gestört ist. Verbunden damit ist in der Regel eine Lebenskrise der Betroffenen. Arbeitslosigkeit ist etwa ein solches Phänomen, aber auch der Verlust des Ehe- oder Lebenspartners, eine ungewollte Schwangerschaft, Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit können Lebenskrisen hervorrufen.

## 2. Die Wurzeln des "Gib & Nimm"-Tauschrings

### 2.1 Entstehung des Tauschringgedankens

Die Gründung von sog. "Tauschringen" ist an die Verhältnisse der modernen Gesellschaft gekoppelt. Für sie ist kennzeichnend, daß das alltägliche Leben im Vergleich zu vormodernen Gesellschaften abstrakter wird: primäre Sozialbeziehungen weichen verrechtlichten sekundären

Sozialbeziehungen. Mächtige "korporative Akteure" (Coleman 1991), mit denen der moderne Bürger konfrontiert wird, wie etwa der Staat, Großbetriebe oder Massenmedien, entstehen. In der Literatur hat Franz Kafka schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts in seinem Roman "Das Schloß" das Gefühl beschrieben, das sich im Umgang des einzelnen mit diesen großräumigen und abstrakten Interaktionseinheiten ergibt: ein Gefühl sozialer Ohnmacht, einer "Macht hinter dem Berge", entsteht. Gleichzeitig wird der Mensch immer stärker mit einer globalisierten Wirtschaft konfrontiert, die die lokalen Grenzen des Handels sprengt. Beispielhaft für diesen Prozeß ist die Europäische Währungsunion, mit der die nationalen Geldverfassungen ihre Geltung verlieren. Im Zuge dieser Entwicklungen entstehen romantische Bewegungen, deren Mitglieder sich angesichts der Rationalisierung der alltäglichen Lebensführung nach kleinräumigen (Tausch-) Gemeinschaften sehnen.

Ein zweiter wichtiger Grund für die Entstehung von Tauschringen ist in den Wirtschaftskrisen zwischen den beiden Weltkriegen zu suchen, die von hoher Arbeitslosigkeit und geringem Einkommen geprägt waren. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung war von Armut bedroht. Aus purer Not begannen die Menschen, sich vor Ort selbst zu helfen. Die sog. "Freigeldexperimente" der 30er Jahre in Europa haben ihre theoretischen Wurzeln in der Freigeldtheorie Silvio Gesells (1920). Erst in den 80er Jahren freilich lebte der Gedanke mit den sog. "LETS"-Tauschsystemen wieder auf. Unter "LETS" versteht man die "Local Exchange Trading Systems", die zu Beginn der 80er Jahre in Kanada, Großbritannien und Irland entstanden. Arbeitslosigkeit löste wiederum die Initialzündung aus. Die Idee des Tauschringnetzwerkes führte von da an bis heute zu einer Gründungswelle von Tauschringen; in der BRD gibt es mittlerweile über 200 Tauschnetzwerke.

Weshalb jedoch erfahren die lokalen Tauschringinitiativen gerade jetzt einen solchen Aufschwung? Seit den 70er Jahren haben sich wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsnachfrage entkoppelt. Unabhängig von der mittel- und langfristigen Konjunkturphase hat sich die Arbeitslosigkeit stetig erhöht und verharrt derzeit auf relativ hohem Niveau. Darüber hinaus hat sich ein Paradigmenwechsel hinsichtlich der Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse vollzogen: "Wir sind Augenzeugen einer historischen Kehrtwende in der Evolution der Arbeitsgesellschaft: Stand die Erste Moderne unter dem Vorzeichen der Normierung und Standardisierung der Arbeitsverhältnisse, so zeichnet sich mit der Zweiten Moderne das Gegenprinzip der Individualisierung der Arbeit ab." (Beck 1999: 98) Die Arbeitsbeziehungen werden aus der Sicht von Ulrich Beck zunehmend dereguliert und flexibilisiert. Mit dem Verschwinden der standardisierten Industriearbeit erodieren auch die sicherheitsgewährenden Beziehungen – zu allererst die zum berufslebenslangen Arbeitgeber. Darüber hinaus führt Rationalisierung und der ständige Wandel betrieblicher Strukturen dazu, daß die Vorstellung eines sicheren Arbeitsplatzes schwindet. Arbeits-, Biographie- und Lebensformen werden vielfältig, unübersichtlich und unsicher. Prekäre, diskontinuierliche Arbeits- und Familienbeziehungen sind das Signum der postmodernen Gesellschaft.

## 2.2 Entstehung des Gib & Nimm-Tauschrings Nürnberg (G&N)

Der G&N wurde 1995 von einem Kreis von Personen ins Leben gerufen, die sich mit Fragen und Problemen des heutigen Geldwesens beschäftigten. Hintergrund dieses Interesses ist die Unzufriedenheit mit der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Struktur der Bundesrepublik Deutschland. Wachsende Ungleichheit der Einkommensverteilung, Arbeitslosigkeit, konjunkturelle Schwankungen, Verschuldungskrise der 3. Welt, Anomie, Spekulantentum, Turbokapitalismus und Wirtschaftskriege werden als dauerhafte Begleiter der modernen Gesellschaft ausgemacht. Als Ursache für diese gesellschaftlichen Tatbestände wird in erster Linie das moderne Geldwesen verantwortlich gemacht.

Der Kreis, aus dessen Ideen sich später der Nürnberger Tauschring entwickelte, organisierte sich 1990 im Rahmen des Fränkischen Bildungswerkes für Friedensarbeit e.V. (FBF) zu einem Arbeitskreis unter dem Titel "Geldwerkstatt". In

diesem Forum beschäftigte man sich mit prinzipiellen Fragen des Geldwesens mit dem Ziel, eine alternative Währung ins Leben zu rufen – ein "Geld ohne Mehrwert", wie es Dieter Suhr (1987: 110) nennt. Dahinter verbirgt sich die Idee eines zinsbefreiten und umlaufgesicherten Zahlungsnetzwerks. Vor diesem Hintergrund wurde der Nürnberger Tauschring schließlich 1995 gegründet.

## 3. Sozialstrukturanalyse

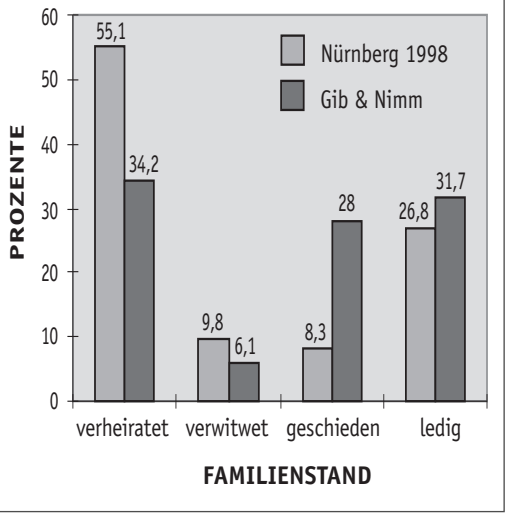
Im folgenden soll empirisch nachgewiesen werden, daß es sich bei G&N um ein alternatives Wirtschaftssystem mit einer besonderen sozialstrukturellen Zusammensetzung handelt. Dieser Sozialstrukturtypus – so die These – deutet darauf hin, daß der Tauschring Funktionen übernimmt, die üblicherweise primären Sozialbeziehungen zu eigen sind. G&N dient damit zur Bildung sozialen Kapitals sog. "Bastel-Biographien". Darunter sollen Lebensläufe verstanden werden, die von einschneidenden Ereignissen (Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Scheidung etc.) gekennzeichnet sind.

Die vorliegenden Daten entstammen einer mündlichen und fernmündlichen Befragung von Tauschringmitgliedern, die von März 2000 bis Juli 2000 durchgeführt wurde. Verglichen werden sie mit den statistischen Daten über die Einwohner der Stadt Nürnberg sowie – insofern keine vergleichbaren Zahlen der Nürnberger Einwohner vorliegen – mit den sog."ALLBUS"-Daten, die sich auf die westdeutsche erwachsene Bevölkerung von 1996 beziehen. G&N verfügt über 160 Mitglieder, 83 von ihnen erklärten sich zu einem Interview bereit; die Ausschöpfungsquote liegt folglich bei ca. 50%. Die vorliegenden Daten beschreiben deshalb nicht die soziale Lage aller Beteiligten, sondern lediglich die der befragten Personen. Bei den Aussagen über die gesamte Tauschringpopulation handelt es sich um Stichprobenergebnisse, die nur mit Einschränkungen ohne Korrekturen auf die Gesamtpopulation zu übertragen sind. Da allerdings davon auszugehen ist, daß Personen mit geringerem sozialem Kapital und stärkeren Brüchen in ihrer Biographie unter sonst gleichen Umständen eher einer Befragung ausweichen, ist zu vermuten, daß die vorliegenden Befunde in ihrem Ausmaß eher unterschätzt als überschätzt werden.

### 3.1 Familienstand und Partnerschaft

Vergleicht man den Familienstand der Nürnberger Bevölkerung mit dem der Mitglieder des Gib & Nimm-Tauschrings, so sticht der hohe Anteil der Geschiedenen bei letzteren hervor: 28% der Befragten sind geschieden, aber lediglich 8,3% der Nürnberger, 55,1 % der Nürnberger sind verheiratet, dagegen aber nur 34,2% der Tauschringmitglieder.

**Darstellung 1: Der Familienstand der Gib & Nimm-Tauschringmitglieder im Vergleich zu dem der Nürnberger Bevölkerung über 18 Jahre**




Die Personen im Tauschring sind also wesentlich häufiger von einer Scheidung betroffen als die Einwohner der Stadt Nürnberg. Ebenfalls gibt es deutlich mehr Alleinstehende. Nimmt man beides als Indikatoren für die Suche nach festen Bindungen bzw. der potentiellen Bedürftigkeit an sozialer Unterstützung, bestätigt sich obige These. Vergleicht man den Anteil der Personen, die in einer festen Partnerschaft leben, mit der Bevölkerung Westdeutschlands, so fällt ebenfalls

auf, daß die Tauschringmitglieder vereinzelter sind: 41% der Befragten haben keine festen Lebenspartner, dagegen nur 23,4 % der Westdeutschen (vgl. ALLBUS 1996).

Beinahe die Hälfte der Mitglieder weist ein Ereignis in ihrer Lebensbiographie auf, das ausschlaggebend war für den Eintritt in den Tauschring: 14,5 % der Befragten geben an, vor dem Eintritt erwerbslos geworden zu sein, 6% der Mitglieder erlitten vor ihrem Beitritt einen schweren Unfall oder eine schwere Krankheit, 2,4 % gaben eine Scheidung als Eintrittsgrund an, jeweils eine Person äußerte, schwanger bzw. behindert geworden zu sein, eine Person nannte akuten Hilfebedarf.

In den Tauschring treten Personen mit relativ geringem sozialem Kapital und einschneidenden lebensbiographischen Ereignissen überdurchschnittlich häufig ein: Erwerbsunfähige, alleinerziehende Mütter oder Geschiedene. Welche Ursachen sind dafür verantwortlich? Hilfreich für die Erklärung des persönlichen Umfeldes der Tauschringmitglieder sind die Überlegungen von Elisabeth Beck-Gernsheim (1994) zur "postfamilialen Familie". Beck-Gernsheim bezeichnet die historische Grundrichtung hinsichtlich der Entwicklung der Familie als "Trend in Richtung Individualisierung". Während in der vorindustriellen Gesellschaft die Familie vorwiegend eine Notgemeinschaft mit fester Solidarität und langfristiger Perspektive war, stellt sie in der Gegenwart einen lockeren Verbund von Einzelpersonen dar, die ihre eigenen Interessen und Lebenspläne darin einbringen. Loyalität und lebenslange Verpflichtung nehmen zugunsten individueller Interessen und Karrieren ab. Es entstehen neben der Normalfamilie, der Ehe mit Trauschein und zwei Kindern, vielfältige Formen des Zusammenlebens: z.B. ohne Trauschein oder ohne Kinder; Alleinerziehende, Lebensabschnittsgefährten, Fortsetzungsfamilien oder Partner desselben Geschlechts.

Wenngleich durch die Brüchigkeit der heutigen Partnerschaften viele unvollständige Familien und Vereinzelung entstehen, bedürfen die davon betroffenen Menschen dennoch starker emotionaler Bindungen, einerseits um ihre personale und soziale Identität ausleben zu können, andererseits um auf konkrete Unterstützung bei der Bewältigung alltäglicher Probleme (Betreuung des Kindes, Umzug) zurückgreifen zu können. Der Trend zur Individualisierung bedarf daher der Ersatzformen der sozialen Einbindung und neuer Formen der "sozialen Aufgehobenheit", in denen feste Bindungen entstehen können oder aber Leistungen erhalten werden können, für die üblicherweise die primären Sozialbeziehungen sorgen (z.B. Kinderbetreuung, eine Schraube festziehen, Einkaufen gehen bei Krankheit etc.). Betrachtet man die Daten hinsichtlich Familienstand und Partnerschaft, so ergibt sich die Tendenz, daß Personen mit geringem sozialem Kapital im Tauschring zu finden sind.

Ein weiteres Indiz für die These von der Bastel-Biographie mit geringem sozialem Kapital ist der hohe Frauenanteil: über 2/3 der Tauschringmitglieder sind weiblichen Geschlechts. Gerade Frauen übernehmen im Haushalt Tätigkeiten von der Planung bis zur Durchführung, die nicht marktgängig sind. Darüber hinaus sind sie oft diejenigen, die alleinerziehend sind, also auf ergänzende Hilfe bei der Haushalts- und Kinderbetreuung angewiesen sind.

Weshalb jedoch treten diese Personen in einen Tauschring ein und nicht in Vereine oder andere Organisationen wie Gewerkschaften oder politische Parteien? Das Spektrum der Möglichkeiten, sich zu engagieren, ist also wesentlich breiter. Sportvereine oder politische Parteien sind männerdominierte und männerorientierte Organisationen mit relativ engen, formal vorgegebenen Strukturen. Sie sind sehr spezifisch auf bestimmte Sachbereiche bezogen. Ein Tauschring ist dagegen ein eher loserer, offenerer Handlungszusammenhang, der mehr Möglichkeiten der Mitarbeit und des sozialen Engagements bietet und darüber hinaus unmittelbar auf die wechselseitige Hilfestellung in prekären Lebenslagen ausgerichtet ist. Außerdem ist er im Vergleich zur Mitarbeit in – besonders links-alternativen – politischen Parteien weniger anspruchsvoll hinsichtlich der intellektuellen Voraussetzungen aktiver Mitarbeit. Beispielsweise hat das grüne Klientel ein deutlich höheres Bildungsniveau als die Anhängerschaft der Volksparteien. Im Tauschring sind aber überwiegend einfacher strukturier-

te Menschen: kleine und mittlere Angestellte sowie kleine Selbständige. Gerade für Frauen, die auch soziale Verantwortung übernehmen möchten, bietet sich der Tauschring als Möglichkeit einer aktiven, verantwortlichen Gestaltung einer Organisation an. Für einen Teil der Mitglieder ist der Tauschring allerdings tatsächlich eine Aktivität unter anderen. Betrachtet man die Zahl der Mitgliedschaften in Parteien und Gewerkschaften im Vergleich zur ALLBUS-Population, so zeigt sich, daß ein Teil der Tauschringmitglieder auch noch andere soziale Aktivitäten betreibt: 13% der Tauschringmitglieder sind in einer Partei Mitglied, dagegen nur 4,1 % der Westdeutschen. 30,8% der Tauschringmitglieder gehören einer Gewerkschaft an, dagegen nur 15,9 % der Westdeutschen.

## 3.2 Berufsstruktur

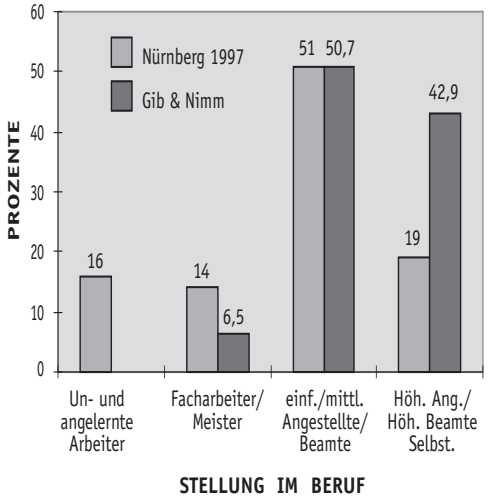
Vergleicht man die berufliche Struktur mit der der Einwohner Nürnbergs, so fällt auf, daß die (Fach-) Arbeiterschicht sowie die Handwerker so gut wie nicht erreicht werden. Entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung Nürnbergs sind dagegen die einfachen und mittleren Angestellten vertreten. Überrepräsentiert sind im Tauschring die kleinen Gewerbetreibenden und Selbständigen ohne Angestellten.

Worin liegt nun die Ursache für mangelnde Beteiligung der Arbeitnehmer des verarbeitenden Gewerbes (Arbeiter, Handwerker) am Tauschring? Sie liegt zum einen darin, daß die potentiellen Mitglieder des Tauschrings über relativ viel Zeit verfügen müssen. Handwerker arbeiten aber in der Regel relativ lange; Teilzeitarbeit ist für sie eher die Ausnahme. Zum anderen sind handwerkliche Tätigkeiten körperlich anstrengend. Personen, die während ihrer Arbeitszeit in erster Linie körperlich schwere Arbeiten verrichten, dürften wenig Anreiz haben, auch noch in ihrer Freizeit derartige Tätigkeiten zu verrichten.

## 3.3 Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit

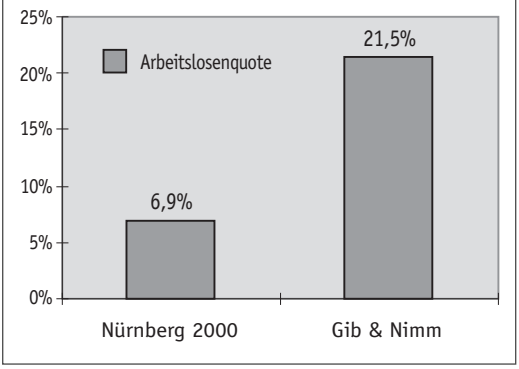
Die psychologische und soziologische Forschung ist sich einig hinsichtlich der Folgen der Arbeitslosigkeit: die davon betroffenen Menschen leiden darunter, daß sie sich weniger Wert fühlen als ihre arbeitenden Mitmenschen. Anerkennung, so schon Hegel (1998(1832-1845)), konstituiert das Selbstbewußtsein und wird in erster Linie über Arbeit vermittelt. Und Sigmund Freud formulierte "arbeiten und leben können" als eine Definition psychischer Gesundheit (vgl. Mohr 1995: 37). Erwerbsarbeit ist also mehr als Broterwerb und Existenzsicherung. Sie vermittelt kognitive, emotionale und soziale Erfahrungen. Sind aber Arbeitslose immer ohne Arbeit? Ein Arbeitsloser ist definitionsgemäß ohne Erwerbsarbeit. Jedoch gibt es neben der Erwerbsarbeit noch andere Formen von Arbeit, in denen der Mensch prinzipiell sein Selbstvertrauen finden kann: Hausarbeit, ehrenamtliche Arbeit, Bürgerarbeit oder aber eben Tauschringarbeit. Durch das Engagement im Tauschring können Arbeitslose wenigstens zum Teil ihre Kompetenzen erhalten. Sind aber im Tauschring tatsächlich auch arbeitslose Menschen Mitglied? Jede fünfte Person im Tauschring ist arbeitslos. Im Vergleich hierzu liegt die Arbeitslosenquote der Stadt Nürnberg im Juli 2000 bei 6,9% sowie im Jahres-

**Darstellung 2: Berufsstrukturen des Gib & Nimm-Tauschrings und der Nürnberger Bevölkerung**



durchschnitt 1999 bei 9,5 % (vgl. "Nürnberg in Zahlen" 2000). Arbeits- und erwerbslose Personen sind im Tauschring demnach überrepräsentiert.

**Darstellung 3: Arbeitslosenquote der Stadt Nürnberg und im Tauschring**




Weshalb aber sind überdurchschnittlich viele Arbeitslose im Tauschring Mitglied? Arbeitslose verfügen über hinreichend viel freie Zeit. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Mitgliedschaft in einem Tauschring. Sie haben also hinsichtlich der Möglichkeit, in einem Tauschring zu arbeiten, einen komparativen Vorteil gegenüber den Erwerbstätigen. Hinzu kommt, daß der Tauschring die Möglichkeit bietet, seine eigenen Fähigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit einsetzen zu können. Da Arbeitslosen weitgehend die Anerkennung durch Arbeit fehlt, bietet die Mitarbeit im Tauschring eine Kompensationsmöglichkeit. Schließlich kommt hinzu, daß Arbeitslose häufig von sozialer Isolation gekennzeichnet sind. Die Möglichkeit, im Tauschring soziale Kontakte zu finden, dürfte ein weiterer Anreiz für eine Mitgliedschaft sein.

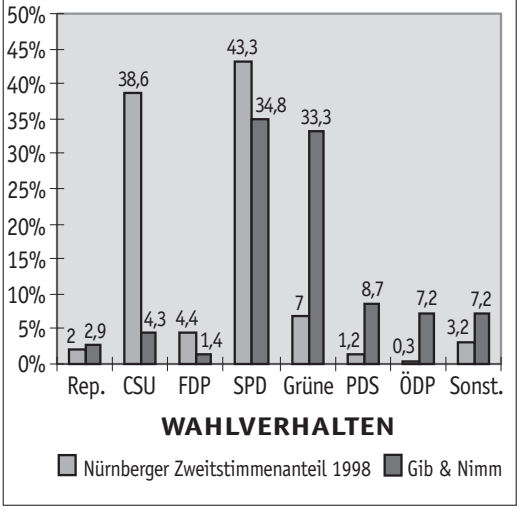
## 3.4 Lebensziele und Werthaltungen

Neben der sozialen Schichtzugehörigkeit wird nun versucht, die dominierenden Werthaltungen der Tauschringmitglieder zu analysieren. Theoretisches Instrument ist dabei das Konzept des "sozialen Milieus" im Sinne des Sinus-Instituts (vgl. Zerger 2000). Das Milieukonstrukt versucht, gesellschaftlich relevante Gruppen von Individuen mit ähnlichen Wertorientierungen herauszuarbeiten.

Die Antwort der Mitglieder des Tauschrings auf die Frage, was sie wohl am Sonntag wählen würden, wenn Bundestagswahl wäre, unterscheidet sich signifikant von dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl für die Einwohner der Stadt Nürnberg: ein Drittel der Stimmen würde jeweils auf Grüne und SPD fallen, dagegen hatten die Grünen in Nürnberg bei der letzten Bundestagswahl lediglich 7% der Zweitstimmen erhalten. Die Tauschringpopulation ist also relativ eindeutig dem links-alternativen Wählerspektrum zuzuordnen. Darüber hinaus fällt auf, daß die Tauschringmitglieder einen Hang zur Wahl von kleinen (linken oder ökologischen) Parteien haben: die PDS, ÖDP sowie die sonstigen Parteien haben zusammen einen Stimmenanteil von 23,1%, bei den Nürnbergern dagegen nur 4,7%. Auch hier drückt sich wiederum das Mißtrauen in große Organisationen aus.

Auch hinsichtlich der politischen Selbsteinschätzung ergibt sich eine schiefe Verteilung: 61,5% der Tauschringmitglieder schätzen sich

**Darstellung 4: "Sonntagsfrage" bei den Mitgliedern des Gib & Nimm-Tauschrings im Vergleich zum Zweitstimmenergebnis in Nürnberg (Bundestagswahl '98)**

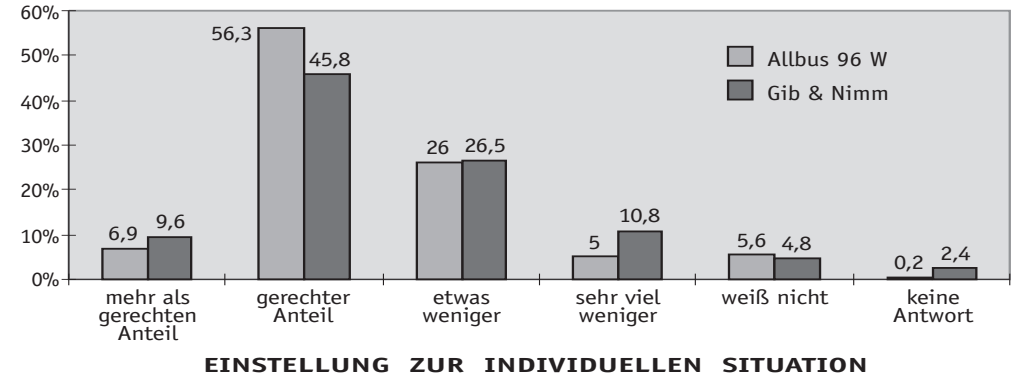


links ein, von den Westdeutschen dagegen lediglich 29%. Die Tauschringpopulation gibt sich politisch wesentlich interessierter als die Westdeutschen 1996 im Durchschnitt: während sich 48,2% der Tauschringmitglieder als sehr stark oder stark politisch interessiert zeigen, sind es bei den Westdeutschen lediglich 27,1%. Die Analyse der Hauptinteressengebiete bestätigt den links-alternativen Habitus: Politik und Erziehung sind die Interessenschwerpunkte der Tauschringmitglieder, Interesse an Autos, Mode oder Sport ist im Vergleich zu den Bundesbürgern (vgl. Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992: 308) kaum vorhanden.

Befragt man die Mitglieder des Tauschrings nach der Gerechtigkeit unseres Wirtschaftsystems, behaupten 83%, daß es ungerecht sei. Der meistgenannte Grund für diese Ausage war dabei die ungerechte Einkommensverteilung (52%). Im Vergleich dazu sagen 1998 lediglich 71% der Westdeutschen, daß sie eine gerechte Verteilung als nicht gegeben ansehen (vgl. Datenreport 1999: 608).

Glauben nun die Tauschringmitglieder, daß sie selbst ihren gerechten Anteil erhalten? Auf die Frage "Erhalten Sie Ihren gerechten Anteil?" fiel das Urteil folgendermaßen aus: 45,8% der Befragten sind der Meinung, einen gerechten Anteil zu erhalten, 9,6% sagen sie erhalten mehr als den gerechten Anteil, nur 26,5% glauben, daß sie etwas weniger und 10,8%, daß sie sehr viel weniger als den gerechten Anteil erhalten.

**Darstellung 5: Glauben die Gib & Nimm-Mitglieder, daß sie persönlich ihren gerechten Anteil erhalten?**




## 4. Schlußfolgerungen

Die vorliegenden Befunde ergeben, daß die Funktion des Tauschrings nicht nur an der Zahl der Tauschakte festgemacht werden darf. Der G&N-Tauschring stellt über die ökonomische Funktion hinaus eine Organisationsmöglichkeit für jene Personen dar, die zwar durch das soziale Netz der BRD monetäre Leistungen empfangen, aber darüber hinaus nichtmonetäre, kompensierende Leistungen wie Anerkennung, persönliche und soziale Zuwendung benötigen. Er weist eine zu den offiziellen sozialen Sicherungssystemen komplementäre Funktion auf: sie gewähren in erster Linie monetäre Güter, Tauschringe dagegen ermöglichen auch den Transfer nichtmonetärer Güter in Form von personaler und sozialer Zuwendung, Anerkennung sowie leichte und kleine Hilfen, die auf dem Markt wegen des Unteilbarkeitsproblems kaum angeboten werden. Personen mit geringem sozialem Kapital sind deshalb überdurchschnittlich häufig im G&N zu finden. Der Anteil arbeitsloser Personen ist überproportional hoch im Vergleich zur Bevölkerung der Stadt Nürnberg bzw. zu den Westdeutschen. Der Tauschring erreicht dabei in erster Linie die unteren und mittleren Angestelltenschichten sowie die kleinen Gewerbe-

treibenden ohne Angestellte. Die Arbeiter- und Handwerkerschicht ist so gut wie nicht vertreten. Typische Mitglieder sind Linkswähler mit systemkritischer Haltung und Skepsis gegenüber Großorganisationen. Die Tauschringpopulation ist hinsichtlich ihrer sozialen Stellung und ihrer Wertorientierungen relativ homogen.

## Literaturverzeichnis


- Baukhage, Manon & Wendl, Daniel (1998), Tauschen statt bezahlen. Die Bewegung für ein Leben ohne Geld und Zinsen, Hamburg
- Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hg.) (2000), Altersstruktur der Bevölkerung Bayerns Stand 31. Dezember 1999, München
- Beck, Ulrich (1999), Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft, Frankfurt, New York
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994), Auf dem Weg in die postfamiliale Familie. Von der Notgemeinschaft zur Wahlverwandtschaft, in: Beck, U. & Beck-Gernsheim, E. (Hg.), Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt, S. 115-138
- Bourdieu, Pierre (1983), Ökonomisches, kulturelles, soziales Kapital, in: Kreckel, R. (Hg.), Soziale Ungleichheiten, 1983, S. 183-198
- Coleman, James S. (1991), Grundlagen der Sozialtheorie, Band 1: Handlungen und Handlungssysteme, München
- Creutz, Helmut (1994), Alternative Geldsysteme – Auswege aus der fehlerhaften Geldordnung?, Zeitschrift für Sozialökonomie 101, S. 18-28
- Fröhlich, G. (Hg.), Kultur und soziale Ungleichheit, Frankfurt a.M./ New York
- Gesell, Silvio (1991 (1920)), Die natürliche Wirtschaftsordnung, 2. unv. Nachdruck der 4. Aufl., Lütjenburg
- Hegel, G.W.F. (1998(1832-1845)), Phänomenologie des Geistes, 6. Aufl., Frankfurt a.M.
- Hitzler, Ronald (1993), Sinnbasteln. Zur subjektiven Aneignung von Lebensstilen, in: Mörth, I. & Hoffmann, Günter (1998), Tausche Marmelade gegen Steuererklärung, München
- Institut für Demoskopie Allensbach (Hg.) (1993), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984-1992, München
- Klein, Thomas (1994), Warum müssen alternative Geldsysteme scheitern ?, Zeitschrift für Sozialökonomie 102-103, S. 54-59
- Mohr, Gisela (1995), Erwerbslosigkeit und individuelles Erleben, Kurseinheit 2, Studienskript der Fernuniversität Hagen, Hagen
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik (Hg.) (1999), Statistisches Jahrbuch der Stadt Nürnberg 1999, Nürnberg
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik (Hg.) (1999), Ergebnis der Bundestagswahl 1998, Nürnberg
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik (Hg.) (2000), Nürnberg in Zahlen 2000, Nürnberg
- Statistisches Bundesamt (2000), Datenreport 1999, Bonn
- Suhr, Dieter (1987), Die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus, in: INWO, Vorträge in St. Vith zum 125. Geburtstag von Silvio Gesell
- Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln, ALLBUS 96, Köln
- Zerger, Frithjof (2000), Klassen, Milieus und Individualisierung. Eine empirische Untersuchung zum Umbruch der Sozialstruktur, Frankfurt/New York


### Soziale Gerechtigkeit durch neutrales Geld statt durch staatliche Umverteilung

"Die meisten Menschen scheinen zu glauben, dass soziale Gerechtigkeit etwas ist, was sich nur durch eine staatliche Umverteilung von Vermögen gegen die Kräfte des Marktes herstellen lässt. ... Eine der wesentlichen Ursachen von wirtschaftlicher Ungerechtigkeit liegt jedoch im Geldsystem, nämlich in der Nichtneutralität des herkömmlichen Geldes. Gerechtigkeit kann es nicht geben, bevor die Geldfrage nicht gelöst ist. Ohne ein neutrales Geld geht die soziale Gleichung nicht auf. Im Gegensatz zum herkömmlichen Geld zielt ein neutrales Geld auf eine 'implizite Ethik', d.h. auf eine Ethik, die im Betriebssystem verankert und damit unabhängig von Personen ist. ... In dieser Sichtweise ist die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit nicht mehr eine Frage von Sozialneid oder schlechtem Gewissen, sondern eine Frage der Intelligenz, d.h. der Einsicht in den kollektiven Selbstbetrug im Zinsmonopoly und in die volkswirtschaftliche und ethische Notwendigkeit einer Neutralisierung des Geldes. ... So wie die direkte Demokratie durch Volksabstimmung ein Update des politischen Betriebssystems ist, so bedeutet die Einführung eines neutralen Geldes ein Update des wirtschaftlichen Betriebssystems."

Norbert Olah, Gerechtigkeit ist wettbewerbsfähig, in: Büchergilde Gutenberg (Hg.), Chancengleichheit - Sozialpartnerschaft - Gerechtigkeit - Werte mit Zukunft?, Frankfurt 2001, S. 160-161.

Norbert Olah:

# Neutrale Liquidität als Finanzinnovation


## Abstract

Im Rahmen einer Finanzinnovation kann herkömmliches Geld auf neuartige Weise optimal zur Abwicklung wirtschaftlicher Transaktionen genutzt werden. Durch die optimierte Geldnutzung in einem Zahlungsnetzwerk entstehen Zinseinsparungen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzinnovation begründen.


## Problemstellung

Der Zinseszins als exponentielle Variable erzeugt eine grundsätzliche Instabilität im heutigen Geldsystem. Zur Stabilisierung des Geldsystems wurde aufbauend auf der Liquiditätstheorie des Zinses (Keynes 1936, Issing 1998) eine Neutralisierung der Liquidität des Geldes vorgeschlagen (Löhr & Jenetzky 1996, Löhr 2000). Eine neutrale Liquidität ist durch eine Kompensation der Liquiditätsprämie in der Keynesschen Eigenzinsgleichung durch entsprechend hohe Liquiditätskosten charakterisiert. Die Liquiditätsprämie ist der Preis, den der Anleger mindestens für die Aufgabe seiner unmittelbaren Zahlungsfähigkeit verlangt.

Der Begriff der Geldneutralität geht auf von Hayek (1933 & 1977) zurück. Ein Geld ist im allgemeinsten Sinne dann neutral, wenn es als solches keinen Einfluß auf die realen Größen einer Volkswirtschaft hat. Ein neutrales Geld ist also ein reines "numéraire", das lediglich als Leistungsverrechnungssystem über Raum und Zeit dient und damit keine instabile Eigendynamik mehr entwickelt.

Für die Einführung einer neutralen Liquidität gibt es im wesentlichen drei Möglichkeiten: Eine staatliche Geldreform stellt unter den gegenwärtigen Bedingungen keine realistische Alternative dar, da der Euro von staatlicher Seite nur im Rahmen der EU neutralisiert werden kann. Lokale Zweitwährungen haben lediglich komplementären Charakter und vermitteln vor allem Transaktionen, die in der heutigen Geldwirtschaft unterbleiben würden (Godschalk 1986, Douthwaite & Diefenbacher 1998, Lietaer 1999). Zudem geraten Komplementärwährungen in Deutschland leicht mit dem Notenbankmonopol in Konflikt. Eine optimale Geldnutzung im Rahmen eines kreditwirtschaftlichen Wettbewerbskonzepts ermöglicht eine marktwirtschaftliche Lösung. Eine Finanzinnovation bietet den idealen Mittelweg zwischen einer staatlichen Geldreform und Komplementärwährungen. Ein Konflikt mit der Zentralbank wird vermieden, da eine eigenständige Geldschöpfung nicht stattfindet. Im folgenden wird die Finanzinnovation "Oeconomia Augustana" (kurz: OA) vorgestellt, die durch eine optimierte Geldnutzung in einem Zahlungsnetzwerk Einsparungen bei den Kapitalkosten ermöglicht (Suhr 1983, 1987, 1988 & 1994, Suhr & Godschalk 1986, Olah 2001). Durch die konsequente Durchführung des einfachen ordnungspolitischen Grundprinzips, daß wer den Nutzen hat, auch die Kosten tragen sollte (vgl. Herder-Dorneich 1975, Thieme 1994 & 1999), werden die Unternehmen und die öffentliche Hand von einem Teil ihrer Kapitalkosten entlastet.

## Neutralisierung der Liquidität

Die Leitzinsen der Zentralbank können als Geldnutzungsgebühr oder Liquiditätsgebühr aufgefaßt werden. Diese Geldnutzungsgebühren wandern aber nicht liquiditätstheoretisch korrekt mit dem Geldnutzen von Kasse zu Kasse bzw. von Konto zu Konto, sondern bleiben bei den Kreditnehmern als Kapitalkosten hängen. Durch diesen Umstand wird das Geld nichtneutral und es entsteht eine Rentabilitätsschwelle für Investitionen auf Höhe des Marktzinssatzes (vgl. Dieckheuer 1993, Issing 1998) und eine instabile Verschuldungsdynamik (vgl. Senf 1996, Creutz 1996 & 1997).

Im OA-System wird dagegen die notwendige Kongruenz von Liquiditätsnutzen und Liquidi-

tätskosten hergestellt: In einem Zahlungsnetzwerk läuft herkömmliches Buchgeld als neutrale Liquidität um. Das Zahlungsnetzwerk refinanziert sich auf dem Kapitalmarkt oder direkt bei der Zentralbank, und zwar genau in dem Umfang, in dem neutrales Geld von den Kunden des Netzwerks nachgefragt wird. Beim Eintritt in das OA-System wird die herkömmliche Liquidität in neutrale Liquidität transformiert und der herkömmliche Zins in neuartige Liquiditätsgebühren umgewandelt. Die Liquiditätsprämie im Refinanzierungszins wird zusammen mit dem Geldnutzen als Liquiditätsgebühr an die aktuellen Geldhalter durchgereicht. Die Liquiditätsgebühr haben also immer die Kunden zu tragen, die die neutrale Liquidität gerade auf ihren Konten haben. Sie wird als Negativzins auf den Girokonten des Zahlungsnetzwerkes berechnet und ist damit proportional zur Liquiditätsmenge und zur Zeit. Da der Refinanzierungszins aus dem Zahlungsnetzwerk in herkömmlicher Liquidität zu zahlen ist, müssen auch die Liquiditätsgebühren in herkömmlicher Liquidität gezahlt werden. Der Kreditzins im Zahlungsnetzwerk reduziert sich mit dieser Maßnahme auf die Bankmarge und ggf. eine Risikogebühr. Für den Fall, daß die Refinanzierung risikofrei erfolgt, gilt folgende Refinanzierungsbedingung: Die Summe aller Refinanzierungszinsen muß stets gleich der Summe aller Liquiditätsgebühren sein:

$\sum$ Refinanzierungszinsen = $\sum$ Liquiditätsgebühren

## Optimierung der Geldnutzung

Die Bestände auf OA-Girokonten unterliegen einem ständigen Schwund. Die Liquiditätskosten wirken somit als Umlaufantrieb für die neutralisierte Liquidität (vgl. Gesell 1920). Wenn eine "kritische Masse" von Netzwerkteilnehmern überschritten wird und sich innerhalb des Zahlungsnetzwerks genügend Zahlungskreisläufe gebildet haben, erhöht sich durch den Umlaufantrieb die Umlaufgeschwindigkeit des neutralisierten Geldes im Vergleich zum nichtneutralen Außenraum; die Geldnutzung wird optimiert. Eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit bedeutet gemäß der Quantitätsgleichung des Geldes (z.B. Jarchow 1973, Issing 1998), daß ein gegebenes Sozialprodukt mit einer geringeren Geldmenge oder ein größeres Sozialprodukt mit einer gegebenen Geldmenge umgesetzt werden kann:

Geldmenge • Umlaufgeschwindigkeit
= Sozialprodukt • Preisniveau

Da sich alles Geld letztlich irgendwohin verzinsen muß, entstehen für das OA-System Zinseinsparungen im Vergleich mit der Nutzung herkömmlicher Liquidität. Die Verteilung dieser Einsparungen auf die OA-Kunden erfolgt im wesentlichen über Gehaltserhöhungen für Mitarbeiter, die bereit sind, einen Teil ihres Einkommens in neutraler Liquidität zu akzeptieren. Diese Gehaltserhöhung muß größer sein als die zu erwartenden Liquiditätskosten, damit sich eine Teilnahme lohnt.

Kapitalkosten sind aus Sicht der Unternehmen als Transaktionskosten einzustufen, die üblicherweise über die Preise auf den Konsumenten abgewälzt werden (Suhr & Godschalk 1986). Die innovativen Bankfunktionen des OA-Systems sorgen für eine gesteigerte Effizienz des wirtschaftlichen Transaktionssystems "Geld". Die geldsystembedingten Transaktionskosten werden minimiert. Ein Teil der Kapitalkosten wird eingespart, ein anderer Teil in Lohnkosten umgewandelt. Hierbei wird Besitzeinkommen in Arbeitseinkommen transformiert.

Das Potential für die Einsparungen läßt sich aus der Quantitätsgleichung abschätzen. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in Deutschland ist in den letzten 30 Jahren im Trend stetig gesunken (Issing 1998). Eine Verdopplung der Umlaufgeschwindigkeit bedeutet bereits eine Halbierung der Zinslasten, bezogen auf das in neutraler Liquidität umgesetzte Transaktionsvolumen. Um diese Einsparung zu realisieren, muß die neutrale Liquidität lediglich auf die Umlaufgeschwindigkeit der Deutschen Mark von etwa 1970 beschleunigt werden. Die auf den ersten Blick teurere neutrale Liquidität eröffnet somit beträchtliche Einsparungsmöglichkeiten. Suhr (1994): "Das neutrale Geld erweist sich eben durch seine Kostenträchtigkeit als besonders kostengünstig."

## Optimierung der Geldfunktionen

Damit der Nachfragezwang für das Geld im Zahlungsnetzwerk nicht in einen Konsumzwang für den Verbraucher ausartet, wird zusätzlich zum OA-Girokonto ein zinsfreies OA-Sparkonto angeboten. Das OA-Sparkonto ist im Sinne einer Geldanlage zu verstehen, bei der die Liquidität für eine festgelegte Zeit aufgegeben wird. OA-Sparguthaben können somit als Termingelder aufgefaßt werden. Die Motivation für die Aufgabe der Liquidität beim Sparen ist hier nicht die Belohnung durch eine Liquiditätsprämie, sondern die Vermeidung der Liquiditätskosten, die für Bestände auf OA-Girokonten zu zahlen sind. Die Ersparnisse auf OA-Sparkonten können zwischenzeitlich (modulo Mindestreserve) wieder als Kredite in die Wirtschaft zurückfließen, so daß die Effizienz der Geldnutzung erhalten oder sogar noch weiter gesteigert wird.

Das Kontensystem des OA-Systems besteht also aus mindestens zwei Arten von Konten: Das OA-Girokonto korrespondiert mit der Tauschmittelfunktion des Geldes und das OA-Sparkonto mit dessen Wertaufbewahrungsfunktion. Die innovativen Spielregeln im Umgang mit Geld lassen sich somit auf die folgenden beiden Formeln bringen:

- OA-Girokonto:
  Refinanzierungszins = Liquiditätsgebühr
- OA-Sparkonto:
  Sparen = zinslos Leihen

Wichtig ist hierbei, daß die Wertaufbewahrung illiquide ist. Bei einer liquiden monetären Wertaufbewahrung wird dem Geldkreislauf Liquidität entzogen, während bei einer hinreichend illiquiden Sparmöglichkeit der Geldstrom erhalten bleibt, sofern die Ersparnisse als Kredit weiterverliehen werden. Die Beschleunigung des Geldstroms stellt erhöhte Anforderungen an die Fristentransformationen längs der Liquiditätsachse.

Mit Hilfe der Quantitätsgleichung kann gezeigt werden, daß ein umlaufgesichertes Geld optimale Möglichkeiten für die Zentralbank bietet, das Preisniveau konstant und damit die Inflationsrate auf Null zu halten (Gesell 1920, Winkler 1952, Löhr & Jenetzky 1996). Ein konstanter Wertmaßstab ist für die Wirtschaft von ähnlich großer Bedeutung wie zeitlich konstante Maßeinheiten für den Ingenieur.

Da bei einer neutralen Liquidität mit verschwindender Inflation alle drei Geldfunktionen Tauschen, Sparen und Vergleichen in optimaler Weise realisiert sind, kann die neutrale Liquidität in diesem Fall auch als optimale Liquidität bezeichnet werden.

## Aufrechterhaltung eines Zinsgradienten

Will ein Kunde von seinem Girokonto im Zahlungsnetzwerk Bargeld abheben oder auf ein Konto außerhalb des Zahlungsnetzwerks überweisen, so verliert die Bank die Möglichkeit, den Weg dieses Geldes zu verfolgen und den Preis für die Überlassung der Liquidität immer bei demjenigen einzufordern, der über das Geld gerade verfügt. Sie muß sich daher an den Kunden halten, der das Geld abhebt bzw. in den nichtneutralen Außenraum überweist, und von ihm eine erhöhte Überweisungsgebühr verlangen, die die Zinsarbitragemöglichkeiten in etwa kompensiert. Damit stellt sich die wichtige Frage, ob eine Insel mit neutraler Liquidität in einer nichtneutralen Umgebung existieren und sich ggf. sogar darin ausbreiten kann. Insbesondere muß geklärt werden, wie ein neutrales Geldsystem als offenes System einen Zinsgradienten zum nichtneutralen Außenraum aufrecht erhalten kann.

Empirisch gut bestätigte Aussagen über internationale Zinsdifferenzen unter Berücksichtigung der Wechselkursentwicklung macht das Zinsparitätentheorem (Dieckheuer 1991 & 1993, Jarchow & Rühmann 1994, Siebert 1994, Rose & Sauernheimer 1995). Bei einer Geldanlage im Ausland sind neben der internationalen Zinsdifferenz auch die erwarteten Wechselkursgewinne oder -verluste mit einzukalkulieren. Der sogenannte Swapsatz gibt die erwartete relative Wechselkursänderung an. Ein positiver (negativer) Swapsatz bedeutet die Erwartung einer Abwertung (Aufwertung) der inländischen Währung und damit Wechselkursgewinne (Wechselkursverluste) bei einer Geldanlage im Ausland während der betrachteten Periode. Die internationale Zins-

differenz wird aus Sicht des Inlands als Differenz zwischen Inlandszinssatz und Auslandszinssatz definiert:

Zinsdifferenz = Inlandszinssatz – Auslandszinssatz

Ist die internationale Zinsdifferenz größer (kleiner) als die erwarteten prozentualen Wechselkursgewinne, wird unter sonst gleichen Umständen eine Geldanlage im Inland (Ausland) bevorzugt. Die daraus folgenden Nettokapitalimporte (Nettokapitalexporte) bringen das System ins Gleichgewicht. Eine Indifferenz der Anleger ist erreicht, wenn die Zinsarbitrage (Kursarbitrage) die Kursverluste (Zinsverluste) gerade kompensiert. Im Gleichgewicht ist die internationale Zinsdifferenz durch den Swapsatz gegeben und es gilt in erster Näherung folgende Zinsparitätengleichung:

Inlandszinssatz – Auslandszinssatz = Swapsatz

Ein neutrales Geldsystem kann somit eine Zinsdifferenz nur unter den Bedingungen einer ständigen Aufwertung der neutralen Währung aufrecht erhalten. Für einen Inlandszinssatz von Null ergibt sich folgende Gleichgewichtsbedingung:

Swapsatz = – Auslandszinssatz < 0

An die Stelle der Wechselkursverluste zur Aufrechterhaltung der Zinsdifferenz tritt im Falle des OA-Systems eine "Swapgebühr", die beim Verlassen des Zahlungsnetzwerks erhoben wird. Die Höhe der Swapgebühr ist im wesentlichen aus der gewünschten Zinsdifferenz zu bestimmen:

Swapgebühr ≈ Kapitalmarktzinssatz

## Bestandteile des Marktzinses

Neben der Liquiditätsprämie hat der Marktzins noch weitere Bestandteile, die im Hinblick auf ihre Rolle als mögliche Verursacher von Instabilitäten diskutiert werden müssen.

Zinsen fallen aus Sicht der Wirtschaftssubjekte im wesentlichen für Geldanleger als Habenzinsen (Kapitalerträge) und für Kreditnehmer als Sollzinsen (Kreditkosten) an. Die Differenz zwischen Sollzinsen und Habenzinsen bildet die Bankmarge. Die Bankmarge ist der Preis für die Finanzdienstleistung einer Geschäftsbank und kann deshalb nicht für die Instabilität des Geldsystems verantwortlich gemacht werden. Der Knappheitszuschlag im Zins verschwindet bei funktionierenden Märkten im langfristigen Marktgleichgewicht. In den meisten Industrieländern herrscht heute kein Mangel an Kapital im Sinne von Finanzierungsmöglichkeiten, sondern ein Mangel an rentablen Investitionsmöglichkeiten mit einer Rendite oberhalb des Kapitalmarktzinssatzes (Dieckheuer 1993). Der Inflationsausgleich, der ebenfalls im Zins enthalten sein kann, stellt lediglich eine legitime Wertsicherung dar und führt für sich nicht zu einer realen Wertvermehrung der Geldanlage. Mit einer Risikoprämie im Habenzins wird belohnt, wer Risiken übernimmt und richtig einzuschätzen weiß. Eine Risikoprämie als Bestandteil des Kreditzinses deckt etwaige Kreditausfallrisiken ab. Insoweit das Kreditrisiko von einer Bank übernommen wird, ist die Risikoprämie Bestandteil der Bankmarge. Die Risikoprämie kann nicht zu einem allgemeinen exponentiellen Wachstum der Schulden und Geldvermögen führen, sofern die statistische Verteilung der Risikogewinne und -verluste als symmetrisch angenommen werden kann. Die Liquiditätsprämie ist der Mindestpreis, der für die Aufgabe der Liquidität für einen gewissen Zeitraum gezahlt wird. Die Liquiditätsprämie setzt dem Marktzins eine Untergrenze, unter die er nicht ohne weiteres fallen kann, da der Anleger ansonsten gemäß seiner Liquiditätsneigung lieber liquide bleibt und auf eine Geldanlage verzichtet (Keynes 1936). Die Liquiditäts(verzichts)prämie im Zins kann folglich als entscheidende Ursache für die Instabilität des Geldsystems angesehen werden. Nach einer Neutralisierung der Liquidität werden keine Liquiditätsverzichtsprämien mehr gezahlt.

## Zinsen als Knappheitspreis

Durch die Neutralisierung der Liquidität verliert das Geld seine Kapitaleigenschaft, für sich bereits zinsbringendes Vermögen zu sein, das sich exponentiell vermehrt. Damit verliert aber auch gleichzeitig der Zins seine Funktion als

Knappheitsindikator für Kapital. Konsequenterweise gibt es im OA-System keinen Knappheitsindikator auf dem Kreditmarkt, der die Allokation regelt (vgl. Ehrentreich 1999). Jede Investition, die eine Bankmarge erwirtschaften kann und hinreichend durch haftendes Eigentum abgesichert ist, kann im OA-System kreditiert werden (vgl. Heinsohn & Steiger 1996). Da die Refinanzierungszinsen im OA-System als Liquiditätsgebühr auf die Geldhalter umgelegt werden, gilt der Knappheitsindikator nun nicht mehr für die Kreditnachfrage, sondern für die Geldnachfrage. Die Geldnachfrage verursacht Kosten, die den Liquiditätsnutzen kompensieren und die Geldnachfrage im Zahlungsnetzwerk auf ein Minimum reduzieren. Der Zufluß von Krediten in das Netzwerk wird somit durch die Geldnachfrage begrenzt. Die Bankmarge bietet eine zusätzliche Schwelle für Kreditaufnahmen.

Die Funktion des Zinses als Knappheitsindikator wird mit seiner Transformation in eine Geldnutzungsgebühr vom Kreditmarkt auf den Geldmarkt überspielt. Der Zins ist dann nicht mehr ein Knappheitsindikator für Kapital, sondern ein Knappheitsindikator für Liquidität. Dies steht im Einklang mit der liquiditätstheoretischen Deutung des Kredits als zeitweise Überlassung (monetärer) Liquidität und nicht als zeitweise Überlassung von Kapital (Keynes 1936, Suhr & Godschalk 1986). Nicht der Kredit wird knapp gehalten, sondern die Liquidität. Bei knapp gehaltener Geldmenge entfallen – ingenieurwissenschaftlich gesprochen – liquide "Schwabbelmassen", die das Geldsystem über die positiv rückgekoppelte Dynamik der Erwartungen und selbsterfüllenden Prophezeiungen zu einem schwingfähigen System machen; die Spekulationskassen werden geräumt und die Spekulation auf die Terminmärkte beschränkt. Wie bereits erwähnt, wird die Ausregelung von Preisniveauschwankungen durch eine konstante Umlaufgeschwindigkeit erheblich vereinfacht (Tiefpaßwirkung der Geldneutralisierung). Ein stabile Geldnachfrage bietet die idealen Voraussetzungen für eine optimale Steuerung der Geldmenge mit dem Ziel der Währungsstabilität (vgl. Kratz 1992, Issing 1998). Insbesondere kann eine Liquiditätsfalle bei niedrigen Zinssätzen und Inflationsraten vermieden werden (vgl. Keynes 1936, von Landsberger & Schobert 1999, Ehrentreich 2000).

## Startschwierigkeiten des Zahlungsnetzwerks

Die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzinnovation Oeconomia Augustana hängt entscheidend von den Möglichkeiten der Geldbeschleunigung im Zahlungsnetzwerk ab. Für die effektive Nutzung dieser Möglichkeiten ist es erforderlich, daß die Zahl der Netzwerkkunden eine "kritische Masse" überschreitet und jeder Kunde in mindestens einen Zahlungskreislauf eingebunden ist. Ziel muß es also sein, vorhandene lokale Geldkreisläufe auf Zahlungen in neutraler Liquidität umzustellen und neue Zahlungskreisläufe mit minimalen Transaktionskosten zu ermöglichen. Damit stellt sich die Frage, inwieweit die neutralisierte Liquidität ihre Güteraneignungsfunktion hinreichend erfüllen und in lokalen Wirtschaftskreisläufen die nichtneutrale Liquidität substituieren kann (vgl. Creutz 1994, Grunow 1998).

Solange in der Einführungsphase der Finanzinnovation die genannten Bedingungen nur unzureichend erfüllt sind, können die Liquiditätskosten in Verbindung mit erhöhten Informationskosten bei der Suche nach Transaktionsmöglichkeiten leicht den tatsächlichen Liquiditätsnutzen der Teilnehmer übersteigen, so daß die Liquidität quasi "überneutralisiert" wird. In der Startphase wird die neutrale Liquidität tatsächlich weit weniger liquide sein als die herkömmliche Liquidität. Trotzdem werden die aktuellen Liquiditätshalter mit Liquiditätsgebühren belastet, die Liquiditätseigenschaften der nichtneutralen Liquidität widerspiegeln. Unter diesen Umständen erscheint "eine vollständige Verteilung der durch die externe Refinanzierung des OA-Systems entstehenden Zinslasten auf die Besitzer von OA-Guthaben (...) theoretisch nicht gerechtfertigt" (Ehrentreich 1999). Diesem Einwand ist entgegenzuhalten, daß die potentiellen Netzwerkkunden diese Zinslasten ohnehin tragen, in ihrer Rolle als Steuerzahler und Verbraucher, auf die sämt-

liche Zinslasten am Ende wieder zurollen. Die bislang verdeckten Zinslasten werden durch die Neutralisierung der Liquidität lediglich explizit.

Nachfolgend werden sechs Argumente aufgeführt, die diese Anfangsschwierigkeiten überwindbar erscheinen lassen: Erstens können die Netzwerkkunden den Liquiditätsgebühren durch zeitweise Aufgabe ihrer Liquidität entgehen. Das OA-Sparkontensystem wirkt als Puffer, der anfängliche Stockungen des Geldstroms abfedert. Zweitens können die Kommunen ebenfalls als Puffer und wichtige Zahlungsknoten lokaler Wirtschaftskreisläufe am Netzwerk teilnehmen und ebenfalls von den Einsparungen an Kapitalkosten profitieren. Drittens kann das Marketingproblem dadurch gelöst werden, daß die Einführung der Finanzinnovation in Zusammenarbeit mit kommunalen Verwaltungen, Kreditinstituten und Kreditgenossenschaften über ein Bürgerbegehren betrieben wird (vgl. Mayer 1999). Bei einem Bürgerentscheid werden alle Bürgerinnen und Bürger über das Vorhaben in Kenntnis gesetzt und können z.B. gemeinsam die Teilnahme ihrer Kommune am Zahlungsnetzwerk beschließen. Gleichzeitig dient das Bürgerbegehren als Werbekampagne für die beteiligten Kreditinstitute. Viertens wächst die Zahl der Transaktionsmöglichkeiten überproportional mit der Zahl der Netzwerkteilnehmer. Das Ausmaß dieser "kombinatorischen Explosion" in vernetzten Systemen ist abhängig von der Anzahl der Subsysteme und vom Vernetzungsgrad dieser Subsysteme, der im allgemeinen mit wachsender Systemkomplexität zunimmt (von Foerster 1981 & 1985, Jetschke 1989). Fünftens wird die Verbreitung der neutralisierten Liquidität durch eine positive Rückkopplung zwischen Teilnehmerzahl und Liquiditätsnutzen gefördert. Wenn die optimale Geldnutzung im Netzwerk tatsächlich einen potentiellen Vorteil für alle Teilnehmer mit sich bringt, so ist dieser Vorteil um so größer, je mehr Kunden das Netzwerk zur Abwicklung ihrer Transaktionen nutzen. Und je größer der Vorteil wird, desto mehr Kunden können gewonnen werden. Akzeptanz erzeugt auf diese Weise weitere Akzeptanz. Sechstens sind nach den empirischen Daten zu urteilen ca. 90% der Haushalte potentielle Kunden des OA-Systems. Denn für über 90% der Haushalte übersteigen die verdeckten Zinslasten die Kapitaleinkommen (Creutz 1997). Die überwiegende Mehrheit der Haushalte zählt mithin zu den Gewinnern einer neutralisierten Liquidität. Eine wichtige Voraussetzung für die Realisierung dieser Gewinnmöglichkeiten ist die Gültigkeit der Rationalitätshypothese, daß die Wirtschaftssubjekte nach subjektiven, aber rationalen Entscheidungskalkülen handeln (Schumann 1987, vgl. Körner 1994).

## Systemtheoretische Grundlagen der Liquiditätsneutralisierung

Aus systemtheoretischer Sicht ergibt sich folgender Befund: Das Geldsystem ist instabil und neigt zu unerwünschten Schwingungen. Aktienkurse, Wechselkurse, Zinssätze und Inflationsraten schwanken teilweise erratisch um ihre Fundamentalwerte. Die regelungstheoretische Aufgabe besteht darin, die Schwingungen zu dämpfen und das System zu stabilisieren. Ziel ist es dabei, die Inflationsrate sowie den Zinssatz für längerfristige, risikofreie Geldanlagen auf Null zu regeln; darüber hinaus ist der Wechselkurs auf seinem Fundamentalkurs zu stabilisieren. Der Marktmechanismus als wichtiger Regelkreis im wirtschaftlichen Prozeß muß hierfür durch einen Tiefpaß für den Geldstrom und eine Offset-Korrektur für die Zinsstruktur ergänzt werden, also insgesamt um einen Bandpaß. Durch die Neutralisierung der Liquidität des Geldes wird die Zinsstrukturkurve gerade um die Liquiditätsprämie nach unten verschoben (Löhr 2000). Die (liquiden) Spekulationskassen werden geräumt, die Schwankungen gedämpft. Die konkrete Auslegung eines geeigneten Reglers mit dem Instrumentarium einer Zentralbank ist ein bislang ungelöstes wissenschaftliches Problem.

In Analogie zu vielen natürlichen und technischen Prozessen (z.B. Grossberg 1988) werden in der Volkswirtschaftstheorie Optimierungskalküle als wirksam angenommen: Die Haushalte maximieren ihren Nutzen und die Unternehmen ihren Gewinn. Das grundsätzliche Problem liegt nicht im Gewinnstreben, sondern in der Nebenbedingung eines nichneutralen Geldes, unter der die Optimierung stattfindet. Um diese Rahmenbe-

dingung lokal zu verändern, ist eine "kritische Masse" von Kunden einer neutralisierten Liquidität notwendig. Die Überwindung kritischer Parameterwerte ist eine typische Voraussetzung für Selbstorganisation in komplexen Systemen (Haken 1981, Nicolis & Prigogine 1987, Jetschke 1989).

## Fazit: Neutrale Liquidität ist wettbewerbsfähig

Durch eine Neutralisierung der Liquidität des Geldes wird ein Teil der Zinslasten von den Konsumenten auf die Kassenhalter verschoben, so daß Liquiditätskosten und Liquiditätsnutzen längs des Geldstroms zusammen bleiben. Die Zinslasten, die vorher in den Preisen und Steuern versteckt waren, werden nun offensichtlich und damit für die Wirtschaftssubjekte entscheidungsrelevant. Die Liquiditätsgebühr beschleunigt den Geldstrom und führt zu einer Optimierung der Geldnutzung. Eine optimierte Geldnutzung im Rahmen einer Finanzinnovation ermöglicht Einsparungen bei den Kapitalkosten und verdeckten Zinslasten.

Die Finanzinnovation Oeconomia Augustana ist ein neuer finanztheoretischer Ansatz. Mit einer auf eine Kommune beschränken Einführung dieser Finanzinnovation wird für die Volkswirtschaftstheorie eine Laborbedingung geschaffen, in der die Praktikabilität des vorgeschlagenen Modells experimentell überprüft werden kann. Das historische Beispiel, welches die wohl größte Ähnlichkeit mit dem OA-System aufweist, ist das Freigeldexperiment von Wörgl in Österreich zu Beginn der dreißiger Jahre (Schwarz 1951, Onken 1983, Olah 2001).

Für wertvolle Hinweise zu diesem Artikel danke ich Herrn Diplom-Mathematiker Jan Beyersmann und Herrn Rechtsanwalt Peter Neumann.

## Literatur


- Creutz, Helmut (1996) Die Verschuldung in Deutschland. Zeitschrift für Sozialökonomie 111, 3-18
- Creutz, Helmut (1994) Alternative Geldsysteme – Auswege aus einer fehlerhaften Geldordnung? Zeitschrift für Sozialökonomie 101, 18-28
- Creutz, Helmut: Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft. 6. Aufl., Ullstein, Berlin 2001
- Dieckheuer, Gustav: Internationale Wirtschaftsbeziehungen. 2. Aufl., Oldenbourg Verlag, München 1991
- Dieckheuer, Gustav: Makroökonomik. Theorie und Politik. Springer-Verlag, Berlin Heidelberg New York 1993
- Douthwaite, Richard & Diefenbacher, Hans: Jenseits der Globalisierung. Handbuch für lokales Wirtschaften. Matthias-Grünewald-Verlag, Mainz 1998
- Ehrentreich, Norman (1999) Das "Zahlungsnetzwerk Münchner" - Eine Diskussion der theoretischen Grundlagen. Zeitschrift für Sozialökonomie 123, 25-30
- Ehrentreich, Norman (2000) Die Nullschranke nominaler Zinsen als geldpolitische Restriktion in der wissenschaftlichen Diskussion. Zeitschrift für Sozialökonomie 124, 9-15
- Foerster, Heinz von: Observing Systems. Salinas: Intersystems Publications 1981
- Foerster, Heinz von: Sicht und Einsicht. Versuche zu einer operativen Erkenntnistheorie. Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig/ Wiesbaden 1985
- Gesell, Silvio (1920): Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. Gestammelte Werke, Band 11, Gauke-Verlag, Lütjenburg 1991
- Godschalk, Hugo (1986) Pilotprojekte zur neutralen Liquidität. Zeitschrift für Sozialökonomie 68, 19-25
- Grossberg, Stephen (1988) Nonlinear Neural Networks: Principles, Mechanisms, and Architectures. Neural Networks 1, 17-61
- Grunow, Markus: Potentiale lokal-eigenständiger Finanzierungsinstrumente im Rahmen lokalökonomischer Entwicklungsstrategien. Fachbereich 7, Wirtschaftswissenschaft, Universität Bremen 1998
- Haken, Hermann: Synergetik. Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg 1981
- Hayek, Friedrich A. von (1933) Über neutrales Geld. Zeitschrift für Nationalökonomie IV, 659-661
- Hayek, Friedrich A. von (1977) Die Entnationalisierung des Geldes. In: Freiburger Studien Bd. 13, Mohr-Siebeck, Tübingen 1977
- Heinsohn, Gunnar & Steiger, Otto: Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1996
- Herder-Dorneich, P.: Wirtschaftsordnungen. Berlin München 1975
- Issing, Otmar: Einführung in die Geldtheorie. Verlag Franz Vahlen, 11. Aufl., München 1998
- Jarchow H.-J.: Theorie und Politik des Geldes. I. Geldtheorie. UTB Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1973
- Jarchow H.-J. & Rühmann P.: Monetäre Außenwirtschaft. I. Monetäre Außenwirtschaftstheorie. 4. Aufl., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1994
- Jetschke, Gottfried: Mathematik der Selbstorganisation. Verlag Harri Deutsch, Berlin 1989
- Keynes, John Maynard (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Duncker & Humbold, 11. Aufl., München 1998
- Körner, Christoph (1994) Zur metaphysischen Rolle des Geldes in der modernen Wirtschaft. Zeitschrift für Sozialökonomie 102/ 103, 3-11
- Kratz, Karlheinz (1992) Hyperinflation 1920 bis 1923 und Hyperdeflation 1929 bis 1933: Beispiele falscher Geldkonzepte? Fragen der Freiheit 218, 8-24
- Landsberger, Julian von & Schobert, Franziska (1999) Liquiditätsfalle, Deflation und Vermögenseffekte. Fragen der Freiheit 251, 15-42
- Lietaer, Bernhard A.: Das Geld der Zukunft. Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen. Riemann Verlag 1999

- Löhr, Dirk & Jenetzky, Johannes: Neutrale Liquidität. Zur Theorie und praktischen Umsetzung. Peter Lang Europäischer Verlag, Frankfurt 1996
- Löhr, Dirk (2000) Konsequente Neutralisierung der Liquiditätsprämie des Geldes - eine portfoliotheoretische Sichtweise. Zeitschrift für Sozialökonomie 124, 16-24
- Mayer, Thomas (1999) Bürgerbegehren München-Geld. Zeitschrift für Sozialökonomie 36, 25-30
- Nicolis, Grégoire & Prigogine, Ilya: Die Erforschung des Komplexen. Piper, München 1987
- Olah, Norbert: Gerechtigkeit ist wettbewerbsfähig! In: Chancengleichheit, Sozialpartnerschaft, Gerechtigkeit – Werte mit Zukunft? Büchergilde Gutenberg, Frankfurt am Main 2001
- Onken, Werner (1983) Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte – Schwanenkirchen, Wörgl und andere Freigeldexperimente. Zeitschrift für Sozialökonomie 57/58, 3-20
- Rose, Klaus & Sauernheimer, Karlhans: Theorie der Außenwirtschaft. 12. Aufl., Verlag Franz Vahlen, München 1995
- Schumann, Jochen: Grundzüge der mikroökonomischen Theorie. Springer-Verlag, Berlin Heidelberg 1987
- Schwarz, Fritz: Das Experiment von Wörgl. Verlags-Genossenschaft Freies Volk, Bern 1951
- Senf, Bernd: Der Nebel um das Geld. Gauke Verlag, Lütjenburg 1996
- Siebert, Horst: Außenwirtschaft. 6. Auflage, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1994
- Suhr, Dieter (1983): Geld ohne Mehrwert. Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main 1983
- Suhr, Dieter (1987) Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. In: INWO – 125. Geburtstag von Silvio Gesell, Vorträge der Tagung in St. Vith
- Suhr, Dieter: Der Kapitalismus als monetäres Syndrom. Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1988
- Suhr, Dieter (1994) Netzwerk Neutrales Geld - Eine kritische Analyse des herkömmlichen Geldes und das Konzept einer Finanzinnovation für neutrales Geld. Fragen der Freiheit 228, 32-64
- Suhr, Dieter & Godschalk, Hugo: Optimale Liquidität. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main 1986
- Thieme, H. Jörg: Soziale Marktwirtschaft. Ordnungskonzeption und wirtschaftspolitische Gestaltung. 2. Auflage, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1994
- Thieme, H. Jörg: Wirtschaftssysteme. In: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 1, 7. Auflage, Verlag Franz Vahlen, München 1999
- Winkler, Ernst: Theorie der Natürlichen Wirtschaftsordnung. Vita-Verlag, Heidelberg 1952

## 30. MÜNDENER GESPRÄCHE

### Weltbank und IWF im Wechselspiel mit der Dauerkrise der Entwicklungsländer

**Samstag / Sonntag, 27./28. Oktober 2001,**
**Werratal-Hotels, Hannoversch Münden, Ortsteil Laubach**

Einladung von: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, Geschäftsstelle, Postfach 1550, 37145 Northeim, Fon & Fax 05503-3205 (Ekkehard Lindner).

## Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

"Es könnte nach wie vor Märkte für Produktionsmittel, Konsumgüter, Arbeit, ja selbst Geld geben, nicht aber mehr für Kapital. Der normale Reproduktionsprozeß der Gesellschaft würde vom Imperativ der Innovation und Akkumulation abgekoppelt, die 'Erwerbswirtschaft' in eine 'Versorgungswirtschaft' rückverwandelt. ... Auf die Flexibilitätseigenschaften des Marktes bräuchte nicht verzichtet zu werden. Eine inkrementale Anpassung der Produktion an Veränderungen der Bedürfnisse oder der Zahl der Bevölkerung wäre ebenso möglich wie eine angemessene Differenzierung der Vergütungen nach Leistungen. ... Auch 'Unternehmerlohn' würde es geben, nur keinen Kapitalprofit mehr. ... Mit dem Kapitalprofit würde die Hauptantriebskraft der kapitalistischen Eroberung immer neuer Territorien für das menschliche Gattungssubjekt stillgelegt. ... Man könnte vielleicht den heutigen Casino-Kapitalismus in ein wirkliches Casino verwandeln und unternehmerischen Persönlichkeiten als Spielwiese zur Verfügung stellen. Im übrigen müßten sie in andere Sphären ausweichen: Sport, Abenteuer, Magie, Wissenschaft, Kunst, Religion. Nur Krieg und Gewalt müßten verpönt bleiben. ... Es würde eine im genauen Sinn 'sozial eingebettete' Marktwirtschaft sein, die keinen ewigen Schätzen mehr nachjagt, sondern das durch das Geld verborgene tatsächliche Ausmaß sozialer Interdependenz der Menschen als endlicher und bedürftiger Wesen anerkennt und sich auf das Schwierigste konzentriert: dem Alltag ins Auge zu blicken."

Prof. Dr. Christoph Deutschmann,
Die Verheißung des absoluten Reichtums,
Frankfurt 1999, S. 182-183

Johannes Heinrichs:

# Die Einheit von Geld- und Demokratiereform

## Eine Neubearbeitung der Frage: Wie politisch ist die Freiwirtschaft?*

### 1. Frage-Alternativen

Die Themenstellung "Wie politisch ist die Freiwirtschaft?" scheint zunächst der feuilletonistischen, fast poetischen Art anzugehören: Sie ist – in einem positiven Sinne – mehrdeutig. Sie bedarf selbst der Erläuterung, was deshalb kein Mangel ist, weil ein Denkanreiz von der Formulierung ausgeht. In ihr liegt aber auch ein Hinweis auf mangelnde politische Selbstreflexion der Geldreformbewegung. Nehmen wir also diesen Denkanreiz und die Herausforderung zur Klärung an. Welche Aufgaben können sich unter dieser Überschrift verbergen?

### 1.1 Hat die Freiwirtschaft einen politischen Inhalt und politische Brisanz?

Diese Frage ist schnell beantwortet, noch bevor wir näher auf den Politik-Begriff eingehen: Die politische Brisanz wäre ungeheuer. Und es ist seit Silvio Gesells Zeiten die Lieblingsbeschäftigung der Freiwirtschaft, sich die positiven gesamtpolitischen Folgen einer "zinsfreien" Währung auszumalen: Aufhören des widernatürlichen Wachstumszwangs, Aufhören der fortschreitenden Vergrößerung der Kluft zwischen Reich und Arm, der infolgedessen weltweiten Kluft zwischen Nord und Süd, Aufhören der ruinösen Staatsverschuldungen mit all den Folgen für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, von denen wir täglich hören, usw. Nur, Visionen ausmalen und Phantasien gerechterer Zustände zu entwickeln ist nicht dasselbe wie sie politisch zu verwirklichen. Dieser "feine" Unterschied blieb in der Geschichte der Freiwirtschaft ständig bestehen, und teilweise zu unbefragt.

### 1.2 Wurde und wird dieser politisch brisante Inhalt auf politisch geschickte Weise vermittelt?

Diese Frage für die etwa 80-jährige Geschichte zu beantworten, würde in diesem Rahmen viel zu weit führen.[1] Für die Gegenwart, die uns hier allein angeht, beantwortet sich diese Frage auf einzig ehrliche Weise: mit dem Eingeständnis der fast völligen Erfolglosigkeit. Nun gibt es natürlich viele Gründe für den Widerstand der Geldmächte. Wie kommt es aber, daß auch die Benachteiligten, etwa die weltweit riesigen Heere von Arbeitslosen, so wenig erreicht und bewegt werden können – obwohl doch die Einsicht, daß es wie bisher nicht weitergehen kann, zumindest in diesen Kreisen auf offene Türen stößt?

### 1.3 Wie gibt sich die Freiwirtschaft parteipolitisch?

Hiermit ist die Frage aufgeworfen: Ist eine eigene Partei effektiver und angemessener oder das Hineinwirken in die anderen Parteien und Bewegungen? Ich habe für beide Positionen Verständnis und Sympathie.

Was den Erfolg bzw. Mißerfolg einer eigenen freiwirtschaftlichen Partei angeht: Unter den gegenwärtigen Verhältnissen der 5%-Klausel in Deutschland scheint es für eine Ein-Punkt-Bewegung so gut wie unmöglich, diese Hürde überspringen zu können. Also reduziert sich die Frage nach dem Sinn einer "Partei" derzeit auf die günstigere Rechtsform im Vergleich zu einem eingetragenen Verein. Selbst wenn man den Vergleich zum biologischen Landbau heranzieht, dessen Durchsetzungschancen vor der BSE-Krise

* Überarbeitete Fassung des Vortrags "Wie politisch ist die Freiwirtschaft?", gehalten im Rahmen der Tagung "Freiwirtschaftliche Reformen gegen Kasino-Kapitalismus" am 2. September 2000 in Wuppertal-Neviges.

nicht viel höher lagen und nun plötzlich hochgeschnellt sind – die vergleichbare Krise des Geldes für das öffentliche Leben würde ungleich dramatischer ausfallen. Auf sie zu warten, sie "herbeizureden" würde die Unbeliebtheit der Freiwirtschaftler nur vergrößern. Aber wäre eine Partei wie die "Freisoziale Union" eigentlich für eine – vielleicht vor der Tür stehende – Weltkrise geistig und politisch wirklich gerüstet?

## 1.4 Zur Mitwirkung der Freiwirtschaftler bei den Grünen

Zum Hineinwirken in andere Parteien sei das besondere Beispiel der grünen Aufbruchsbewegung seit den siebziger Jahren gewählt. Warum die Freiwirtschaftler dort im Endeffekt nicht weitergekommen sind, bedürfte einer gründlichen, neutralen Analyse – wohlgemerkt des Verhaltens der freiwirtschaftlichen Vertreter, nicht allein der Widerstände auf der anderen Seite. Ein Hauptgrund ist meines Erachtens ein gewisser sektiererischer Dogmatismus: Keiner kann es hören, wenn immer nur eine Kausalität – das Zinseszins-Geldsystem – stereotyp für alle Übel verantwortlich gemacht wird. Selbst wenn das sachlich nicht falsch wäre, stimmt etwas nicht mit der Art des Vorbringens: Das Gesamt des gesellschaftlichen Lebens ist nicht im Blick bei diesen dogmatischen One-Point-Vertretern. Logisch streng genommen ist das Pochen auf den einzigen Punkt jedoch auch falsch: Die Geldreform (einschließlich Bodenreform) ist notwendige, nicht aber schon hinreichende Bedingung für eine gute Gesellschaft. Dies ist die logisch-nüchterne Formulierung des Unbehagens, das beim einseitigen Pochen auf einen einzigen Punkt meist ausgelöst wird.

Hinzukommt aber, daß ein Fehler der Grünen selbst dieses Nichtankommen bedingte und daß dieser Fehler von den Freiwirtschaftlern unter den Grünen wiederholt worden zu sein scheint. Ich spreche von einem "ökologischen Objektivismus" der grünen Bewegung. Damit meine ich, daß zwar ökologische Gefahren und Zusammenhänge mit teilweise bewundernswerter Sachkenntnis aufgezeigt werden, daß jedoch nicht darüber nachgedacht wird, wie denn das kollektive Subjekt, die Gesellschaft mit ihren Institutionen, effektiv diesen objektiven Zusammenhängen Rechnung tragen kann. Zu den ursprünglichen Programmworten der Grünen – "ökologisch, basisdemokratisch, sozial, gewaltfrei" – gehörte zwar das Stichwort "basisdemokratisch". Doch liegt ein ganz großes Defizit der Grünen darin, Demokratietheorie und -praxis kaum vorangebracht zu haben. Es hat sich daher das kollektive, gesellschaftliche Subjekt, es haben sich die parlamentarischen und exekutiven Instanzen nicht so entwickelt, daß die Gesellschaft auf die ökologischen Einsichten und Herausforderungen effektiv und rechtzeitig genug eingehen könnte bzw. die "politische Klasse" – ich verwende den verräterischen Ausdruck hier bewußt! – darauf wirklich eingehen mußte, und zwar nicht bloß in eher abwiegelnder Art, durch Bildung eines Ministeriums für Umweltschutz usw.

Es geht hier nicht um weitere politische Analyse der Grünen, sondern allein um den Hinweis auf den bei ihnen (zunächst) vorherrschenden ökologischen Objektivismus: die Vergessenheit des gesellschaftlichen Subjekts und seiner Formierung, somit die Vergessenheit der Machtfrage und der dazugehörigen Institutionenfrage – was allzuleicht bei manchen ihrer Vertreter in Opportunismus umschlagen kann.

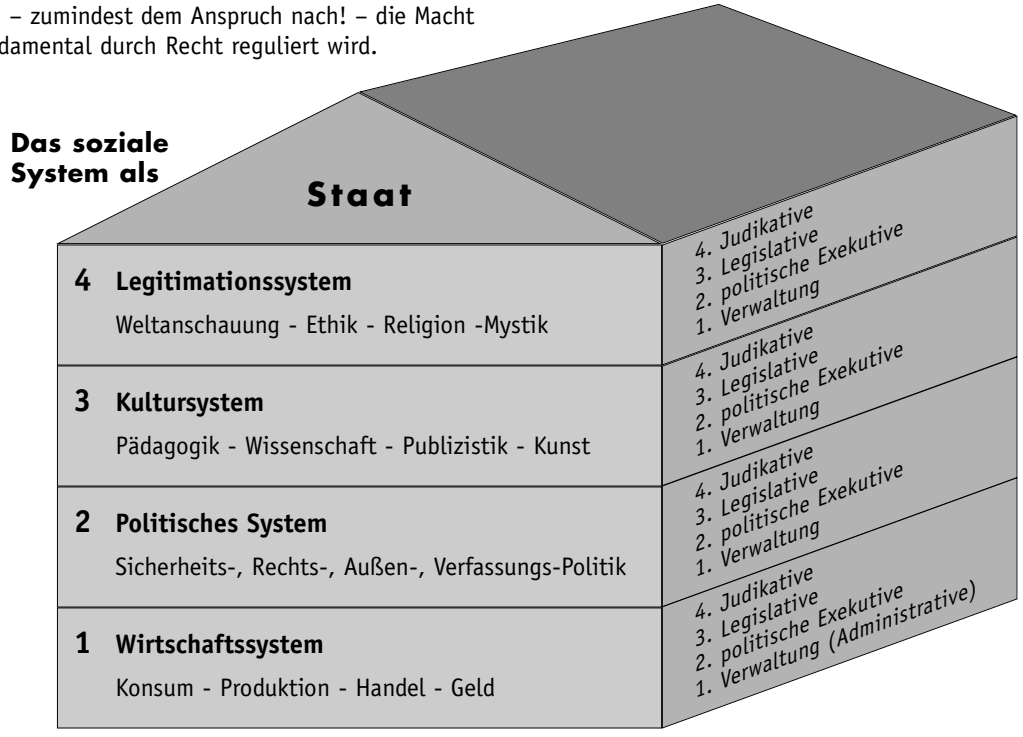
In ihrer gesellschaftsvergessenen Sorge für die Natur haben die meisten Grünen deshalb auch die gesellschaftliche Machtfrage in Gestalt der Geldfrage nicht erkannt. Aber haben dies denn die Freiwirtschaftler unter ihnen hinreichend erkannt und herübergebracht? Oder haben sie sich einen dem ökologischen Objektivismus analogen "geldtheoretischen" Objektivismus zusätzlich geleistet? Diese Frage führt über die Frage nach parteipolitischen Bündnissen weit hinaus und hinein in die fundamentale Frage:

## 1.5 Geht die freiwirtschaftliche Bewegung geschickt und überhaupt bewußt genug mit der politischen Frage als der Machtfrage um?

Politik ist als Umgang mit Macht, als Regulierung von Machtkompetenzen, zu definieren.

Im modernen Rechtsstaat sind diese Machtkompetenzen rechtlich geregelt, nicht mehr traditionell durch die (oft als Vorwand mißbrauchte) Religion, durch Regentschaft "von Gottes Gnaden". Der ganze moderne Staat ist ein rechtspolitisches, nicht ein bloß wirtschafts-politisches (plutokratisches) oder macht-politisches (diktatorisches) noch ein religions-politisches (traditionell theokratisches) Gebilde, weil in ihm – zumindest dem Anspruch nach! – die Macht fundamental durch Recht reguliert wird.

Aber innerhalb dieses Ganzen unterscheidet sich eine politische Sphäre im engeren, untergeordneten Sinn von den anderen Sphären oder Subsystemen. Diesmal sei nur als Hintergrund meiner Überlegungen an dieses viergegliederte Haus der staatlich organisierten Gesellschaft (in einer gegenüber der 123. Folge der "Zeitschrift für Sozialökonomie" etwas weitergeführten Form) erinnert:




Wie Geld das formalisierte, d.h. eigens dazu geschaffene Medium[2] der Wirtschaftssphäre darstellt, so hat auch die politische Sphäre (im weiteren wie im engeren Sinne) ein Medium, wodurch Macht kanalisiert wird: das Recht. Das zusammenfassende Hauptmedium der Interaktion auf der Ebene der Kultur stellt die Sprache dar, das auf der Legitimations- oder Grundwerteebene besteht in Grundprinzipien (z.B. religiöse Dogmen) und deren Ausdrucksformen, die Riten, die es auch in einer säkularisierten Gesellschaft gibt.

Überblick über die formalisierten Interaktionsmedien der vier Subsysteme:

(4) Grundprinzipien/Riten
(3) Sprache
(2) Recht
(1) Geld

Recht stellt das Medium der Regulierung von Macht dar. Politisch im rechts-politischen, und das heißt heute im demokratischen Sinn, ist man also, wenn man die formellen Rechtsstrukturen oder die informellen Machtstrukturen zu ändern bestrebt ist bzw. dies vermag.

Daß heute nicht das Recht, sondern das Geld regiert, daß wir also eher in einer Plutokratie als in einem Rechtsstaat leben, dürfte die (zumindest implizite) Meinung vieler freiwirtschaft-

licher und anderer Zeitbeobachter sein. Die Sache wird jedoch dadurch komplizierter, daß die Plutokraten, die verhältnismäßig wenigen Reichen, es – bewußt oder unbewußt – vermögen, sich zur Durchsetzung ihrer Machtinteressen des Rechtsstaates zu bedienen, in unseren Breiten nicht unmittelbar durch Rechtsbeugung, sondern durch das Wirtschaftsrecht selbst, angefangen beim Boden- und Eigentumsrecht. Das Geldwesen stützt sich auf das Recht, nachdem das Recht den Interessen der Geld- und Grundbesitzer gemäß formuliert wurde, einschließlich der Duldung und rechtlichen Sanktionierung der (einst staatlich-kirchlich verbotenen) Zinserhebung für verliehenes Geld – scheinbar ein bloßes Marktgesetz. Das ist der monetäre Teufelskreis [3] unseres Rechtsstaates, wenn wir die leicht dienstbar zu machenden Ebenen Kultur und Religion im Moment beiseite lassen.

Die immer wieder gestellte Frage nach der politischen Strategie der freiwirtschaftlichen Bewegung wird erst dann adäquat gestellt, wenn klar erkannt ist, daß die Wiederholung noch so hehrer Wahrheiten nichts nützt, wenn nicht die Frage der Macht und somit – da Gewaltanwendung ausgeschlossen werden soll – die Frage der gewaltfreien Veränderung des Rechtssystems, also der Verfassung allgemein und der Wirtschaftsverfassung insbesondere, sowie der das Rechtssystem bestimmenden Kräfte mit aller Deutlichkeit und Nachdrücklichkeit gestellt wird. Es geht um Demokratie versus Plutokratie.

Der übliche sprachliche Unterschied von Taktik und Strategie soll durchaus beachtet werden: Uns muß zuerst die Grundsatzstrategie kümmern. Erst daraus kann sinnvollerweise tagespolitische Taktik folgen.

## 2. Theoretische und beobachtbare Strategie-Alternativen

### 2.1 Kleiner Kreis von Erleuchteten (mit irrationaler Hoffnung): Ignorieren des Machtproblems

Ich glaube, hier die klassische Position der meisten älteren Freiwirtschaftler erkennen zu können. Dieses Ignorieren ist im Grundsätzlichen bei Silvio Gesell vorprogrammiert: Er kennt nur das Medium Geld. In seiner Schrift "Der abgebaute Staat" von 1927 wird die Sphäre des Politischen geradezu vom Grundsatz her als eine eigenständige ignoriert. Ich sage "vom Grundsatz her": Unvermeidlich muß sich jeder taktisch verhalten und wird sich in Aktionen einlassen, wenn er eine geniale Erfindung bekannt machen will. Gesell wurde sogar Volksbeauftrager in der bayerischen Räteregierung (1919). Das spricht aber noch nicht für ein grundsätzlich durchdachtes Verhältnis zur politischen Sphäre.

### 2.2 Kleiner Kreis von Eiferern mit punktuellen Miniaktionen

Gemeint sind kleine taktische Manöver, die oft Ersatzhandlungs-Charakter haben, von denen aber abzusehen ist, daß sie nicht weit führen können. Sofern sie nicht Zeichen- und Aufforderungscharakter für ein großes Publikum oder Multiplikatoren erlangen, beruhen sie oft ebenso auf dem Verschließen der Augen vor dem Machtproblem. Natürlich liegt die Klugheit des "Das bringt doch nichts" hier oft nahe bei der Bequemlichkeit. Wer klug sagt: "Das bringt doch nichts", sollte mit derselben Klugheit Vorschläge machen, was stattdessen etwas bringen könnte.

### 2.3 Vorbildliche Aktionen wie Wörgl, Schwanenkirchen und heute die Tauschringe

Bernard Lietaer spricht der noch immer wachsenden Tauschringbewegung die Fähigkeit zu, ernstzunehmende Komplementärwährungen hervorzubringen und den vergeblichen Frontalangriff gegen das herrschende Geldsystem durch eine Umgehungsstrategie zu ersetzen.[4]

### 2.4 Hoffnung auf Unterlaufen des Zinsgeld-Systems von innen her durch die neuen Möglichkeiten eines internet-gestützten Barter-Systems

Hier sind sowohl die beiden Bücher von B. Lietaer (bei kühner Interpretation) wie noch weitergehende Perspektiven zu nennen, die ich

hier nicht beurteilen kann noch will. Es ist eine aufregende, nicht zu verschlafende Perspektive, daß das Internet heute einen Tauschhandel auch in großem internationalen Stil ermöglichen könnte, bei dem die offiziellen Währungen außen vor blieben! Gerade zur Internet-Verrechnung von Gütern und Dienstleistungen wären aber politische Rechts-Strukturen und rechtliche Sanktionen gegen Betrug erforderlich. Wie ja überhaupt der Markt schon immer eine politische, machtmäßig und rechtlich regulierte Veranstaltung war: Niemals hat es längere Zeit einen nur-ökonomischen, völlig politikfreien, d.h. von Machtstrukturen unabhängigen Markt gegeben! Der "freie Markt" ist im Grunde etwas politisch-rechtlich erst Herzustellendes und bisher immer nur fragmentarisch und illusorisch verwirklicht worden.

## 2.5 Verbindung mit der Demokratiebewegung

Das Eingeständnis, daß es außer dem Geld noch andere soziale Interaktionsmedien ("Währungen" der symbolischen Interaktion in einem weiten Sinn) gibt, stellt für freiwirtschaftlich Denkende keine Kleinigkeit dar.

In der Politik ist das Streben nach machtmäßiger Verwirklichung maßgebend und, zusammen mit der mehr oder minder klaren theoretischen Zielsetzung, schon die Hälfte des Erfolgs – sofern sich Streben und Zielsetzung von ungefähren Träumereien, Luftschlössern, Größen- und anderen (sehr verbreiteten!) Wahn- und Wunschphantasien durch den Realismus klarer, verwirklichungsfähiger Zielsetzungen unterscheiden.

Die Frage: "Wie politisch ist die Freiwirtschaft?" konkretisiert sich demnach zu der Frage: Wie geht sie mit den Rechts- und Machtstrukturen um? Welche realistische, zur Veränderung befähigte Aufmerksamkeit wendet sie ihnen zu? Wie verbreitet ist unter ihren Mitgliedern die Einsicht, daß Phantasien über Funktionieren von Geld als "reinem" Tauschmittel nicht genügen, wenn diese Einsichten nicht zur Änderung von Rechts- und Machtstrukturen führen oder zumindest dazu beitragen?

In diesem Sinn müßte die Antwort auf die mir gestellte Frage lauten: Die Freiwirtschaft ist solange noch oder wieder [5] vollkommen unpolitisch – solange sie nur vom Geld spricht und die es stützenden sowie von ihm gestützten rechtlich politischen Strukturen nicht ebenso ernsthaft in Betracht zieht. Etwa nach der Wende von 1989 wäre wenigstens das konzentrierte Ansetzen bei der Bodenreform politisch weit realistischer und dringlicher gewesen.[6] Daß es nicht geschah, ist auf einen konstitutionellen Mangel an politischem Instinkt zurückzuführen.

An diesem Befund des unpolitischen Geistes und der entsprechenden Wirkungslosigkeit ändern auch die oft vorzüglichen politischen Kommentare oder Glossen in freiwirtschaftlichen Zeitschriften nicht viel. Warum? Weil die Zuwendung zum tagespolitischen Geschehen zwar intern, unter Eingeweihten, eine politische Sichtweise bestätigen oder steigern – aber nichts ändern kann. Änderung der Macht- und Rechtsverhältnisse geschieht heute nur, indem man das bestehende Parteienspektrum bzw. das scheindemokratische Parteiensystem überhaupt sprengt, nicht indem man es mit kritischen Ornamenten versieht.

Aus all diesen Überlegungen ergibt sich das Postulat einer Verbindung mit der derzeitigen Demokratiebewegung, und zwar sowohl mit der Bewegung für mehr direkte Demokratie wie mit der (erst anlaufenden) für strukturierte, nach den sozialen Subsystemen vernunftgemäß gegliederte Demokratie (Viergliederung nach Heinrichs, die positiv Rudolf Steiners Dreigliederungsimpuls aufnehmen will, obwohl sie gedanklich unabhängig von Steiner entwickelt wurde). Nur zusammen mit Theorieansätzen von solch großer konstruktiver Tragweite kann heute praktisch verändert werden, können die massenhaft bereitsstehenden Energien des guten Willens zur Veränderung auf ein konkretes Ziel, eine Realutopie, hin gelenkt werden.

## 3. Die 7 Strategie-Schritte im Sinne der Engpaß-Konzentrierten-Strategie

(nach Wolfgang Mewes und Vladimir Svitak)

An dieser Stelle möchte ich anknüpfen an einen wichtigen Aufsatz von Vladimir Svitak, der

als Vorveröffentlichung eines Sammelbandes unter dem Titel "Erfolgsstrategien für Wirtschaft und Gesellschaft" erschienen ist.[7] Ich versuche, das Wesentliche der sieben Strategie-Schritte zusammenzufassen, mit denen ich (auch aufgrund vorheriger Abstimmungsgespräche mit Dr. Svitak) vollkommen übereinstimme.

### 3.1 Analyse der besonderen Eigenschaften und Stärken der "alten Maschine" Freiwirtschaft

Problembewußtsein, Überblick und Veränderungswille sind die in hohem Maße vorhandenen Stärken der Freiwirtschaft. Wie gehen die alten und neuen Geldreformer damit um? Werfen sie es resigniert auf den Schrotthaufen der Geschichte, wie – im Beispiel von Mewes und Svitak – ein Herr Jansen es mit seiner alten, scheinbar schrottreifen Papiermaschine hätte tun können? Oder können sie mit diesem alten, angestauten Bewußtseins- und Resignationspotential etwas Konstruktives, verblüffend Weiterführendes anfangen?

### 3.2 Suche nach der erfolgversprechendsten Verwendung: Ideenverbindung von Geld- und Demokratiereform

Was zur Zeit der Weimarer Republik fehlte, war die Erkenntnis des Zusammenhangs von Geld- und Demokratiereform und der Blick auf einen konstruktiven Ausweg auf politischer Ebene. Wir erlebten damals einen für Deutschland und die ganze Welt verhängnisvollen Rückfall in autoritäre Strukturen. Heute gibt es eine – wenngleich noch kleine – Bewegung für Demokratiereform, selbst wenn das Gros der Parteipolitiker unermüdlich versichert, an unserer besten Demokratie aller Zeiten sei grundsätzlich alles in Ordnung. Dabei wird nicht einmal im formalen Sinn der Auftrag des Grundgesetzes ernstgenommen, das deutsche Volk solle eine Verfassung in Kraft treten lassen, die von ihm "in freier Entscheidung beschlossen worden ist" (Artikel 146 GG). Viel weniger wird die Notwendigkeit großer struktureller Verfassungsreformen erkannt, es sei denn – allmählich – durch verstärkte direktdemokratische Elemente (Volksabstimmungen, Volksentscheide).

Es ist die Ideenverbindung von Geld- und Demokratiereform, die beide gleichzeitig, im Sinne eines Synergieeffektes, stärken würde. Die Politikverdrossenheit verwandelt sich in Reformwillen, sobald konstruktive Auswege, die Verbindung des Anliegens direkte Demokratie mit dem der strukturierten, viergegliederten Demokratie, sichtbar werden: Bestimmung des sozialen Ganzen von den Grundwerten (Ebene 4) statt von der Wirtschaftsmacht (Ebene 1) her, dies aber ohne Rückfall in autoritäre (gar theokratische, gottesstaatliche) Bahnen.

"Politik kann man in diesem Land definieren als die Durchsetzung wirtschaftlicher Zwecke mit Hilfe der Gesetzgebung" (Kurt Tucholsky anno 1919!), selbst wenn man nicht vom Parteispendenskandal wüßte! Wann wird man sie definieren können als effektive Durchsetzung eines pluralistischen Grundwerte-Konsenses in Kultur, Politik und Wirtschaft? Welche Wirtschaft ermöglicht diese Art von "Nachhaltigkeit" in einem spezifisch sozialen Sinn von kreislauffähiger Gesellschaft? Diese Frage wird zur Leitfrage der gemeinten Ideenverbindung von Geld- und Demokratiereform werden! Die einfache, aber entscheidende Einsicht, wie unsere Politik (im engeren wie im weiteren Sinn) derzeit von der Wirtschaft her dominiert wird, wird zur Einsicht, daß sich die Demokratiebewegung mit der Geldreformbewegung verbinden muß und umgekehrt.

### 3.3 Suche nach der erfolgversprechendsten Zielgruppe:

Bei dieser Suche stoßen wir:

- erstens auf die vielen Tauschringe,
- zweitens auf alle gesellschaftlichen Reformgruppen, denen der Zusammenhang ihres spezifischen Anliegens mit der Geldfrage sowie mit der Demokratieproblematik bereits bewußt ist oder leicht bewußt gemacht werden kann: z. B. alle ökologischen und alternativ gesundheitsbezogenen Gruppen (weitere Beispiele unten);
- drittens – so möchte ich zu Svitak hinzufügen – auf die hunderte von ökologischen Dorfgemein-

schaften neuen Stils, die gerade dabei sind, sich in politischer Absicht zu vernetzen;[8]
- viertens sollten die "Gruppen" genannt werden, die es leider bisher nur im statistischen Sinne, zuwenig als Gemeinschaften und effektive Organisationen sind: die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die mehr oder weniger schuldlos Verarmten (darunter auch viele altersarme Rentner) und von unserem Kapitalismus an die Wand Gespielten. Es ist überhaupt die Frage, warum die Geldreformer noch keine Arbeitslosenproteste organisiert haben. Wo sonst laufen wir so offene Türen ein wie bei den eigentlichen "Kostenträgern" des gegenwärtgen Geldsystems?

## 3.4 Suche nach der brennendsten Marktlücke: Vereinzelung durch Vernetzung überwinden

Alle diese Zielgruppen haben ein Grundproblem gemeinsam: das der Vereinzelung. Diese Reformgruppen (Umwelt- und Tierschützer, Ökobauern, Vegetarier bzw. Menschen, die die Notwendigkeit erkennen, den Fleischkonsum drastisch zu reduzieren, Naturkostfreunde, Gesundheitsgruppen, Pharmageschädigte, Förderer von Solar- und anderer alternativer Energie, christliche Gemeinschaften für Entschuldung der Dritten Welt, Theosophen, Anthroposophen und andere spirituelle Gruppen, Friedens- und Menschenrechts-Gruppen, Vereinigungen für Erhaltung der nationalen Sprachen usw.) brauchen keineswegs ihr jeweiliges Spezifikum aufzugeben, um zu erkennen, daß sie alle übereinkommen können – wenn sie gesamtpolitische Wirksamkeit und nicht nur Nabelschau wünschen – in der Notwendigkeit von Geld- und Demokratiereform. Diese Ideenverbindung darf ihnen aber nicht wie etwas Fremdes von außen nahegebracht werden, als wären ihre jeweiligen Anliegen unwichtig; sie müssen und können selbst erkennen, daß mit diesem doppelten Fokus die notwendige Bedingung für die Verwirklichung ihrer besonderen Anliegen ausgesprochen ist. Dazu müssen die Geldreformer aber selbst das große Ganze erkennen. Und nicht mehr bloß erkennen (das war teilweise seit langem der Fall), sondern diese einzelnen Anliegen sowie die damit verbundene Notwendigkeit einer Überwindung der jetzigen Parteiendemokratie praktisch anerkennen!

Vernetzung tut also not, wahrscheinlich am ehesten durch eine Vernetzungs-Zentrale im Internet, der ein neuartiges Print-Medium flankierend zur Seite tritt. Darüber wird, wie schon Svitak berichtete, derzeit intensiv nachgedacht.

Die Vernetzung ist jedoch keine bloß technische, sondern eine geistige Aufgabe. In dem Sinne war schon früher von einem ganzheitlichen oder integralen Paradigma die Rede[9]: Auch wenn die Geldreformer weiterhin ihre eigene Spezialität und Botschaft pflegen sollen, muß die Offenheit auf das Ganze der neuen Gesamt-Reformbewegung da sein und sichtbar werden. Kurz, geistige Vernetzung statt geistiger Abgrenzung.

## 3.5 Vorsprung durch Innovation: Meinungsführerschaft nutzen und ausbauen

Weil die Ideenverbindung Geld- und Demokratiereform allerdings die notwendige Bedingung für alle anderen, verwandten Reformbestrebungen darstellt und weil sie in dieser Doppelgestalt von Hause aus politisch ist, kann und wird sie eine Meinungsführerschaft erlangen, sobald die genannten und andere Reformgruppen sich selbst in politischer Absicht zu vernetzen beginnen. Solche Meinungsführerschaft – der Marktführerschaft im Wirtschaftlichen vergleichbar – erzeugt einen positiven Strudel. In dieser Phase wird die "Erfolgsspirale" im Sinn der engpaßkonzentrierten Strategie wirksam werden. Die Aufbruchsstimmung, die zu Anfang der 80er Jahre die grüne Bewegung trug, wird nun auch der vernetzten Bewegung für Geld- und Demokratiereform zugute kommen – mit dem Unterschied, daß diese klarer durchdacht, ausgereifter, noch vielseitiger, brisanter und notwendiger ist.

Man könnte den Einwand machen, mit solcher "Meinungsführerschaft" würde doch ein Vorrang vor allen anderen Gruppen-Anliegen beansprucht. In der Tat ist hier nicht allein eine zeitliche Priorität gemeint wie im geschäftlichen Konkur-

renzkampf. Bei der Geld- und Demokratiefrage handelt sich sich um eine sachliche Priorität insofern, als es bei ihr um die Bedingungen der machtentlasteten Kommunikation über alle anderen Sachthemen geht. Das ist heute das Problem: allererst Verfahren der fairen Kommunikation (um nicht verkürzend "Diskurs" zu sagen) über die anstehenden gesellschaftlichen Probleme herzustellen.

### 3.6 Integrale Kooperation: "spiritueller" Geist der Synergie statt Konkurrenz

Die grüne Bewegung blieb (bisher) zu einseitig emotional getragen, trotz durchaus vorhandenem spezialistischem Fachwissen über Umweltschutzprobleme. Nicht nur der Sinn für strukturelles Denken, das für die Geld- und Demokratiereform unerläßlich ist, wurde unterbewertet. Auch wurde den spirituellen Kräften nicht wirklich Rechnung getragen, weil das Konzept für die korrekte, pluralismusfähige Transformation der Letztwerte (für den Einzelnen) und Grundwerte (für das Kollektiv) in Politik und Wirtschaft – über ein pluralistisches Grundwerteparlament mit durchgreifenden rechtlichen Kompetenzen für Rahmenbedingungen von Bildung (Kultur), Politik und Wirtschaft – fehlte.

Weil kein Einzelner, auch kein zufälliges Gremium, die Fähigkeiten des genauen Wahrnehmens, des logischen Denkens, des sensiblen Fühlens, der hellhörigen Intuition (um nur von den Erkenntnisvermögen zu sprechen) alle in gleichem Maße hat, weil keine Individuen, auch keine Gruppen alle Interessen, Begabungen und Einsichten in gleichem Maße kultivieren und die zugehörigen Aktionen ausführen können, kann die synergetische Kooperation, Kommunikation und Willensbildung nicht hoch genug bewertet werden.

Das bedeutet Verzicht darauf, die Begabungen und Interessen der anderen Einzelnen und Gruppen abzuwerten, für weniger wichtig zu erklären. Ähnlich wie im sozialen Ganzen Wirtschaft, Politik, Kultur und Religion in ein bewußtes, konstruktives Verhältnis gesetzt werden, so muß dies mit der ganzen Palette der menschlichen Wesenskräfte geschehen, sowohl innerpersonal wie, da jeder Mensch begrenzt ist, vor allem interpersonal – um der Kooperation und der Verwirklichung des gemeinsamen Zieles willen. Auch wenn dieses Ziel von den Einzelnen und Gruppen verschieden akzentuiert wird, die Geld- und Demokratiereform bildet den insofern gemeinsamen Nenner, als es um Herstellung der Kommunikationsbedingungen geht, sogar um deren "metakommunikative" Voraussetzungen, die Letztwerte der Einzelnen und die Grundwerte des Gemeinwesens.

### 3.7 Von einem brennendsten Problem zum andern: institutionelle Realisierung der Geld- und Demokratiereform

Was in den vernetzten Gruppen beginnt, kann nicht anders, als in Theorie und Praxis auf die Gesamtgesellschaft und ihre Institutionen überzugreifen. Dieser Prozeß erreicht seinen vorläufigen Höhepunkt, wenn er Eingang in den Deutschen Bundestag bzw. wenigstens in das Parteiprogramm einer etablierten Partei findet. Es läßt sich grundsätzlich nicht vorausbestimmen, bei welchem Postulat der integralen Geld- und Demokratiereform zuerst die eigentliche gesamtpolitische Realisierung begonnen werden kann. Voraussichtlich wird die Realisierung bei den brennendsten Sachproblemen, d. h. bei Arbeitslosigkeit, Steuern und Naturzerstörung beginnen – vor allem, nochmals, bei der Arbeitslosigkeit, dieser grausamen Ausgrenzung vieler dienstwilliger Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben. Doch immer wird sichtbar werden, daß eine ökonomische Grundlagenreform nicht ohne Reform der demokratischen Strukturen möglich, d. h. nicht allein durchführbar und nicht auf die ökonomischen Strukturen begrenzbar ist – noch mehr als umgekehrt eine grundsätzliche demokratische Weiterentwicklung nicht ohne eine Grundlagenreform von Geldsystem und Bodenrecht möglich ist.

## 4. Die Einbeziehung der Ebenen Kultur und Grundwerte im Sinne eines integralen Ansatzes

### 4.1 Zusammenhang mit den Kulturfragen

Die Geld- und Demokratiereform richtet sich nicht allein gegen wirtschaftliche und politische Machtprivilegien, sondern auch gegen kulturelle Übermacht und die kulturell nivellierenden Folgen der Globalisierung unter kapitalistischem Vorzeichen. Zu ihr gehört deshalb auch Gewährleistung der Achtung vor der kulturellen Eigenständigkeit von Sprachgemeinschaften und Nationen. Deren rassisch-blutmäßige Begründung wäre demgegenüber ebenso retrograd wie demagogisch.

Es bedarf einer klaren Unterscheidung zwischen gastgebenden Kulturen (Primärkulturen) und Gastkulturen (sekundären Kulturen) auf den verschiedenen nationalen Kultur-Territorien. Dies ist Voraussetzung echter "Gastfreundschaft der Kulturen" [10], nicht eine Preisgabe der nationalen Identitäten. Allerdings muß sich der einzelne Zuwanderer entscheiden, ob und wie lange er persönlichen Gaststatus beibehält oder voll in die kulturelle Loyalität seines neuen Heimatlandes eintritt. Zwar sind – gemäß den oben genannten Systemebenen – verschiedene Zugehörigkeitsstufen möglich: wirtschaftliche, politische, kulturelle. Nation kann sich aber nicht als bloßer "Wirtschaftsstandort Deutschland" noch als bloß politisch-rechtliche Verwaltungseinheit verstehen. Hierin keine Klarheit geschaffen zu haben, gehört zu den Defiziten unserer gedankenfremden Parteienherrschaft, die von realer Demokratie weit entfernt ist.

Diejenigen Postmodernisten und Vertreter einer solchen "reflexiven Moderne" (Ulrich Beck), welche die historisch in Jahrtausenden gewachsenen Sprach- und Kulturgemeinschaften, die Nationen, als von Geschichte und Globalisierung überholt betrachten, werden von "der Geschichte" noch eines Besseren belehrt werden. [11] Denn die Menschen werden sich diesen wesentlichen Rest an gesellschaftlicher Gemeinschaft auf Dauer nicht nehmen lassen – auch wenn wir derzeit eine Welle von angloamerikanischem Kulturimperialismus erleben, die zahlreiche Sprachen ausrottet oder zumindest auszuhöhlen droht wie selbst die in Europa am meisten gesprochene deutsche, während die Franzosen sich aktiver zur Wehr setzen. Die Grünen engagieren sich für die Erhaltung der biologischen Arten – bisher aber ebenso vehement gegen die Erhaltung kultureller Identitäten zugunsten eines kruden Internationalismus, für dessen Allerwelts-Langeweile uns unsere Nachkommen zur Rechenschaft ziehen werden. Der innere Zusammenhang zwischen Globalisierung nach kapitalistischem Muster und kultureller Nivellierung mit Sprachensterben sollte von Geldreformern zumindest erkannt, wenn nicht thematisiert werden. Silvio Gesell hat eine neutrale internationale Währung mit geregelten Wechselkursen zu nationalen Währungen vorgeschlagen und sich für die Verbreitung der Hilfssprache Esperanto eingesetzt. [12] Ein entsprechendes Modell wäre für das immer dringlicher werdende Sprachproblem auf europäischer wie Weltebene anzustreben: eine einfache, allseits bejahte, neutrale internationale Verkehrssprache (z. B. Ido, eine Weiterentwicklung des Esperanto) – statt einer scheinbar naturwüchsig aufoktroyierten internationalen Nationalsprache namens Englisch, die nur von native speakers wirklich zu beherrschen ist, jetzt schon für enorme kulturelle Ungleichgewichte sorgt, auch im wissenschaftlichen Bereich, und Hunderte gewachsener Kultursprachen unterdrückt oder ganz sterben läßt.

### 4.2 Bezug auf die weltanschaulich-ethischen Grundwerte der Menschheit – ohne kollektiv verbindliche konfessionelle Bindungen

Unser weltanschaulicher "Pluralismus" ist kein bloßes Sammelsurium, sondern hat selbst eine Wertgrundlage: die "metakommunikativen", spirituellen Voraussetzungen für freie Kommunikation, also Menschenwürde, Letztwerte, als gemeinsame meist "Grundwerte" genannt. Diese sind nicht von irgendwelchen Moraltheologen, philosophischen Ethikern und zufälligen (von den politischen Allround-Parteien beauftragten) Kommissionen zu überantworten, sondern primär der

gesamtgesellschaftlichen Werte-Kommunikation, die in einem Grundwerte-Parlament effektiv in politische Grundsatzentscheidungen umgesetzt werden soll.

Die weltanschaulich-religiöse Systemebene gehört in einer pluralistischen Gesellschaft (Differenzierung von Staat und Religion!) aber nur im Sinne des interreligiös-ethischen Grundkonsenses, der Grundwerte und demokratischen Grundrechte, zu den Voraussetzungen einer staatlich-rechtlich organisierten Nation bzw. Völkergemeinschaft.

Es ist sowohl mit Silvio Gesells Geist wie mit der heutigen Situation der weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft unvereinbar, irgendwelche konfessionellen und weltanschaulichen Positionen mit der Freiwirtschaft oder Natürlichen Wirtschaftsordnung identifizieren zu wollen. Wir müssen uns klar auf den Boden eines humanistischen Grundwerte-Konsensus stellen. Welche religiös-weltanschauliche Begründung die einzelnen Mitglieder diesem Konsens geben, ist ihre individuelle Sache. Das kann in konfessionellen, spirituellen oder philosophischen Gruppen diskutiert werden, nicht aber in geldreformerischen. Da genügt es, auf den grundsätzlichen Zusammenhang zwischen religiösen Grundwerten und dem Geldsystem hinzuweisen oder die Konfessionen an ihre eigenen ethischen Prinzipien (z.B. universale Menschenliebe) zu erinnern.

Die selbstverständliche weltanschauliche Zurückhaltung und Toleranz sind Voraussetzung für den allernächsten Schritt, um den es hier ging: Daß nicht von "Geldreform" allein gesprochen wird, sondern von Geld- und Demokratiereform oder von "Gesellschaftsreform" in ihrer ganzen politischen Breite. Durch diesen "vielfachen Pfad" werden sich viele neue Kontakte, Bündnisse und Aktionsmöglichkeiten ergeben. Besser, es wird überall auch von Geldreform gesprochen als nur in "esoterischen" Zirkeln ausschließlich von ihr und der "reinen" Gesellschen Lehre.

Der erste Schritt hinein in die Erfolgsspirale ist diese eigene Bewußtseinsreform! Die politischen und ökonomischen Realitäten werden dem geöffneten Bewußtsein so plötzlich entgegenkommen wie der Rinderwahn den Bestrebungen nach ökologischer Landwirtschaft ...

## Anmerkungen:

1 Vgl. dazu das reichhaltige Geschichtswerk von Günter Bartsch, Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. Geschichtlicher Grundriß 1891-1992/93; ferner: Werner Onken/Günter Bartsch, Natürliche Wirtschaftsordnung unter dem Hakenkreuz. Anpassung und Widerstand, Lütjenburg 1997.

2 Bei T. Parsons und in Anschluß an ihn bei N. Luhmann und J. Habermas gibt es die Lehre von Interaktionsmedien. Hierbei wird jedoch nicht zwischen formalisierten und informellen Medien oder Handlungsbereichen unterschieden. Zu letzteren gehören Vertrauen, Macht, Liebe – kategorial offensichtlich von anderem Status als die obigen formellen oder formalisierten Medien. Aufgrund der genannten Verwechslung bleibt die Lehre von Interaktionsmedien bei den genannten Autoren fast folgenlos. Es fehlt die Zuordnung zu den Subsystemen, an deren Konstituierung die formalisierten Medien wesentlichen Anteil haben.

3 Vgl. J. Heinrichs, Sprung aus dem Teufelskreis. Logik des Sozialen und Natürliche Wirtschaftslehre, Wien 1997.

4 Bernard Lietaer, Das Geld der Zukunft. Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen, München 1999; derselbe, Mysterium Geld. Emotionale Bedeutung und Wirkungsweise eines Tabus, München 2000.

5 Josef Hüwe weist dankenswerterweise in einem Leserbrief folgende freiwirtschaftliche Autoren hin, die seiner Auffassung nach die gesamtpolitische Dimension der Geldreformbewegung schon thematisiert haben: Johannes Ude, Emmy Wagner, Rudolf Kinsky, Paul Bauschulte, Heinz Hartmut Vogel, Hans-Joachim Führer. (DDW 11(1996). Mir geht es indessen präziser um den Zusammenhang der Geldreform mit einer heute anstehenden, in ihrer Notwendigkeit erst selten erkannten Grundsatzreform unseres parlamentarischen Systems.

6 Vgl. die Arbeiten von Fritz Andres zur Bodenreform aus der Zeit vor und nach der Wende von 1989 und seine Beiträge in "Fragen der Freiheit", Heft 245: Fortschritt und Armut. Leben und Werk Henry Georges, Bad Boll 1997.

7 Vladimir Svitak, Erfolgsstrategien für Wirtschaft und Gesellschaft, in: DDW 7/2000, S. 10-15.

8 Eine beratende Versammlung "Gemeinschaften und zukunftsfähige Politik" fand vom 14.-16.07.2000 im Ökodorf Sieben Linden (Nähe Salzwedel) statt. – Ein Verzeichnis europäischer Gemeinschaften und Ökodörfer "Eurotopia" ist für 20,- DM erhältlich über Tel. 039000-51231, Fax –51232.

9 J. Heinrichs, Der vierfache Pfad, in: DDW 2/1999, S. 29-35.

10 So der Titel meines 1994 erschienenen Buches (Blaue Eule, Essen) mit dem Untertitel: "Multikulturelle Gesellschaft in Europa und deutsche Identität".

11 Vgl. dazu auch J. Heinrichs, Welche Globalisierung wollen wir?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 123. Folge (1999), S. 16-24. – Anders in diesem Punkt: Ulrich Beck, Was ist Globalisierung?, Frankfurt/M. 1998; derselbe (Hg.), Politik der Globalisierung, Frankfurt/M. 1998.

12 Silvio Gesell, Internationale Valuta-Association, in: Gesammelte Werke. Bd. 12, S. 182-195 und 312-313; Statuten der Vereinigten Staaten von Europa, in: Bd. 15, S. 104.

**Vladimir Svitak (Hg.)**
**Strukturen des Aufbruchs**
**Von der Konkurrenzgesellschaft zur Solidargemeinschaft**
Stuttgart und Leipzig: Hirzel Verlag, 2001. 206 Seiten
Näheres auch unter: **www.sozialoekonomie.de** -Extra-Tipp-

# BÜCHER

## Guido Beltrani
## Monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums

Bamberg, Difo-Druck OHG, 1999, 411 Seiten

Das vorliegende Buch dürfte für (ökologisch motivierte) Kritiker der bestehenden Geldordnung von großem Interesse sein, denn es bestätigt z.T. die freiwirtschaftliche Theorie des Wirtschaftswachstums.

Doch zunächst zum Hintergrund und Aufbau des Buches. Entstanden als Dissertation am Institut für Wirtschaft und Ökologie in St. Gallen, trägt es die Handschrift von Hans-Christoph Binswanger, der neben Hans Schmid zweiter Doktorvater war. Die Arbeit kann als modelltheoretische Grundlegung der Theorie Binswangers bezeichnet werden kann. In mehreren Thesen formuliert Beltrani entscheidende Mängel der orthodoxen Wirtschaftstheorie und beschreibt damit die Ausgangslage seiner Arbeit: Geld und Kredit würden "für das wirtschaftliche Wachstum als irrelevant betrachtet" (S. 2) und timelags im Produktionsprozeß "in der Wachstumstheorie in der Regel vernachlässigt" (S. 5). Besonders interessant ist die Gegenüberstellung von praxisorientiert-betriebswirtschaftlicher Sichtweise einer Notwendigkeit von Wachstum und makroökonomischer Wachstumstheorie, in welcher eine solche Notwendigkeit nicht thematisiert würde (Vgl. S. 5ff.). Diese theoretischen Lücken (wenigstens teilweise) zu schließen, hat sich der Autor zur Aufgabe gemacht.

In einem ausführlichen dogmenhistorischen Kapitel untersucht Beltrani ökonomische Theorien, die der monetären Sphäre der Ökonomie besondere Bedeutung beimessen. Neben Keynes, Marx, Schumpeter oder dem Merkantilismus werden auch weniger geläufige Theorien beleuchtet, wie z.B. diejenige Thorntons oder McLeods. Unter den neueren Ansätzen wird schließlich auch – nicht zu unrecht – der Ansatz von Binswanger eingereiht. Wünschenswert wäre allerdings auch eine Einbeziehung weiterer Ansätze gewesen, z.B. des Monetär-Keynesianismus der Berliner Schule.

In einem weiteren Kapitel wird die mangelhafte Integration des Geldes in die monetäre Wachstumstheorie neoklassischer und keynesianischer Prägung dargestellt, die Beltrani als Anlaß nimmt, ein eigenes Wachstumsmodell nach dem Ansatz von Binswanger zu erstellen. Ohne auf Details des mathematischen Modells genauer einzugehen – das Modell nimmt mit seinen zwei Versionen (Grundmodell und allgemeines Modell) samt mathematischem Anhang etwa zwei Drittel der gesamten Arbeit ein –, sollen hier nur grundlegende Prämissen und das Ergebnis kurz besprochen werden.

Als wichtigste Annahmen des Modells sind die Einbeziehung der Geld- und Kreditschöpfung des Bankensektors und damit die Aufhebung der Identität von Sparen und Investieren sowie die Berücksichtigung der time-lags im realen Sektor zu nennen. Durch die Betrachtung der time-lags gewinne, so Beltrani, "das Geld neben seinen klassischen Funktionen [...] eine eher dynamische Funktion als Kapitalisierungs- und Investitionsmittel, die das Wachstum besser zu begründen" vermöge (S. 115). Das Ergebnis seiner modelltheoretischen Analyse ist die Feststellung, daß neben der Geld- und Kreditschöpfung "der Zinssatz eine primäre Bedeutung für die Entstehung des Wachstumszwangs" in Form von Fremdkapitalkosten hat (S. 165, vgl. S. 294). Mit dieser Aussage ergibt sich eine bemerkenswerte Affinität zur freiwirtschaftlichen Sichtweise eines Wachstumszwangs, die u.a. die Fremdkapitalkosten eines Kredites als einen solchen Zwang bzw. eine Notwendigkeit zur wirtschaftlichen Expansion begründet. Das Modellergebnis mündet schließlich in die These, daß für eine Aufhebung des Wachstumszwangs systemische Veränderungen notwendig seien.

Beltranis Dissertation kann sicherlich als wichtiger Beitrag für die theoretische Fundierung der Ökologischen Ökonomie bezeichnet werden. In diesem Sinne ist seiner Dissertation eine breite Resonanz zu wünschen. Für den Laien wird der modelltheoretische Teil des Buches weniger interessant sein, doch lohnt seine Lektüre schon aufgrund des ausführlichen dogmenhistorischen Teils seiner Arbeit.

*Thomas Lang*

## Ulrich von Alemann
## Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland

Opladen: Leske + Budrich, 2000

Die Parteien wirkten bei der politischen Willensbildung des Volkes mit, heißt es in Artikel 21 des

Grundgesetzes. Diesen Satz könnte man in zwei Richtungen interpretieren: entweder steht den Parteien die dominante Rolle bei der Willensbildung des Volkes zu. Oder sie wirken nur bei dieser mit. Von Alemann streicht in seinem Buch heraus, dass es im wesentlichen zwei Beurteilungen über die Machtrolle der Parteien in unserem Staat gibt: während die eine Seite von einem zu starken Parteieneinfluß ausgeht und kritisiert, bemängeln andere vor allem die vermeintliche Selbstbezogenheit der Parteien, welche eine effiziente, sachorientierte Politik hemmen statt fördern würde. Trotz des Lehrbuchcharakters dieses Werkes aus der Reihe "Grundwissen Politik" erhebt der Verfasser immer wieder die Frage nach der Legitimation des deutschen Parteiensystems und nennt dazu viele theoretische Ansätze der Politikwissenschaft aus Vergangenheit und Gegenwart. Historisch spannt er dabei den Bogen von den Anfängen des neuzeitlichen Parlamentarismus 1848 bis zu dem Bedeutungsverlust klassischer Milieuparteien im vergangenen Jahrzehnt. Dogmengeschichtlich berücksichtigt er ebenso die Anfänge der Parteienforschung um 1900 wie die jüngsten Untersuchungen zur Krise der Parteien.

Das Buch beginnt mit der Geschichte der deutschen Parteien, wobei auch die Gründe für Umbrüche einerseits und Kontinuitäten andererseits zur Sprache kommen. Neben der rechtlichen Stellung (etwa: sind Parteien gesellschaftliche Organe oder Staatsorgane?) stehen im Mittelpunkt die Wechselwirkungen zwischen Parteien, Wahlvolk, Staat und anderen Institutionen. Von Alemann stellt richtigerweise fest, dass die Schuld für politische Dysfunktionalität oft einseitig den Parteien zugeschoben wird, und das nicht nur von Populisten. Denn Verbände, Massenmedien und andere Akteure üben in gleichem Maße demokratiehemmende Einflüsse aus – auch auf die Parteien selber. Vielfach spiegeln Parteien in ihrem regionalen und vertikalen Aufbau nur die bundesrepublikanische Politikverflechtung wider. Zu diesem Hintergrund stellt der Autor anschaulich die wichtigsten theoretischen Ansätze vor.

Die Gründe für den Vertrauensverlust der Parteien werden von der Wissenschaft im Werte- und Strukturwandel vermutet. Dem muß man hinzufügen, dass es zu den heute zentralen Problemen wie Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und Umweltzerstörung einfach keine innovativen Konzepte seitens der Parteien gibt.

Anregungen zur Neubelebung des Parteiensystems gibt das Buch letzten Endes nicht. Von Alemann betont aber die Unverzichtbarkeit der Parteien, indem er ihre nach seiner Ansicht berechtigten Privilegien herausstellt. Viel mehr als andere politische Partizipationsmöglichkeiten – Aktionsgruppen, Initiativen oder Plebiszite – hätten Parteien durch ihre Wahlautorisierung, ihre organisatorische Konstanz und ihre Kompatibilität zum Regierungssystem eine dauerhafte Mittlerfunktion zwischen Volk und Staat.

*Christian Böttcher*

### Hans Herbert von Arnim
### Vom schönen Schein der Demokratie – Politik ohne Verantwortung, am Volk vorbei

München: Droemer Verlag, 2000. 391 Seiten.

Wenn dieses Buch so viel Aufmerksamkeit findet wie die früheren Veröffentlichungen des Autors – und vieles spricht dafür –, dann wird es sich für die Bestrebungen von Mehr Demokratie als außerordentlich hilfreich erweisen. Hans Herbert von Arnim ist durch seine parteikritischen Bestseller bekannt geworden: "Staat ohne Diener", "Fetter Bauch studiert nicht gern", "Der Staat als Beute", "Diener vieler Herren". Hans Herbert von Arnim leitete nach dem Jura- und Volkswirtschaftsstudium zehn Jahre lang das Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, was seinen kritischen Blick auf Staat und Gesellschaft schärfte. Den auf breite Öffentlichkeitswirksamkeit ausgerichteten Stil hat er sich als ordentlicher Universitätsprofessor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer bewahrt.

Von Arnims neues Buch behandelt zwei Grundpfeiler des demokratischen Systems – den fehlentwickelten Föderalismus und die unterentwickelten Instrumente direkter Demokratie. Für beide Bereiche macht er sich wechselseitig stützende Reformvorschläge. Ein kurzer erster Teil "Politik ohne Verantwortung – Regieren am Volk vorbei" dient als Einführung für beide Teilthemen. Es besteht ein ausgesprochenes politisches Partizipationsdefizit. "Der Bürger ist nur nominell Herr und Souverän in unserer Demokratie, besitzt in Wahrheit aber kaum Einfluss." (S. 30)

Als entscheidenden Hemmungsfaktor erkennt von Arnim die Macht- und Einkommensinteressen der Berufspolitiker; sie seien sowohl für die Pervertierung des deutschen Bundesstaates als auch für die Vorenthaltung direktdemokratischer Elemente mitverantwortlich. Zustimmend zitiert er Hernekamp, wonach die Geschichte der direkten Demokratie in Deutschland in weiten Teilen "eine Chronik ihrer legislativen und administrativen Sabotage" sei. (S.46)

Die bundesstaatliche Entwicklung kennzeichnet von Arnim als "fortschreitende Selbstauflösung der Bundesländer". Die Landesparlamente sind für ihn "Verlierer mit goldener Nase", gekennzeichnet durch "Leerlauf auf hohen Touren". Da durch Verlagerung von Gesetzgebungskompetenzen auf den Bund mit weitgehenden Zustimmungsvorbehalten des Bundesrates die Landesregierungen an Einfluss gewonnen hätten, fordert von Arnim die Direktwahl der Ministerpräsidenten und mehr Wählereinfluss bei der Auswahl der Landtagskandidaten durch Kumulieren und Panaschieren. Da die politische Klasse eine solche Reform nicht angehen werde, müsse die Bevölkerung sie selbst in die Hand nehmen. Für Rheinland-Pfalz hat von Arnim einen entsprechenden Verfassungsänderungsentwurf erarbeitet, für den der Landesverband der Kommunalen Wählergemeinschaften ein Volksbegehren anstrebt.

Für Mehr Demokratie von besonderem Interesse ist der dritte Teil über direkte Demokratie in Deutschland. In 13 Abschnitten plädiert von Arnim materialreich, informativ und überzeugend für die Einführung bzw. Verbesserung entsprechender Regeln auf allen politischen Ebenen. Neben einem aktuellen und durch Tabellen vorteilhaft ergänzten Überblick über die Rechtslage in Bundesländern und Kommunen widerlegt er die üblichen Einwände und Vorurteile und fordert die Abschaffung des unbegründeten Finanztabus und des Zustimmungsquorums beim Volksentscheid.

Aufschlussreich ist die Darstellung, wie in Hessen, NRW, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Saarland die Anwendung oder auch nur die Drohung mit einem Volksbegehren die Durchsetzung der Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten beförderte. Nach einem Blick in die Schweiz und in die USA befürwortet von Arnim direktdemokratische Instrumente auch für die europäische Ebene.

Hilfreich ist auch sein Bericht über empirische Studien zu den Auswirkungen direktdemokratischer Verfahren: tendenziell geringere Verschuldung, sinkende Abgaben, Drosselung öffentlicher Haushalte, höhere Wirtschaftlichkeit, mehr Ausgaben für Bildung, größere Bürgerzufriedenheit. Der 65-seitige Anmerkungsteil ist eine Fundgrube für weitere Literatur.

*Roland Geitmann*

# LITERATURHINWEISE

## Freigeldexperiment von Wörgl

Über dieses praktische Experiment gibt es zwei neue beachtenswerte Arbeiten:

• Der Journalist Thomas Wendel hat nach Recherchen im Archiv der Österreichischen Nationalbank einen Text mit dem Titel "Das Wörgler Schwundgeldexperiment 1932–1933" verfasst, der bei einem Wettbewerb der Ruhrgas AG prämiert wurde. Der Text kann im Internet nachgelesen werden: www.ruhrgas.de/kontext/skript4-5.htm.

• Der Würzburger Waldorfpädagoge Klaus Rohrbach hat nach Studienaufenthalten in Wörgl die über das seinerzeitige Freigeldexperiment verfügbaren Informationen zu einem belletristischen Jugendbuch verarbeitet. Es ist unter dem Titel "Freigeld – Michael Unterguggenberger und das 'Währungswunder' von Wörgl" im Verlag Ch. Möllmann in Borchen/Schloss Hamborn erschienen. ISBN: 3-931156-71-0. Internet: www.chmoellmann.de

## Wirtschaftsring (WIR)

Im Auftrag des WIR hat Professor Tobias Studer vom Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel die geschichtliche Entwicklung und ökonomische Funktionsweise des Wirtschaftsrings in einer Broschüre "WIR in unserer Volkswirtschaft" dargestellt. Die 78 Seiten umfassende Broschüre ist 1998 in Basel erschienen und kann per E-Mail bestellt werden: studert@ubaclu.unibas.ch – weitere Informationen über den WIR gibt es im Internet: www.wirbank.ch

## Tausch-System Nachrichten (TSN)

Unter der Leitung von Klaus Kleffmann und Elisabeth Hollerbach berichten die TSN viermal im Jahr über die Entwicklung der Tauschringbewegung, über ihre Bundestreffen sowie über organisatorische und ökonomische Probleme des Tauschringalltags und über die überregionale Vernetzung der Tauschringe. Die TSN berichten auch, wenn sich Studierende im Rahmen von Semester- und Diplomarbeiten mit Fragen der lokalen Ökonomie beschäftigen. Klaus Kleffmann verwaltet außerdem ein Deutsches Tauschring-Archiv. Seine Postanschrift: Hasenkamp 30, 49504 Lotte-Halen. Fon: 05404– 72400. Fax: 05404–4822. E-Mail: archiv@tauschring.de – Internet: www.tauschring-archiv.de

## Geldpluralismus

Unter diesem Titel fand im Juni 2000 unter der Leitung von Prof. Margrit Kennedy und Prof. Declan Kennedy ein Symposium im Lebensgarten Steyerberg bei Nienburg statt. Es wurde kürzlich mit einem englischsprachigen Workshop "Money – one problem – many solutions" fortgesetzt. Informationen über die Ergebnisse der beiden Veranstaltungen sind erhältlich unter der E-Mail-Anschrift: lebensgarten_ev@t-online.de – Internet: www.lebensgarten.de und: www.geldreform.de/steyerberg2000/

## Lokale Ökonomie und Parallelwährungen in Frankreich

Am Centre Auguste et Léon Walras der l'Université Lumière in Lyon hat sich eine Forschungsgruppe um die Professoren Jean-Michel Servet, Jérome Blanc und Denis Bayon gebildet, die historische und aktuelle Formen der lokalen Ökonomie und der Parallelwährungen untersucht. Aus der Tätigkeit dieser Forschergruppe ist das im Jahr 2000 in Paris im Verlag L'Harmattan erschienene Buch "Les monnaies parallèles – unité et diversité du fait monétaire" von Jérome Blanc hervorgegangen. Vor dem Hintergrund der Geldtheorie und -politik bietet es eine ausführliche Darstellung des Wörgler Freigeldexperiments, des Schweizerischen Wirtschaftsrings, der LET-Systeme, der gegenwärtigen französischen Tauschringe und der amerikanischen Ithaca Hours. ISBN: 2-7384-9962-7.

# BERICHTE

## Büchergilde Gutenberg

Die Büchergilde Gutenberg in Frankfurt hat im letzten Jahr ein Preisausschreiben zu Fragen der wirtschaftlichen Chancengleichheit und sozialen Gerechtigkeit veranstaltet. "Der Wohlfahrtsstaat scheint passé", hieß es in der Ausschreibung, "man meint zu wissen, dass er nicht mehr zu finanzieren ist. Neue Begriffe wie Sozialneid und Leistungsorientierung rücken in den Vordergrund; die sozialen Werte werden dagegen immer weiter verdrängt. Gibt es zu dieser Perspektive eine Alternative?"

Unser Mitarbeiter Norbert Olah beteiligte sich mit einem 40 Seiten umfassenden Beitrag "Gerechtigkeit ist wettbewerbsfähig! – Neutrales Geld als innovative Finanzdienstleistung" an diesem Essaywettbewerb. Eine unabhängige Jury wählte sieben Preisträger aus und erkannte Norbert Olah den mit 5.000 DM dotierten Büchergilde-Essaypreis zu – wir gratulieren ihm sehr herzlich.

Die sieben prämierten Beiträge veröffentlichte die Büchergilde Gutenberg kürzlich als Buch mit dem Titel "Chancengleichheit, Sozialpartnerschaft, Gerechtigkeit – Werte mit Zukunft?" ISBN: 3–7632–5098–0.

## Bibliothek der Freien im Haus der Demokratie in Berlin

Die Bibliothek der Freien der "Berliner Gesellschaft zum Studium sozialer Fragen", die mit einer Abteilung "Freiwirtschaftssammlung" längere Zeit im libertären Kulturcafé El Locco in Berlin-Kreuzberg untergebracht war, befindet sich seit Anfang 2000 in Berlin-Friedrichshain im Haus der Demokratie in der unmittelbaren guten Nachbarschaft anderer freiheitlicher, demokratischer und ökologischer Initiativen. Auch die Friedensbibliothek und das Antikriegsmuseum sind mittlerweile in das Haus der Demokratie umgezogen. Innerhalb dieses breiteren politischen Umfelds hat das Interesse an der Bibliothek der Freien und an ihrer Freiwirtschaftssammlung zugenommen. Zusätzlich zu den normalen Öffnungszeiten (Mittwoch und Freitag jeweils von 18 bis 20 Uhr) gibt es an jedem ersten Freitag im Monat eine öffentliche Bibliothekseinführung, und an jedem dritten Freitag im Monat finden Lesungen oder Vorträge statt.

Ansprechpartner für die Bibliothek der Freien und die Freiwirtschaftssammlung ist Markus Henning (Kantstr. 23, 10623 Berlin. Tel.: 030–3133433). Die Bibliothek befindet sich im 2. Hof Raum 112 des Hauses der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin-Friedrichshain. U- und S-Bhf. Alexanderplatz, Tram 2, 3, 4 und Bus 100, 257.

## Gesell Research Society in Japan

Von der seit 1995 in Japan erscheinenden Schriftenreihe Jiyuu Keizei Kenkyuu (Study of Free Economy) liegen mittlerweile 18 Ausgaben vor. Sie enthalten japanische Übersetzungen von europäischen und amerikanischen Aufsätzen über Geldreformtheorien sowie in zunehmendem Umfang auch Aufsätze von japanischen Autoren wie Eiichi Morino, Eiichi Miyazaka, Kunishige Okuzawa, Kunio Nakabuko, Shirou Sugihara, Mituhisa Yamamoto, Kazuo Komori und Sakae Miyazawa. Über das Freigeldexperiment von Wörgl und über die Tauschringe hat Eiichi Morino kürzlich ein Buch in japanischer Sprache veröffentlicht. Und das öffentlich-rechtliche Fernsehen Japans NHK hat im letzten Jahr eine einstündige Fernsehdokumentation über den Dichter Michael Ende ("Momo") und dessen Sympathien für eine Reform des Geldwesens gesendet. Die Gesell Research Society erhielt daraufhin zahlreiche Anfragen und Einladungen zu Vorträgen. Beim Aufbau von Tauschringen wurde sie auch beratend tätig. Im Internet wurde eine Homepage eingerichtet, die unter den folgenden Adressen erreichbar ist: http://www3.plala.or.jp/mig/society-jp.html | http://www/alles.or.jp/~morino/INDEX.HTML | E-Mail: morino@alles.or.jp

## El Club del Trueque / Tauschhandelsverein

In ihrer Ausgabe vom 2.8.2000 berichtete die Frankfurter Rundschau ausführlich über "Das neue Geld der Armen" in Argentinien und anderen Ländern Südamerikas. Die seit 10 Jahren praktizierte neoliberale Wirtschaftspolitik hat den Mittelstand ausgehöhlt und die unteren Schichten verarmen lassen. 13 von 36 Millionen Argentiniern leben nach Angaben der Weltbank mittlerweile unterhalb der Armutsgrenze. In einer Industrieruine in Bernal, einem der Armutsviertel von Buenos Aires, entstand 1995 der erste Tauschhandelsverein mit mittlerweile rund 2.500 Mitgliedern, die ihre Waren mit Hilfe einer Parallelwährung "Creditos" anstelle des Peso austauschen. Seitdem sind in Buenos Aires und anderen Teilen Argentiniens rund 450 Tauschhandelsvereine mit insgesamt 370.000 Mitgliedern hinzugekommen. Gegenwärtig verbinden sie sich zu einem "Globalen Netz von Tauschhandelsvereinen". Die Initiatoren – ein Chemiker, ein Psychologe und ein Museumsverwalter – orientieren sich an den Geldreformvorschlägen von Silvio Gesell und bereiten eine Modifikation der "Creditos" vor, die deren Umlauf verstetigen soll. Ab Januar 2001 sollen die "Credito"-Scheine gemäß den Vorschlägen Gesells "rosten", d.h. die Scheine werden von Zeit zu Zeit mit einer Gebühr als Umlaufimpuls belastet.

Informationen gibt es hierüber in spanischer Sprache auf der Internetseite www.geocities.com/RainForest/Canopy/5413/index.html. Einen Überblick über das Netzwerk "El Club del Truque" in Argentinien, Uruguay, Brasilien, Spanien und Kolumbien gibt es auf der Internetseite: www.geocities.com/RainForest/Canopy/5413/nodos/

## Die 28. Mündener Gespräche im November 2000

Etwa 30 bis 40 Teilnehmer fanden am 4. und 5. November im vergangenen Herbst den Weg zu den 28. Mündener Gesprächen mit dem Tagungsthema "Tauschringe und Komplementärwährungen". Den Auftakt am Samstag bildete der Vortrag von Dipl.-Vw. Norman Ehrentreich von der Universität Halle zum Thema "Geld als Informationsmedium – Implikationen für konkurrierende Währungen aus der Sicht neuerer geldtheoretischer Ansätze", in dem er einen Überblick über die Betrachtung des Phänomens Geld aus der Perspektive des akademischen Mainstreams bot. Ausgehend vom Tauschparadigma der Neoklassik wird hier Geld als Mittel zur Effizienzsteigerung des Tausches von realen Gütern interpretiert. Dies führte zu vielen Fragen und zu teilweise auch kontroverser Diskussion, weil das Tauschparadigma weder für geldwirtschaftlich induzierte Polarisationseffekte (zwischen Arm und Reich), noch für die Dominanz der Geldsphäre über die Gütersphäre, beides "ständige Begleiter" der Mündener Gespräche, Erklärungsansätze bietet.

Der Dormagener Dipl.-Physiker Norbert Olah stellte anschließend die konkrete Projektierung einer Komplementärwährung vor: "Neutrales Geld als 'Suhr-Insel' ". Ausgehend von einer Idee des verstorbenen Augsburger Jura-Professors Dieter Suhr und initiiert durch die Bürgerbewegung "Mehr-Demokratie" wird die Implementierung einer Komplementärwährung namens "München-Geld" in der bayerischen Landeshauptstadt per Volksentscheid angestrengt. Dabei soll nichtzinstragendes und insofern neutrales Geld ergänzend und insofern komplementär zur beibehaltenen konventionellen DM eingeführt werden, und zwar dergestalt, dass die Refinanzierung über den klassischen DM-Kapitalmarkt erfolgt, die Kapitalkosten innerhalb der Insel aber nicht von den Kreditnehmern, sondern von den Haltern von Liquidität aufgebracht werden sollen. Durch eine dergestalt induzierte Umlaufbeschleunigung der Komplementärwährung erhofft man sich sogar eine Steigerung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung bezogen auf Zeiteinheit und Geldmenge.

Nach der Mittagspause sprach der Steinfurter Dipl. Vw. Ass. jur. Jörg Gude "zur Beurteilung von bottom-up- und top-down-Ansätzen von Geldreformen und Komplementärwährungen". Dabei stellte er Chancen und Möglichkeiten, aber auch notwendige Voraussetzungen und Komplikationen von das konventionelle Geldsystem transformierenden Maßnahmen von oben und Initiativen von unten einander gegenüber. Bottom-up-Ansätze (solche von unten) geraten früher oder später immer in Konflikt mit dem bestehenden konventionellen Geldsystem und machen deshalb entweder eine Harmonisierung mit ihm oder Überwindung desselben erforderlich. Top-down-Ansätze hingegen sind noch schwerer einführ- und umsetzbar. Entsprechend gibt es dafür auch kaum historische Beispiele.

Zum Abschluß der samstäglichen Veranstaltungen stellte der Aalener Dr. Jürgen Schmidt vom Lehrstuhl für Soziologie und Sozialanthropologie der Universität Erlangen-Nürnberg in sehr lebendiger und eingängiger Form die Sozialstruktur des "GIB & NIMM Tauschrings Nürnberg" vor. Unter Zuhilfenahme zahlreicher Schaubilder und Tabellen wurden die Zusammenhänge zwischen Religionszugehörigkeit, politischer Orientierung, Einkommen und Lebenshaltung der Mitglieder und Mitwirkenden des Tauschringes aufgezeigt. Dabei stellte sich heraus, dass diese typischerweise dem ökolinksliberalen Spektrum entstammen, eher weniger einkommensstark sind, Religion jedenfalls im klassischen Sinn nicht praktizieren und eine offene, tolerante und Neuem gegenüber aufgeschlossene Lebensform praktizieren.

Der Sonntagmorgen stand zunächst im Zeichen des 25. Todestages von Karl Walker. Im Sinne eines Gedenkens seiner stellte Jörg Gude dessen Beitrag zur Fortführung der Freiwirtschaftslehre vor. Dabei spannte er den Bogen von den eher unglücklichen privaten Lebensumständen Walkers zu seinem enormen Schaffen, dem er seine ganze Energie widmete, aus dem er aber auch – vor allem zum Ende seines Lebens hin – seine ganze Lebenskraft schöpfte. Das traditionelle Rundgespräch mit den Referenten der Tagung und den Teilnehmern bildete den Abschluß der Mündener Herbst-Gespräche im Jahre des Milleniums, die zwar den Themenkreis Geldreform und Komplementärwährung nicht erschöpfend und abschließend behandeln, aber doch einen Beitrag dafür leisten konnten, dass man bei den nächsten Milleniums-Gesprächen nicht mehr darüber reden muß. *Thomas Betz*

*PS: Der Vortrag von Jörg Gude erscheint im September in der 130. Folge der Zeitschrift für Sozialökonomie.*

## DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

*Dipl.-Pol. Christian Böttcher*
Baroper Str. 446, 44227 Dortmund

*Dipl.-Vw. Norman Ehrentreich*
Carl-von-Ossietzky-Str. 16, 06114 Halle/S.

*Prof. Dr. Roland Geitmann*
Martin-Bucer-Str. 6, 77694 Kehl

*Dr. Hugo Godschalk*
Im Uhrig 7, 60433 Frankfurt/M.

*Prof. Dr. Johannes Heinrichs*
Philippstr. 14, 10115 Berlin

*Dipl.-Vw. Thomas Lang*
Scheffelstr. 41, 79102 Freiburg/Br.

*Dipl.-Phy. Norbert Olah*
Neusser Str. 62, 41542 Dormagen

*Dipl.-Sozialwirt Dr. Jürgen Schmidt,*
*Wolfgang Wagner M.A. & Helga Koch M.A.*
Findelgasse 7-9, 90402 Nürnberg